



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2008

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.300.08

## **Wichtige Hinweise**

*Einführung NFA:* Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist auf den 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die neue Aufgabenteilung führt zu zahlreichen Entlastungen und Mehrbelastungen des Bundes in den unterschiedlichen Aufgabengebieten. Dadurch wird der Vergleich mit dem Vorjahr erschwert. In den Darstellungen nach Aufgabengebieten wird deshalb jeweils in einer Zusatzspalte eine korrigierte Wachstumsrate angegeben, welche aufzeigt, wie sich die Ausgaben ohne NFA-bedingte Verzerrungen entwickelt hätten. In den übrigen Tabellen weisen Fussnoten auf NFA-bedingte Strukturbrüche hin.

*Konten- und Kreditsicht:* Die Gliederung der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung sowie der Bilanz folgt dem Kontenrahmen des Bundes (buchhalterische Sicht bzw. Kontensicht). Die Bundesversammlung genehmigt die Aufwände und Investitionsausgaben jedoch in Form von Krediten (Kreditsicht). Die Kreditbildung folgt politischen Prioritäten und kann deshalb in Einzelfällen von der Artengliederung des Kontenrahmens abweichen. Im Unterschied zur Erfolgsrechnung umfassen die Kredite und die Ertragspositionen zudem auch die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten. Diese sind in der Kontensicht eliminiert. Die Bände 1 und 3 geben die Zahlen in der Kontensicht wieder. Die Bände 2A und 2B zeigen die Kreditsicht.



# INHALTSÜBERSICHT

## **Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**

Zahlen im Überblick  
Kommentar zur Jahresrechnung  
Jahresrechnung  
Kennzahlen  
Bundesbeschluss

## **Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

## **Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

## **Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**

Zusatzerläuterungen  
Statistik

## **Band 4 Sonderrechnungen**

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
Infrastrukturfonds  
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
Eidgenössische Alkoholverwaltung

### **Aufbau der Finanzberichterstattung**

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Zentral ist das Kapitel «Jahresrechnung», welches die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung, die Erfolgsrechnung, die Bilanz und den Eigenkapitalnachweis sowie den Anhang enthält. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Krediten ausgewiesen. Im Vordergrund steht die Rechenschaftsablage über die Verwendung der Kredite im Vergleich zum Budget. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen (Kapitel «Rechnungspositionen») die Aufwände und Erträge für die Leistungsverrechnung zwi-

schen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen sowie die FLAG-Steuerung. Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden. Im Jahr 2008 waren dies die Sonderrechnungen für den Fonds für Eisenbahngrossprojekte, den Infrastrukturfonds, den ETH-Bereich und die Eidgenössische Alkoholverwaltung.



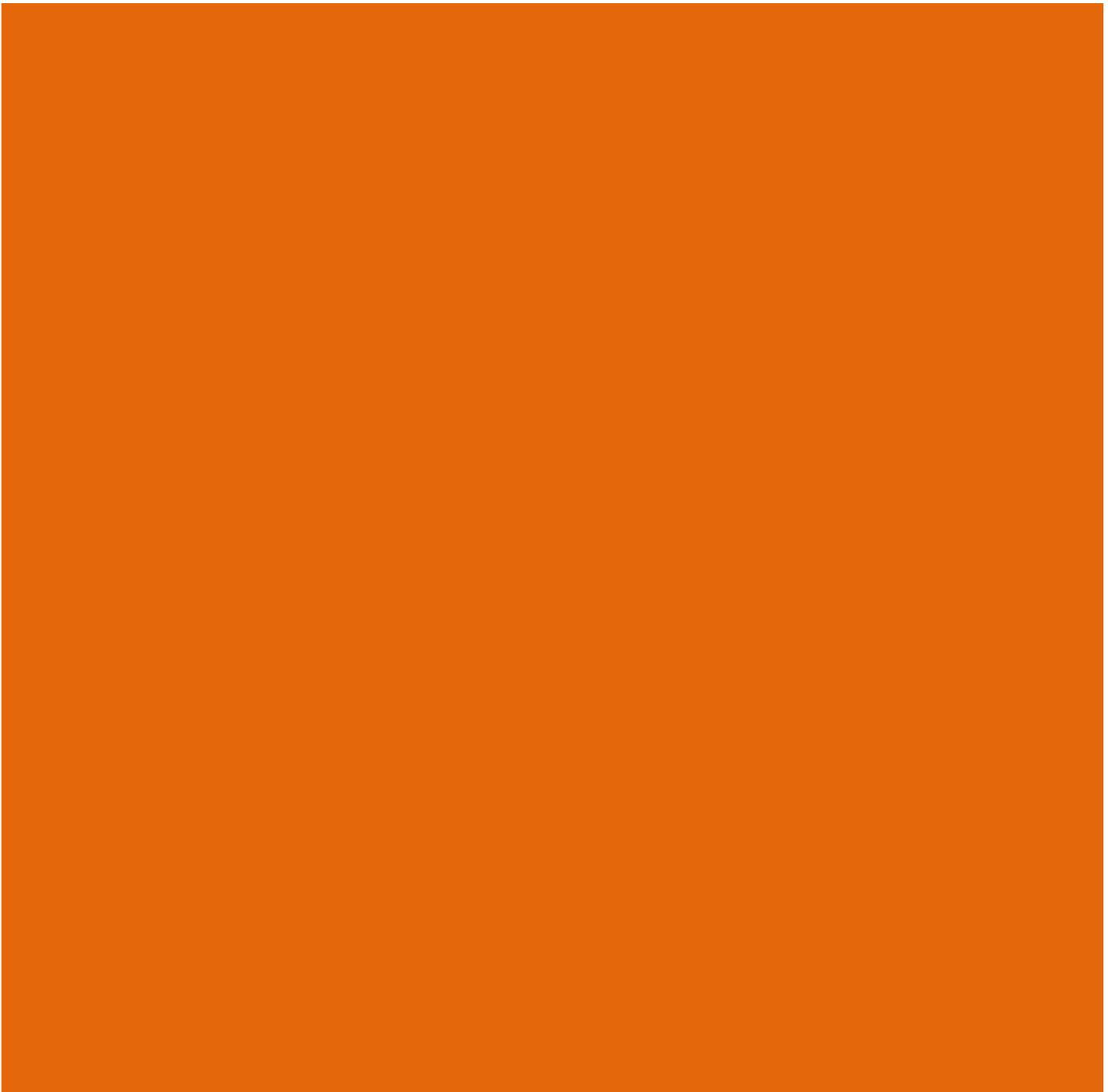
**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>		<b>7</b>
1	Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	9
11	Direkte Bundessteuer	10
12	Verrechnungssteuer	11
13	Stempelabgaben	14
14	Mehrwertsteuer	15
15	Mineralölsteuer	16
16	Schwerverkehrsabgabe	16
17	Zeitliches Profil der Einnahmen des Bundes	17
2	Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	19
21	Soziale Wohlfahrt	20
22	Finanzen und Steuern	21
23	Verkehr	23
24	Landesverteidigung	24
25	Bildung und Forschung	24
26	Landwirtschaft und Ernährung	26
27	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	27
28	Übrige Aufgabengebiete	28
3	Querschnittsfunktionen	29
31	Personal	29
32	Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	31
33	Bundestresorerie	33
34	Beratungsaufwand	36
35	Öffentlichkeitsarbeit	37
4	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	39
5	Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	43
6	Entlastungsprogramme 2003 und 2004: Stand der Umsetzung	47
7	Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	49
8	Berichterstattung über das Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems	51
<b>Statistik</b>		<b>53</b>
A	Übersicht	57
B	Finanzierungsrechnung	61
C	Erfolgsrechnung	83
D	Bilanz	91
E	Bundestresorerie	101
F	Personal	105



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





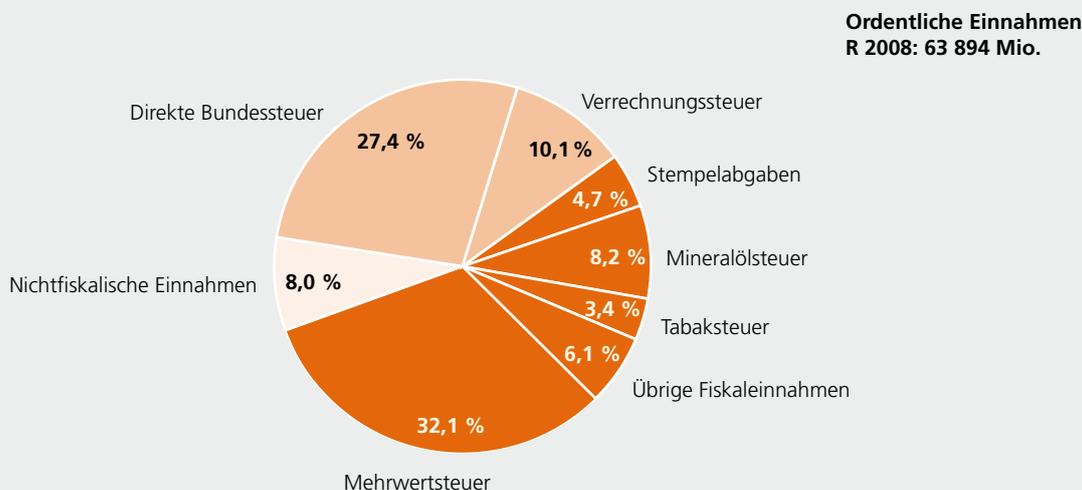
Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
				absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>58 092</b>	<b>57 976</b>	<b>63 894</b>	<b>5 802</b>	<b>10,0</b>
<b>Laufende Einnahmen</b>	<b>57 727</b>	<b>57 769</b>	<b>63 643</b>	<b>5 916</b>	<b>10,2</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>53 336</b>	<b>53 455</b>	<b>58 752</b>	<b>5 416</b>	<b>10,2</b>
Direkte Bundessteuer	15 389	16 359	17 513	2 124	13,8
Verrechnungssteuer	4 230	3 026	6 460	2 230	52,7
Stempelabgaben	2 990	2 925	2 975	-15	-0,5
Mehrwertsteuer	19 684	20 470	20 512	828	4,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	7 116	7 517	138	1,9
Mineralölsteuer	5 086	4 955	5 222	136	2,7
Tabaksteuer	2 186	2 056	2 186	-1	-0,0
Biersteuer	107	105	110	3	2,7
Verkehrsabgaben	2 016	1 996	2 137	121	6,0
Automobilsteuer	358	340	363	5	1,4
Nationalstrassenabgabe	322	306	333	11	3,4
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 350	1 441	105	7,8
Zölle	1 040	980	1 017	-23	-2,2
Spielbankenabgabe	449	432	455	6	1,4
Lenkungsabgaben	156	151	163	7	4,7
Übrige Fiskaleinnahmen	3	0	3	-0	-6,8
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 345</b>	<b>1 258</b>	<b>1 331</b>	<b>-14</b>	<b>-1,0</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	221	235	12	5,5
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	45	28	42	-4	-8,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	193	154	196	2	1,1
Übrige Regalien und Konzessionen	50	22	25	-25	-49,2
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 280</b>	<b>1 383</b>	<b>1 719</b>	<b>439</b>	<b>34,3</b>
Zinseinnahmen	664	659	715	51	7,7
Beteiligungseinnahmen	509	707	905	396	77,9
Übrige Finanzeinnahmen	107	17	99	-8	-7,4
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 766</b>	<b>1 673</b>	<b>1 840</b>	<b>74</b>	<b>4,2</b>
Entgelte	1 391	1 239	1 441	51	3,6
Wehrpflichtersatzabgabe	138	129	140	2	1,8
Gebühren für Amtshandlungen	293	278	305	12	3,9
Rückerstattungen	113	82	186	72	63,8
EU Zinsbesteuerung	121	122	147	26	21,8
Übrige Entgelte	725	628	663	-62	-8,6
Verschiedene Einnahmen	375	434	399	23	6,2
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>365</b>	<b>207</b>	<b>252</b>	<b>-113</b>	<b>-31,0</b>

Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Zusammensetzung der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Rechnungsjahr. Das starke Einnahmenwachstum gegenüber dem Vorjahr hat sich hauptsächlich auf die direkte Bundessteuer und die Verrechnungssteuer konzentriert. Dies bewirkt eine Veränderung der Einnahmenstruktur: Der Anteil der direkten Steuern (direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer) an den ordentlichen Einnahmen des Bundes erhöht sich gegenüber der Rechnung 2007 um 3,7 Prozentpunkte auf 37,5 Prozent. Dagegen verringert sich der Anteil der indirekten Steuern (d.h. alle anderen

Fiskaleinnahmen) aufgrund ihres unterdurchschnittlichen Wachstums von 58,0 auf 54,4 Prozent. Aufgrund der Ursachen der markanten Zunahme der direkten Bundessteuer (schnellere Ablieferung) und der Verrechnungssteuer (tiefere Rückerstattungsquote) dürfte sich ihr Anteil in den Folgejahren allerdings wieder zurückbilden.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert.

### Struktur der Einnahmen 2008



## 11 Direkte Bundessteuer

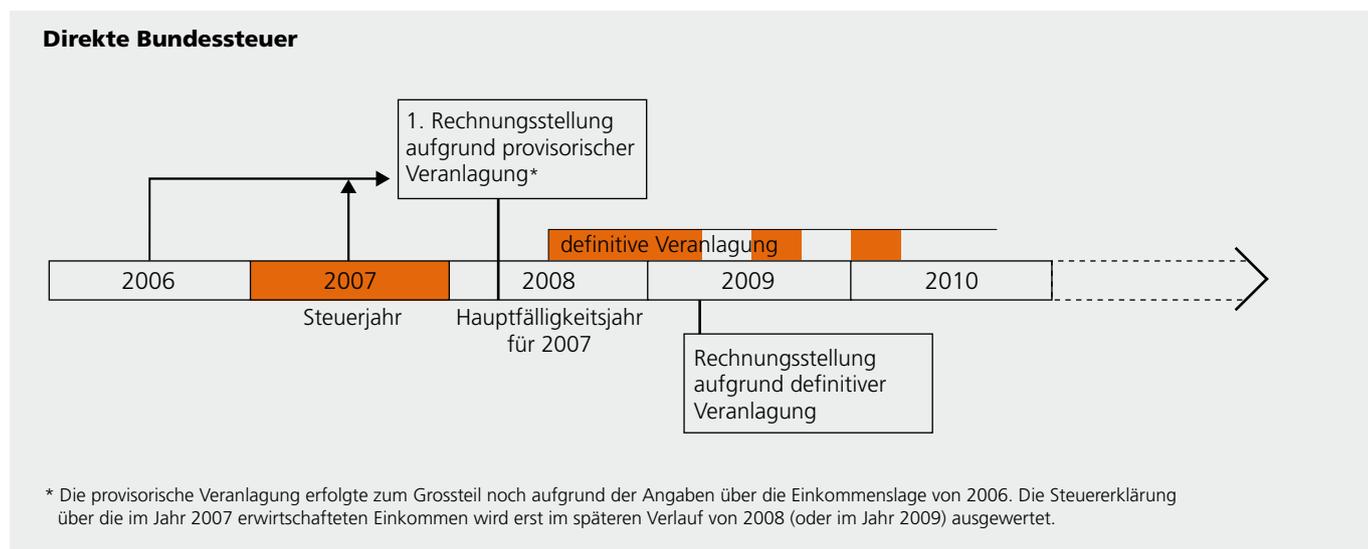
Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>15 389</b>	<b>16 359</b>	<b>17 513</b>	<b>2 124</b>	<b>13,8</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	26,5	28,2	27,4		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	6 860	8 136	8 509	1 649	24,0
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	8 664	8 373	9 097	433	5,0
Pauschale Steueranrechnung	-135	-150	-93	42	31,2

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Bezugsverfahren der direkten Bundessteuer: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung bzw. dem nachfolgenden Bezug der direkten Bundessteuer durch die Kantone vergehen mindestens ein bis zwei Jahre (vgl. Schema). Das Rechnungsjahr 2008 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2007. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 80 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleinen Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Verteilungsannahmen getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Im Rechnungsjahr lagen die Einnahmen rund 1,2 Milliarden höher als veranschlagt. Diese Budgetabweichung kann entweder von einer Unterschätzung der Sollerträge herrühren oder aber die Folge einer veränderten zeitlichen Verteilungsstruktur der Sollerträge auf die verschiedenen Rechnungsjahre sein. Die im Voranschlag geschätzten Sollerträge können anhand der Abrechnungen der Kantone über die direkte Bundessteuer plausibilisiert werden. Dabei wird untersucht wieviele Steuern bereits in Rechnung gestellt wurden und wieviele Rechnungen aufgrund von Erfahrungswerten noch durch die Kantone zusätzlich ausgestellt werden könnten. Basierend darauf scheint eine Unterschätzung dieser Erträge *aus heutiger Sicht* eher unwahrscheinlich. Hingegen zeigen die kantonalen Abrechnungen eine markante Abweichung der Einnahmenverteilung im Rechnungsjahr: Die Einnahmen im Hauptfälligkeitsjahr und — insbesondere bei den natürlichen Personen — jene aus früheren Perioden sind deutlich höher ausgefallen. Mit anderen Worten: Die Besteuerung der Kantone und die Ablieferung durch die Steuerpflichtigen erfolgte tendenziell rascher als erwartet. Diese

Tendenz ist bereits seit einigen Jahren zu beobachten und hat sich im Rechnungsjahr besonders akzentuiert. Allerdings sind die Ursachen nicht eindeutig benennbar. Da der Budgetüberschuss weitestgehend auf einer Verhaltensänderung der Steuerpflichtigen sowie der Kantone beruht, kann auch nicht auf

zukünftige Mehreinnahmen geschlossen werden. Im Gegenteil: Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer dürften in Zukunft tiefer ausfallen als ursprünglich geschätzt, da ein Teil der in den Jahren 2009 und 2010 erwarteten Einnahmen bereits im Rechnungsjahr eingetroffen sind.



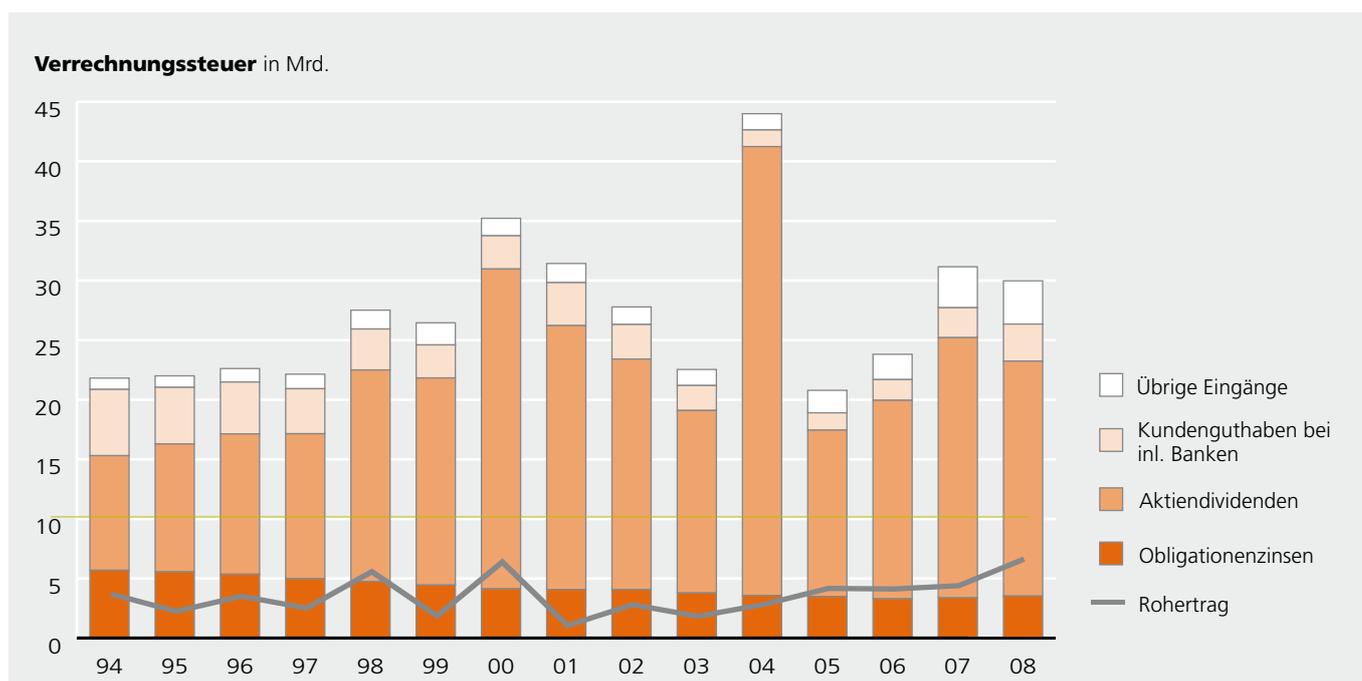
## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
				absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>4 230</b>	<b>3 026</b>	<b>6 460</b>	<b>2 230</b>	<b>52,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,3	5,2	10,1		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 211	3 000	6 446	2 236	53,1
Steuerrückbehalt USA	19	26	14	-5	-27,9

Der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer (Schweiz)* ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen (30,0 Mrd.) und den Rückerstattungen (23,5 Mrd.). Er erreicht im vierten Jahr in Folge ein hohes Niveau, weil die Rückerstattungsanträge gegenüber den Eingängen, die noch die günstige Wirtschaftslage von 2007 und von Anfang 2008 widerspiegeln, nicht sehr umfangreich ausfielen. Der Ertrag erreicht damit ein Niveau, das weit über dem mehrjährigen Mittel von 3 Milliarden liegt, welches in den Voranschlag eingestellt wurde. Eine solche Entwicklung ist in einer relativ günstigen Konjunkturphase zu erwarten. In Zeiten des Wirtschaftswachstums fällt der Ertrag aus dieser Steuer tendenziell höher aus als in längeren Perioden des Konjunkturabschwungs. Mit 6,4 Milliarden konnte aber der bisher höchste je verzeichnete Ertrag aus dieser Steuer verbucht werden. Zehn Prozent des Ertrags der Steuer gehen an die Kantone.

Der Ertrag aus der Verrechnungssteuer weist seit Jahren starke Schwankungen auf. Diese Volatilität hat ihren Ursprung nicht nur in den Variationen, die durch die veränderten Verbuchungsmodalitäten bedingt sind, sondern vor allem in folgenden beiden Faktoren:

- Zunächst handelt es sich um eine Fiskaleinnahme, deren Höhe durch eine *Subtraktion* ermittelt wird, indem die auf Anfrage effektiv vorgenommenen Rückerstattungen von den Eingängen (den an der Quelle erhobenen Beträgen) abgezogen werden. Die von jedem der beiden Elemente dieser Operation verzeichneten Schwankungen können sich – zumindest teilweise – gegenseitig aufheben oder sich im Gegenteil gegenseitig verstärken. Angesichts der beträchtlichen Höhe der Beträge (siehe nachstehende Tabelle) kann eine auch nur geringfügige Änderung in der Entwicklung eines dieser Ele-



mente eine Veränderung auslösen, die ohne weiteres in die Hunderte von Millionen geht.

Namentlich die Eingänge werden durch eine Vielzahl fluktuierender Elemente beeinflusst. Die Eingänge hängen weitgehend vom Volumen der Dividendenausschüttungen ab. Sie werden demnach nicht nur vom Konjunkturverlauf beeinflusst, sondern auch von der spezifischen Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige und von punktuellen Faktoren, unter anderem von der Dividendenausschüttungs- oder Aktienrückkaufpolitik der einzelnen Unternehmen. In letzter Zeit wirkte sich auch der Finanzzyklus auf die Entwicklung dieser Einnahmenkategorie aus.

- Vor allem aber ergibt sich zwischen der Verbuchung der Eingänge und dem Datum der Einreichung der entsprechenden Rückerstattungsgesuche eine mehr oder weniger grosse *zeitliche Verzögerung*. *Nicht gleichzeitig auftretende Schwankungen* in der Entwicklung der Eingänge und der Rückerstattungen können deshalb substantielle Abweichungen verursachen.

Die *Rückerstattungsquote* unterliegt unter diesen Umständen wegen dem Einfluss von zyklischen oder anderen Fluktuationen bei den Eingängen, zusammen mit der zeitlichen Verschiebung zwischen den Eingängen und den Rückerstattungen, von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen.

In Anbetracht der Unmöglichkeit, einzelne Elemente, auf die die Volatilität des Ertrags aus der Steuer zurückzuführen ist und die von Natur aus unvorhersehbar sind, bei der Budgetierung zu berücksichtigen, stützt sich die Erstellung des Voranschlags seit 2004 auf den langjährigen Durchschnittsbetrag.

2008 wurde das Wachstum der *Eingänge* gestoppt. Sie erreichten noch 30 Milliarden gegenüber 31,2 Milliarden im Vorjahr. Dieser Rückgang (-1,2 Mrd. oder -3,8%) hat seinen Ursprung vor allem in den rückläufigen Eingängen aus Dividendenausschüttungen im Bankensektor und in der schrittweisen Einstellung der grossen Aktienrückkaufprogramme. Insgesamt verzeichnete diese Einnahmenkategorie nach den Abgrenzungen am Jahresende (-1,1 Mrd.) 19,7 Milliarden gegenüber 21,8 Milliarden im Vorjahr, das heisst ein Minus von 9,7 Prozent. Die Eingänge aus Bankkundenguthaben hingegen nahmen spürbar zu und stiegen von 2,5 Milliarden auf 3,1 Milliarden (+23,7%). Auch die Eingänge aus den Obligationen (3,5 Mrd.) sowie diejenigen aus den Anteilen an Anlagefonds nahmen zu, wenn auch in geringerem Ausmass (+4,6% und +5,7%).

Die *Rückerstattungsgesuche* können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verschiebung eingereicht werden, im Allgemeinen frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung steuerpflichtig wird. Gestützt auf die verfügbaren Statistiken können die Rückerstattungen in folgende Kategorien von Anspruchsberechtigten eingeteilt werden:

- Die *natürlichen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz*, die kantonale abgerechnet werden. Sie können frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die steuerbare Leistung fällig wird, ein Rückerstattungsgesuch einreichen.
- Die *juristischen Personen mit Sitz in der Schweiz*, denen bereits im Laufe des Fälligkeitsjahres die Rückerstattung von drei Vierteln des voraussichtlichen Betrags in quartalsweisen Akontozahlungen gewährt wird, falls sie Anspruch auf die Rückerstattung von mindestens 4000 Franken haben und ein entsprechendes Gesuch einreichen. Seit 2001 können auch die Dividendenausschüttungen innerhalb eines

### Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio CHF	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Eingänge</b>	<b>35 230</b>	<b>31 437</b>	<b>27 785</b>	<b>22 544</b>	<b>44 008</b>	<b>20 791</b>	<b>23 818</b>	<b>31 152</b>	<b>29 980</b>
Veränderung in %	33,2	-10,8	-11,6	-18,9	95,2	-52,8	14,6	30,8	-3,8
<b>Rückerstattungen</b>	<b>29 028</b>	<b>30 585</b>	<b>25 180</b>	<b>20 911</b>	<b>41 388</b>	<b>16 811</b>	<b>19 891</b>	<b>26 941</b>	<b>23 534</b>
Veränderung in %	17,1	5,4	-17,7	-17,0	97,9	-59,4	18,3	35,4	-12,6
Bund	20 118	17 933	13 657	9 386	9 751	10 051	13 713	19 690	16 140
Kantone	3 548	4 428	4 030	4 057	3 444	3 074	3 374	3 277	4 042
DBA	5 362	8 224	7 493	7 468	28 193	3 686	2 804	3 974	3 351
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>6 202</b>	<b>852</b>	<b>2 605</b>	<b>1 632</b>	<b>2 621</b>	<b>3 978</b>	<b>3 927</b>	<b>4 212</b>	<b>6 446</b>
Veränderung in %	273,0	-86,3	205,7	-37,3	60,6	51,8	-1,3	7,2	53,1
<b>Rückerstattungsquote in %</b>	<b>82,4</b>	<b>97,3</b>	<b>90,6</b>	<b>92,8</b>	<b>94,0</b>	<b>80,9</b>	<b>83,5</b>	<b>86,5</b>	<b>78,5</b>

Schweizer Konzerns deklariert werden. In diesen Fällen wird die Verrechnungssteuer weder erhoben, noch nachträglich zurückerstattet. Mit dieser Änderung konnten die Komplikationen im Zusammenhang mit dieser Steuer aus der Welt geräumt werden. Ab Juli 2005 wurde diese Änderung auch auf die Dividendenausschüttungen eines Schweizer Tochterunternehmens an die Muttergesellschaft mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat, der mit der Schweiz ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen hat, ausgedehnt.

- *Personen mit Wohnsitz in einem ausländischen Staat oder Unternehmen mit Sitz in einem ausländischen Staat*, der mit der Schweiz ein internationales Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA) abgeschlossen hat, können unverzüglich nach Abzug der Verrechnungssteuer ein Rückerstattungs-gesuch einreichen.

2008 beliefen sich die *Rückerstattungen* auf 23,5 Milliarden (siehe Tabelle); sie verzeichneten demnach einen deutlich stärkeren Rückgang (-12,6 %) als die Steuereingänge. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist dieser Rückgang in erster Linie auf die Rückerstattungen an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz zurückzuführen; sie nahmen um 3,55 Milliarden ab (-18,0%). Auch die Rückerstattungen an Antragsteller mit Wohnsitz im Ausland waren rückläufig (-0,6 Mrd. oder -15,7%). Einzig die Rückerstattungs-gesuche von natürlichen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz nahmen zu (+23,4 %). Gemäss neu geltender Verbuchungsregeln sind im Gesamttotal der Rückerstattungen die Abgrenzungen Ende Jahr schon berücksichtigt. Diese Abgrenzungen betrafen einen Betrag von 1,7 Milliarden; er entspricht den Rückerstattungs-gesuchen, die bis 10. Januar 2009 eingereicht

wurden oder mit Gewissheit erwartet werden und Abzüge aus dem Jahre 2008 betreffen, welche namentlich im Zusammenhang mit den Aktienrückkaufprogrammen stehen.

Die *Rückerstattungsquote* (prozentualer Anteil der Rückerstattungen an den Eingängen), welche die unterschiedliche Entwicklung der Eingänge und der Rückerstattungen widerspiegelt, war besonders tief (siehe Tabelle). Sie erreichte lediglich 78,5 Prozent, nachdem sie 2007 noch bei 86,5 Prozent gelegen hatte. Sie war so niedrig wie seit über zehn Jahren nicht mehr. In den vergangenen Jahren bewegte sie sich im Schnitt bei ungefähr 88 Prozent.

Die tiefe Rückerstattungsquote lässt vermuten, dass die zeitliche Verschiebung zwischen den Eingängen und den Rückerstattungen grösser geworden ist. Die Gründe einer solchen Entwicklung können nur mit Hilfe detaillierter Statistiken analysiert werden, *an Hand derer eine bestimmte Rückerstattung einem bestimmten Eingang zugeordnet werden könnte*. Da solche Informationen aber fehlen, ist es unmöglich, in Erfahrung zu bringen, ob noch weitere Ursachen ihre Wirkung entfalten, beispielsweise ein verändertes Verhalten gewisser Wirtschaftsakteure oder Portfeuilleumschichtungen (Anteil des ausländisch beherrschten Schweizer Vermögens).

Der Anspruch auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer erlischt, wenn der entsprechende Antrag nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung fällig war oder erbracht wurde, eingereicht wird. Es ist demnach sehr gut möglich, dass auf die tiefe Rückerstattungsquote für das Jahr 2008 eine ausgeprägte Zunahme der 2009 oder später eingereichten Rückerstattungs-gesuche folgen wird.

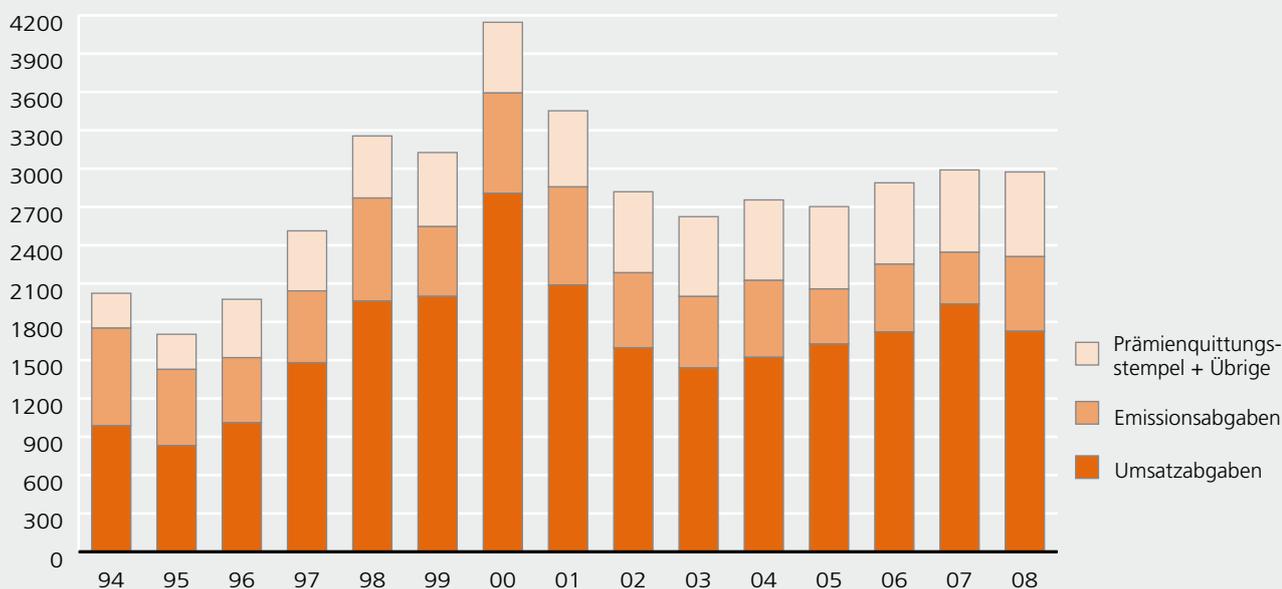
## 13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 990</b>	<b>2 925</b>	<b>2 975</b>	<b>-15</b>	<b>-0,5</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	5,2	5,0	4,7		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>405</b>	<b>525</b>	<b>584</b>	<b>179</b>	<b>44,2</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 940</b>	<b>1 750</b>	<b>1 727</b>	<b>-213</b>	<b>-11,0</b>
Inländische Wertpapiere	280	250	250	-30	-10,7
Ausländische Wertpapiere	1 660	1 500	1 477	-183	-11,0
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>645</b>	<b>650</b>	<b>663</b>	<b>19</b>	<b>2,9</b>

Von allen Fiskaleinnahmen sind die *Stempelabgaben* diejenigen, welche die Entwicklungen der Finanz- und insbesondere der Börsenmärkte am unmittelbarsten zu spüren bekommen. Denn diese Abgaben stammen weitgehend aus der Besteuerung der Transaktionen mit Wertpapieren an der Börse sowie aus der Emission von Obligationenanleihen und Beteiligungsrechten. Letztere hängen in der Schweiz in nicht unerheblichem Ausmass von der Nachfrage des Finanzsektors ab. Das turbulente Geschehen an den Finanzmärkten seit dem Sommer 2007 beeinflusste bereits die Entwicklung der Stempelabgaben im Jahre 2008. Die *Umsatzabgabe* verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Rückgang, doch der Ertragsausfall wurde weitgehend mit Mehreinnahmen aus der *Emissionsabgabe* kompensiert. Der Ertrag aus den Stempelabgaben überschritt deshalb schliesslich trotz Finanzkrise, die das Jahr 2008 prägte, anlässlich der Budgetbereinigung von Anfang Sommer 2007 jedoch noch nicht vorhersehbar war, den budgetierten Wert (+50 Mio.).

Bei der Budgetvorbereitung wurde aufgrund der neuen Anlagemöglichkeiten, die von der Stempelsteuer befreit sind, eine Stagnation der *Umsatzabgabe* auf dem Niveau von 2006 erwartet. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe entsprach deswegen in etwa der Budgetschätzung (-23 Mio.), obwohl er nach 2007, einem Jahr, das sich durch sehr hohe Einnahmen auszeichnete, spürbar abgenommen hatte. Die bescheidene Differenz *gegenüber dem Budget* ist auf die geringen Abgaben zurückzuführen, die im Bereich der ausländischen Wertpapiere, auf die rund 85 Prozent der Umsatzabgabe entfallen, eingenommen wurden. Die Umsatzabgabe aus dem Handel mit inländischen Wertpapieren hingegen entsprachen in etwa den Prognosen. Der Rückgang der Umsatzabgabe *gegenüber dem Vorjahr* ist eindeutig und offensichtlich auf den weltweiten Börsensturz zurückzuführen. Ihre Abnahme wird jedoch vielleicht etwas weniger drastisch ausfallen, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Steuerausfälle in diesem Bereich halten sich wahrscheinlich dank den Portfeuilleumschichtungen, gepaart mit einer gewissen Beständigkeit der Mittel auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, einigermaßen in Grenzen.

Stempelabgaben in Mio.



Die *Emissionsabgaben* übertrafen den veranschlagten Betrag um 59 Millionen. Hinter diesem Plus verstecken sich jedoch gegenläufige Entwicklungen. Zum einen verzeichneten die Abgaben auf der Emission von Beteiligungsrechten vor allem wegen der Rekapitalisierung einer Grossbank eine sprunghafte Zunahme. Dort liegt der Ursprung der unvorhergesehenen substanziellen Mehreinnahmen (+160 Mio.). Die Abgaben aus der Emission von Obligationen und Geldmarktpapieren dagegen blieben deutlich hinter dem veranschlagten Wert zurück (-101 Mio.). Der Ertragsausfall erklärt sich mit der weltweiten Abnahme der

neuen Emissionen von Obligationenanleihen und deren Dauer, in einem von Ungewissheit bezüglich der Entwicklung der Kapitalmärkte und der Konjunktur geprägten Klima.

Die Einnahmen aus dem *Prämienquittungsstempel*, einschliesslich Bussen und Verzugszinsen, nahmen parallel zum Wirtschaftswachstum weiter zu. Sie übertrafen das Budget um 13 Millionen (+2,1 %). Die Prämienhöhung infolge Investitionen in Form von Lebensversicherungen mit Einmalprämie entsprach dem in diesem Sektor verzeichneten Durchschnitt.

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>19 684</b>	<b>20 470</b>	<b>20 512</b>	<b>828</b>	<b>4,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	33,9	35,3	32,1		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>15 959</b>	<b>16 590</b>	<b>16 630</b>	<b>671</b>	<b>4,2</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>3 726</b>	<b>3 880</b>	<b>3 883</b>	<b>157</b>	<b>4,2</b>
Krankenversicherung 5%	840	880	875	35	4,2
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 144	2 230	2 235	90	4,2
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	439	460	458	18	4,2
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	302	310	315	13	4,2

Die Einnahmen werden seit 2007 nach dem Forderungsprinzip ausgewiesen. Dies bedeutet, dass insbesondere die bereits ausgestellten Rechnungen resp. die in der Verwaltung verbuchten Abrechnungen der Steuerpflichtigen dem Rechnungsjahr als Einnahmen angerechnet werden. Erfahrungsgemäss wird nicht der gesamte Bestand der offenen Debitoren vereinnahmt. Aus diesem Grund ergeben sich auch Debitorenverluste, welche als Aufwandpositionen separat ausgewiesen werden.

Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 20,5 Milliarden um 828 Millionen oder 4,2 Prozent höher als in der Vorjahresrechnung. Das Einnahmenwachstum übertrifft somit die neusten Schätzungen für das nominelle Wachstum des Bruttoinlandprodukts (+3,9%) für das Jahr 2008. Die veranschlagten Einnahmen wurden nur leicht übertroffen (+42 Mio.).

Im Prinzip ist der Verlauf der Mehrwertsteuereinnahmen eng an den Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gekoppelt, da unter anderem für beide die Komponente privater Konsum der wichtigste Bestimmungsfaktor ist. Dennoch können sich Unterschiede zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen ergeben. Dies deshalb, weil die inländische Wertschöpfung — also die Steuerbasis der Mehrwertsteuer — nur unvollständig durch das Bruttoinlandprodukt widerspiegelt wird (z.B. sind Umsätze im Bereich

Geld- und Kapitalverkehr mit Ausnahme der Vermögensverwaltung und des Inkassogeschäfts von der Mehrwertsteuer ausgenommen). Zudem entstammen die Mehrwertsteuereinnahmen eines Kalenderjahres zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangegangenen Jahres und nicht — wie das jährliche Bruttoinlandprodukt — alleine aus dem Rechnungsjahr.

Die Tatsache, dass die Mehrwertsteuereinnahmen im Rechnungsjahr stärker wuchsen als das nominelle BIP lässt sich daher auf zwei Gründe zurückführen: Zum einen war im Rechnungsjahr die Differenz zwischen dem Bruttoinlandprodukt und der Steuerbasis der Mehrwertsteuer grösser als in anderen Jahren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die von der Mehrwertsteuer befreiten Ausfuhren sowie jene Finanzdienstleistungen, die von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind. Aufgrund der abnehmenden Dynamik der Exporte im Jahr 2008 sowie der anhaltenden Krise auf den Finanzmärkten dürften diese Branchen im vergangenen Jahr einen kleineren Beitrag an das BIP-Wachstum geliefert haben als in der Vergangenheit. Zum andern sind im ausgewiesenen Ergebnis auch Einnahmen enthalten, die aus dem starken vierten Quartal 2007 stammen. Hingegen konnte sich das letzte Quartal 2008, in welchem die Wirtschaftsleistung bereits deutlich abnahm, noch nicht in den Mehrwertsteuereinnahmen niederschlagen.

## 15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
				absolut	%
<b>Mineralölsteuer</b>	<b>5 086</b>	<b>4 955</b>	<b>5 222</b>	<b>136</b>	<b>2,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,8	8,6	8,2		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 028	2 940	3 110	83	2,7
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 039	1 990	2 089	51	2,5
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	20	25	22	2	10,6

Der Ertrag aus der *Mineralölsteuer* auf Treibstoffen hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bestimmungsgrößen sind die Entwicklung des Fahrzeugbestands und die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer. Der Motorfahrzeugbestand wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. Allerdings scheint damit kein paralleler Anstieg der Treibstoffnachfrage einherzugehen, denn der durchschnittliche Verbrauch der neuen Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung zwischen den Automobilimporteuren und dem UVEK, mit der eine Senkung des Durchschnittsverbrauchs angestrebt wird. Zudem dürfte auch die Einführung der Energie-Etikette zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beigetragen haben. In jüngster Zeit lässt sich jedoch eine Zunahme der Fahrzeuge mit hohem Treibstoffverbrauch feststellen (Geländefahrzeuge, Klimaanlage, Grossraumlimousinen). Was die Anzahl zurückgelegter Kilometer anbelangt, so hängt ihre Zunahme in erster Linie von den Wetterverhältnissen ab, die von Jahr zu Jahr sehr stark variieren können.

Schliesslich lassen bisherige Beobachtungen darauf schliessen, dass jeder wirtschaftliche Aufschwung den Treibstoffverbrauch der Unternehmen und Privaten ankurbelt. Schliesslich wirkt sich auch die Benzinnachfrage in den Grenzgebieten auf die Ein-

nahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisunterschieden im internationalen Vergleich ab.

2008 verzeichneten die Einnahmen aus den Mineralölsteuern auf Treibstoffen eine deutliche Zunahme, sogar die stärkste seit 2001. Der erwartete Rückgang der Treibstoffnachfrage infolge der bis im Sommer anhaltenden Benzin- und Dieselpreiserhöhung trat wider Erwarten nicht ein. Das im ersten Halbjahr noch robuste Wirtschaftswachstum führte ganz im Gegenteil zusammen mit der Vergrösserung des Fahrzeugbestands und der wachsenden Zahl schwerer Geländewagen zu einem neuerlichen Anstieg des Treibstoffverbrauchs. Auch der so genannte Tanktourismus dürfte zu den ausgeprägten Mehreinnahmen im Jahre 2008 beigetragen haben. Mangels einschlägiger Statistiken kann man dennoch davon ausgehen, dass vor dem Hintergrund der explosionsartig gestiegenen Erdölpreise die signifikante Preisdifferenz bei Benzin und Diesel zu Gunsten der Schweiz in verschiedenen Grenzregionen die Mehreinnahmen verursacht hat.

Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus der Mineralölsteuer auf Treibstoffen und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr eingesetzt.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 336</b>	<b>1 350</b>	<b>1 441</b>	<b>105</b>	<b>7,8</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,3	2,3		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	712	879	940	228	32,1
Kantonsanteile	436	440	470	34	7,7
Übrige	188	31	31	-157	-83,5

Die Erhebung der *Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)* stützt sich auf das Gesamtgewicht des Fahrzeugs, die Emissionskategorie und die Anzahl zurückgelegter Kilometer. Die Einnahmen aus der LSVA nahmen stärker zu als der Durchschnitt der Gesamteinnahmen. Ihr Anstieg ist in erster Linie auf die Erhöhung des Abgabesatzes zurückzuführen, die am 1. Januar 2008 in Kraft trat. Ferner löste die Neueinreihung der EURO-2-

Fahrzeuge (gemäss Emissionskategorie), die von der Abgabekategorie II in die teurere Kategorie I umklassiert wurden, Mehreinnahmen aus. Die EURO-3-Fahrzeuge hingegen verblieben noch ein weiteres Jahr in der Abgabekategorie III. Schliesslich verursachte die erneute Zunahme der Güterbeförderung auf der Strasse, bedingt durch das noch bis in den Herbst relativ kräftige Wachstum, Mehreinnahmen.

Gegenüber dem Voranschlag brachte die LSVA deutlich mehr ein als geschätzt (+91 Mio. oder +6,8%). Die Abweichung liegt darin begründet, dass das Ergebnis für 2007, auf das sich die Budgetierung abstützt, unterschätzt wurde, sowie in der zu vorsichtigen Prognose der Entwicklung des Strassengütertransports.

Nach den üblichen Grundsätzen der Rechnungslegung entsprechen die in einem bestimmten Rechnungsjahr ausgewiesenen Einnahmen dem Gesamttotal der Forderungen des Bundes für das betreffende Jahr, und nicht den im betreffenden Jahr effektiv eingegangenen Zahlungsmitteln. Demnach werden die angefochtenen LSVA-Forderungen nicht vom veranschlagten Betrag abgezogen. 2008 beglichen rund 98 Prozent der Fahrzeughalter

die Abgabe vorschriftsmässig. Im Übrigen werden gemäss dem Bruttoprinzip die Debitorenverluste auf einem entsprechenden Konto verbucht und nicht von den Einnahmen abgezogen.

Der Ertrag dieser Abgabe ist zweckgebunden: Die Kantone erhalten rund ein Drittel, und rund zwei Drittel dienen der Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte sowie anderer Infrastrukturprojekte im öffentlichen Verkehr. Mit dem Restbetrag werden in erster Linie die Polizeikontrollen finanziert. Im Gegensatz zu den Vorjahren fliesst der Bundeskasse seit 2008 kein Anteil an den Einnahmen aus der LSVA mehr zu; gemäss Entlastungsprogramm 2003 dienten diese Mittel damals der Deckung der externen Kosten des Schwerverkehrs (2007: 150 Mio.).

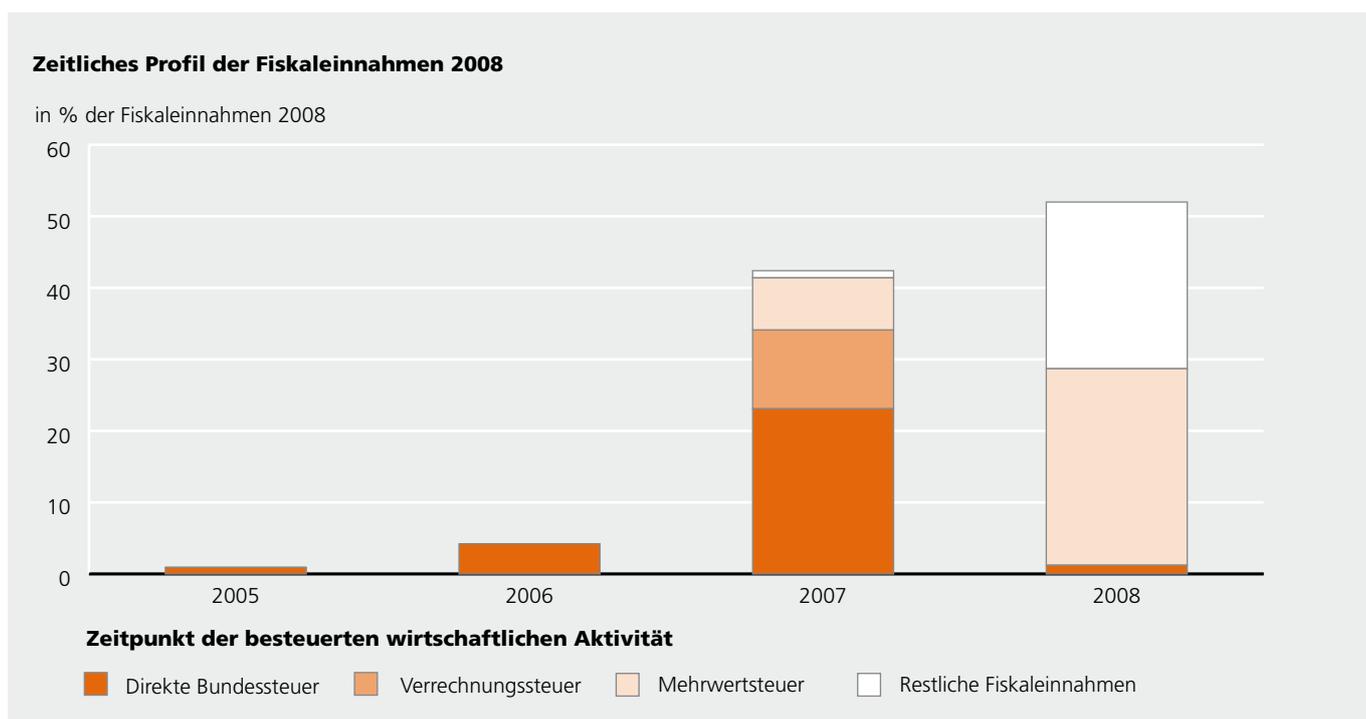
## 17 Zeitliches Profil der Einnahmen des Bundes

Die volkswirtschaftliche Entwicklung des Rechnungsjahres 2008 stand ganz im Zeichen der anhaltenden Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten. Die globale Finanzkrise hat dazu beigetragen, dass sich der internationale Konjunkturabschwung massiv verstärkte.

Dem aussergewöhnlichen Einbruch der Weltwirtschaft konnte sich auch die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft nicht entziehen. Insbesondere die Exportbranche wurde durch die Entwicklung stark in Mitleidenschaft gezogen: Die Ausfuhren verzeichnen seit Oktober 2008 starke Rückgänge. Zusätzlich litt

die Schweizer Volkswirtschaft aufgrund der seit anfangs 2008 abnehmenden Wachstumsdynamik des hiesigen Finanzdienstleistungssektors. Als Resultat fand das seit vier Jahren anhaltende überdurchschnittliche Schweizer Wirtschaftswachstum im zweiten Semester 2008 ein jähes Ende.

Im Kontrast zur beschriebenen volkswirtschaftlichen Entwicklung steht aber das Rechnungsergebnis des Bundes: Der ordentliche Bundeshaushalt schliesst mit einem markanten Überschuss von 7,3 Milliarden ab; 6,2 Milliarden mehr als veranschlagt. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis fast gänzlich auf ein starkes



Einnahmenwachstum, welches die Voranschlagswerte deutlich übertrifft. Insofern stellt sich die Frage, wie der starke Einnahmenüberschuss mit dem beschriebenen konjunkturellen Abschwung vereinbar ist.

Diese scheinbar widersprüchliche Entwicklung ist hauptsächlich auf das zeitliche Profil der Einnahmen zurückzuführen. So werden nicht alle Einnahmen des Bundes aufgrund wirtschaftlicher Aktivitäten generiert, die im Rechnungsjahr stattfinden. Insbesondere bei den Fiskaleinnahmen gibt es erhebliche zeitliche Verzögerungen zwischen der besteuerten wirtschaftlichen Aktivität und der anschliessenden Vereinnahmung der Steuererträge durch den Bund. In der Folge sind im Rechnungsjahr 2008 zu einem grossen Teil auch Einnahmen enthalten, deren Forderungen auf wirtschaftlichen Tatbeständen früherer Jahre beruhen. Die Grafik veranschaulicht diesen Sachverhalt für die Fiskaleinnahmen des Jahres 2008.

Die zeitliche Verzögerung zwischen dem relevanten wirtschaftlichen Tatbestand und der anschliessenden Vereinnahmung der Steuern durch den Bund ist vor allem bei der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer stark ausgeprägt. Weniger ins Gewicht fällt die zeitliche Verzögerung hingegen bei den (indirekten) Verbrauchssteuern.

So erstreckt sich z.B. die Vereinnahmung der *direkten Bundessteuer* einer bestimmten Steuerperiode aufgrund des Veranlagungs- und Bezugsverfahren über mehrere Jahre (vgl. Ziff. 11). Im Rechnungsjahr 2008 führt dieser Umstand dazu, dass über 95 Prozent der Einnahmen auf vergangene Steuerjahre zurückzuführen sind. Somit widerspiegeln die Einnahmen der direkten Bundessteuer zum grössten Teil die wirtschaftliche Situation der Steuerpflichtigen in den Jahren vor 2008. Ähnlich, wenn auch weniger akzentuiert, verhält es sich bei der *Mehrwertsteuer*. Rund 21 Prozent der ausgewiesenen Einnahmen betreffen noch das Jahr 2007 und in geringem Umfang weiter zurückliegende Jahre, nur der Rest ist auf die wirtschaftliche Entwicklung im Rechnungsjahr zurückzuführen.

Bei der *Verrechnungssteuer*, die eine Saldogrösse aus den Steuererträgen und den Rückerstattungen ist, gibt es zwei Arten von zeitlichen Verzögerungen gegenüber der Wirtschaftstätigkeit, welche die Steuer erzeugt. Erstens stammen diese Steuererträge weitgehend aus den im Vorjahr erzielten Gewinnen; ungefähr zwei Drittel davon entfallen auf Dividendenausschüttungen. Zweitens betreffen die Rückerstattungen zum Teil nicht die Erträge im betreffenden Rechnungsjahr, sondern diejenigen des Jahres zuvor. Schätzungen der zeitlichen Verschiebung der Verrechnungssteuer scheitern deshalb in erster Linie daran, dass nicht feststellbar ist, auf welche wirtschaftlichen Tatbestände sich die Erträge beziehen, für welche keine Rückerstattungsanträge deponiert wurden. In Ermangelung dieser Informationen ging man der Einfachheit halber im Hinblick auf die Schätzung, auf der die nachstehende Grafik basiert, davon aus, dass alle Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ihren Ursprung in den Gewinnen und Vergütungen des Vorjahres haben.

Bei der *Stempelabgabe* wird die Umsatzabgabe dreissig Tage nach Ablauf des Quartals, in dem die Steuerforderung entstanden ist, fällig. Die Entwicklung des Transaktionsvolumens von Wertpapieren beeinflusst infolgedessen den Ertrag aus den Stempelabgaben erst ein Quartal später. Bei den übrigen Stempelabgaben beträgt die Verzögerung einen Monat.

Der Bundeshaushalt ist insgesamt stark geprägt durch die zeitlich verzögerte Vereinnahmung gewisser Steuern. Aufgrund des hohen Einnahmenstandes der direkten Bundessteuer sowie der Verrechnungssteuer war der Anteil der Fiskaleinnahmen, deren Besteuerung auf wirtschaftlichen Aktivitäten in den Vorjahren beruhte, besonders hoch. Anhand der Grafik wird ersichtlich, dass nur etwas mehr als 50 Prozent der Fiskaleinnahmen auf eine wirtschaftliche Aktivität im Rechnungsjahr zurückzuführen sind. Die andere Hälfte der Fiskaleinnahmen hingegen steht in einem Zusammenhang mit der Wirtschaftsleistung früherer Jahre. Gerade an einem konjunkturellen Wendepunkt — wie ihn die Schweiz im Jahr 2008 durchlief — ist diese Erkenntnis wichtig: Im Rechnungsjahr 2008 wurde der Bundeshaushalt noch sehr deutlich durch das wachstumsstarke Jahr 2007 beeinflusst. Die konjunkturelle Abkühlung im zweiten Semester 2008 wird demzufolge einnahmenseitig erst ab dem Jahr 2009 spürbar sein.

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007		
				absolut	% korr.*	%
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>53 965</b>	<b>56 854</b>	<b>56 598</b>	<b>2 632</b>	<b>4,9</b>	<b>4,4</b>
Δ in % Vorjahr	3,0	5,4	4,9			
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 396	2 273	111	5,1	5,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	813	894	836	24	2,9	5,4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 274	2 486	2 394	121	5,3	5,3
Landesverteidigung	4 327	4 550	4 537	210	4,9	4,8
Bildung und Forschung (exkl. ETH-Mieten)	4 708	5 181	5 057	349	7,4	6,0
Kultur und Freizeit	460	423	429	-31	-6,7	-5,6
Gesundheit	264	225	220	-45	-16,9	-16,9
Soziale Wohlfahrt	16 933	17 605	17 434	501	3,0	2,7
Verkehr	7 349	7 603	7 538	190	2,6	6,4
Umweltschutz und Raumordnung	655	623	651	-4	-0,5	5,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 601	3 566	3 551	-50	-1,4	-1,2
Wirtschaft	398	426	405	7	1,9	2,5
Finanzen und Steuern	9 753	10 515	10 991	1 238	12,7	6,7

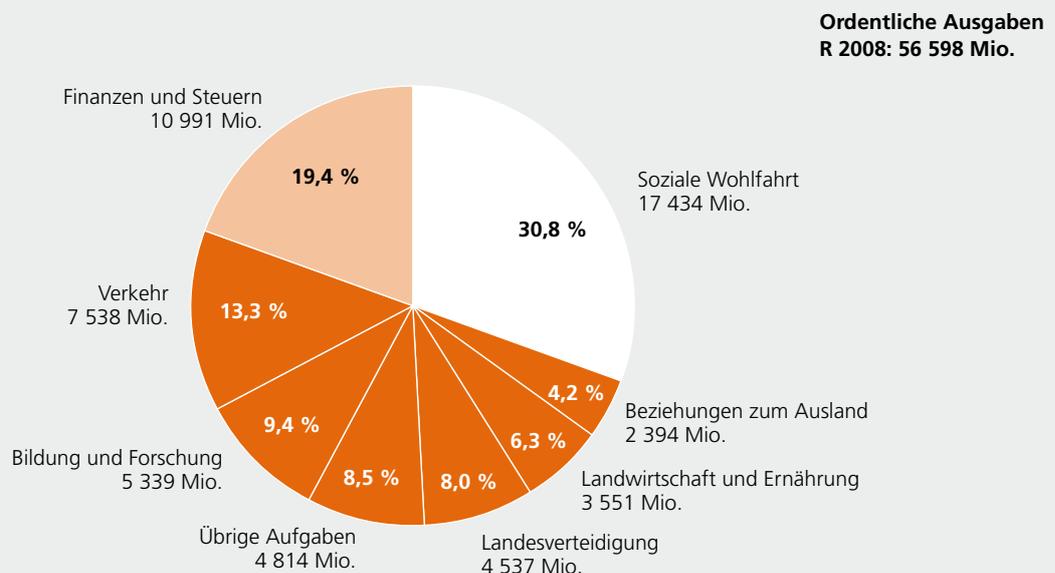
\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Insgesamt wachsen die Ausgaben des Bundes im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Milliarden bzw. 4,9 Prozent. Über eine Milliarde bzw. gut 40 Prozent des Zuwachses entfallen dabei auf Durchlaufposten sowie die Anteile des FinÖV-Fonds an Bundeseinnahmen. Weitere rund 20 Prozent des Anstiegs (580 Mio.) sind auf neue Aufgaben mit einem einmaligen Niveaueffekt zurückzuführen (Finanzierung von Agglomerationsprojekten über den Infrastrukturfonds, Härteausgleich NFA). Klammert man Durchlaufposten und Einmaleffekte aus, wächst der verbleibende Haushalt noch mit moderaten 1,8 Prozent (+960 Mio.). Einen überdurchschnittlichen Anstieg weisen dabei die als prioritär erachteten Aufgabengebiete Verkehr sowie Bildung und Forschung auf. Dieses Bild widerspiegelt sich auch in der Struktur der Bundesausgaben: Nebst den Aufgabengebieten Soziale Wohlfahrt und Finanzen und Steuern, die mit ihren nicht steuerbaren bzw. stark gebundenen Ausgaben rund die Hälfte des Bundeshaushalts beanspruchen, stellen Verkehr sowie Bildung und Forschung die grössten Aufgabengebiete dar.

In den nachfolgenden Kapiteln wird die Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten näher erläutert. Dabei ist zu beachten, dass die Einführung der NFA auf Anfang 2008 erhebliche Verzerrungen verursacht. Für jedes Aufgabengebiet wird daher auch eine unverzerrte Wachstumsrate («korr.») aufgeführt (s. dazu auch Band I, Ziff. 32).

In den nachfolgenden Kapiteln wird die Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten näher erläutert. Dabei ist zu beachten, dass die Einführung der NFA auf Anfang 2008 erhebliche Verzerrungen verursacht. Für jedes Aufgabengebiet wird daher auch eine unverzerrte Wachstumsrate («korr.») aufgeführt (s. dazu auch Band I, Ziff. 32).

### Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2008



## 21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2007		
	2007	2008	2008	absolut	% korr.%*	%
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>16 933</b>	<b>17 605</b>	<b>17 434</b>	<b>501</b>	<b>3,0</b>	<b>2,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,4	31,0	30,8			
Altersversicherung	7 984	9 327	9 322	1 338	16,8	3,6
Invalidenversicherung	4 492	3 685	3 655	-837	-18,6	1,0
Krankenversicherung	2 263	1 837	1 806	-457	-20,2	2,7
Ergänzungsleistungen	711	1 059	1 127	416	58,5	3,1
Militärversicherung	232	252	252	21	9,0	9,0
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	313	314	11	3,8	3,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	110	129	99	-11	-10,0	-5,4
Migration	791	951	812	21	2,6	2,6
Soziale Hilfe und Fürsorge	48	52	47	-1	-1,4	-1,4

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt lagen 170 Millionen unter dem Voranschlag, was insbesondere auf die Entwicklung der Ausgaben bei der Sozialhilfe für Asylsuchende zurückzuführen ist. Korrigiert um die Auswirkungen der NFA stiegen die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt gegenüber dem Vorjahr um rund 460 Millionen oder 2,7 Prozent.

Nebst der ausgabenprozentualen Beteiligung von 19,55 Prozent an den Jahresausgaben der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* überweist der Bund die Erträge aus der Spielbankenabgabe, wobei zu Beginn 2008 die Einnahmen des Jahres 2006 der AHV gutgeschrieben wurden. Schliesslich transferiert der Bund 83 Prozent des Mehrwertsteuerertrags aus dem Demografie-Prozent an die Versicherung. Die Ausgaben der AHV betragen im Jahr 2008 33,9 Milliarden, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 2,3 Prozent entspricht. Dieses Ausgabenwachstum ist demografisch bedingt. Der gegenüber der Veränderung der AHV-Ausgaben höhere Aufwand für die Altersversicherung ist auf die Überweisung des MWST-Anteils (+4,3% gegenüber dem Vorjahr) und insbesondere auf die starke Zunahme der Überweisung von Einnahmen aus der Spielbankenabgabe zurückzuführen (+14%).

Der Bund finanziert 37,7 Prozent der Ausgaben der *Invalidenversicherung* (IV). Die Kosten der IV von rund 9,5 Milliarden verteilten sich 2008 zur Hauptsache auf Geldleistungen (rund 75%) und Ausgaben für individuelle Massnahmen (rund 15%). Korrigiert um die Auswirkungen der NFA konnte die IV im vergangenen Jahr beim Rentenbestand wie auch bei den Ausgaben ein Nullwachstum verzeichnen. Infolge der Unterfinanzierung der Versicherung erzielte die IV im Jahr 2008 ein Defizit von 1,4 Milliarden. Bei einem Verlustvortrag der IV in der Bilanz des AHV-Ausgleichsfonds von 12,8 Milliarden per Ende 2008 betrug der Zinsaufwand für die IV knapp 400 Millionen. Gemäss seinem Anteil trug der Bund rund 150 Millionen davon. Dieser Zinsaufwand trägt massgeblich zum Ausgabenwachstum des Bundes bei der IV bei.

Mit Inkrafttreten der NFA wurde die Existenzsicherung im Rahmen der *Ergänzungsleistungen* (EL) als Aufgabe in der Verantwortung des Bundes festgelegt, während die EL zur Deckung der zusätzlichen Heimkosten sowie der Krankheits- und Behinde-

rungskosten vollständig zu Lasten der Kantone gehen. Der Bund finanziert fünf Achtel der Ausgaben in der Existenzsicherung, während die Kantone drei Achtel übernehmen. Neu richtet der Bund den Kantonen ab 2008 eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Bei den EL zur AHV ergibt sich nach Beseitigung der Verzerrung infolge der NFA gegenüber dem Vorjahr ein Ausgabenzuwachs von 5 Prozent. Bei den EL zur IV ist dagegen eine entsprechende Zunahme der Ausgaben des Bundes um 1 Prozent zu verzeichnen, wobei die moderate Zunahme im Wesentlichen die Stabilisierung der Rentenzahlen widerspiegelt.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabakbesteuerung* betragen 2008 mit 2420 Millionen rund 11 Millionen mehr als im Vorjahr. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerertrag, welches für die Deckung der demographiebedingten Mehrkosten in der AHV seit 1999 erhoben wird, belief sich auf 453 Millionen. Mit diesen für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL bestimmten Einnahmen können 25,2 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, 1,5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Unter Ausklammerung der Effekte der NFA ist der Bundesbeitrag 2008 gegenüber 2007 um 61 Millionen (+2,7%) gestiegen. Dieser Anstieg ist der Entwicklung der Gesundheitskosten zuzuschreiben, auf deren Basis der Bund Beiträge an die Prämienverbilligung im Umfang von 7,5 Prozent ausrichtet. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung werden zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommenschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV- und FinöV-Anteile) verwendet, was für 2008 rund 875 Millionen ausmacht. Insgesamt decken die zweckgebundenen Mittel rund 38 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. 2008 lagen die Ausgaben 21 Millionen über denjenigen von 2007 und im Rahmen des Voranschlags. Allerdings wurden der SUVA vom Bund rund 25 Millionen zu hohe Versicherungsleistungen vergütet, welche die SUVA zu Beginn des Jahres 2009 zurückerstattet hat.

Der Bundesbeitrag an die *Arbeitslosenversicherung* beträgt nach Artikel 90a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 0,15 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme. Mit dem Entlastungsprogramm 2004 wurde der Beitrag von 2006 bis 2008 auf 0,12 Prozent gekürzt. Die um rund 11,5 Millionen höheren Ausgaben im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr sind auf das Lohnwachstum zurückzuführen.

Die Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* umfassen zu rund 88 Prozent Zusatzverbilligungen von Mietzinsen, für welche seit Anfang 2002 keine neuen Subventionen mehr gewährt werden, womit die Ausgaben rückläufig sind. Die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat zudem zu einem grösseren Rückgang der Anspruchsberechtigten geführt, als dies im Voranschlag unterstellt wurde. Unter Ausklammerung der Effekte der NFA ist der Bundesbeitrag 2008 gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent gesunken.

Die Ausgaben im Bereich *Migration* sind in der Rechnung 2008 knapp 3 Prozent höher ausgefallen als im Vorjahr. Im Vergleich zum Voranschlag weist dieser Bereich jedoch tiefere Ausgaben auf (-15 %). Dies ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Einführung des revidierten Asylgesetzes per 1. Januar 2008 zwar ordentliche einmalige Zusatzkosten (hauptsächlich wegen der Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle abgewiesenen Personen mit einem rechtskräftigen Entscheid) in der Höhe von 148 Millionen eingestellt, jedoch nicht vollumfänglich beansprucht wurden. Grund hierfür sind im Wesentlichen die geringeren durchschnittlichen Bestandeszahl bei den Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Zunahme hat erst in der zweiten Jahreshälfte 2008 stattgefunden), die zu Einsparungen bei der Sozialhilfe und dem Verwaltungsaufwand im Asylbereich geführt haben. Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr resultierten vorwiegend bei den Betriebsausgaben von Empfangs- und Verfahrenszentren, bei den Vollzugskosten sowie in Zusammenhang mit der informatikseitigen Umsetzung von Schengen/Dublin. Die Zunahme der Bestandeszahl von *Flüchtlingen* führte zudem zu höheren Sozialhilfekosten in diesem Bereich.

## 22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2007		
	2007	2008	2008	absolut	% korr.*	% *
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 753</b>	<b>10 515</b>	<b>10 991</b>	<b>1 238</b>	<b>12,7</b>	<b>6,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	18,1	18,5	19,4			
Anteile an Bundeseinnahmen	5 750	3 820	4 484	-1 266	-22,0	15,2
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 003	3 971	3 782	-221	-5,5	-5,5
Finanzausgleich	-	2 724	2 725	2 725	-	-

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band 1, Ziff. 32)

2008 entfielen von den Gesamtausgaben 19,4 Prozent auf den Aufgabenbereich Finanzen und Steuern, gegenüber 18,1 Prozent im Vorjahr. Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von der finanzpolitischen Prioritätensetzung ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundesresorerie) beeinflusst wird. Gegenüber 2007 erfuhr dieser Aufgabenbereich auf Grund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) inhaltliche Veränderungen.

Die starke Zunahme der Ausgaben im Bereich Finanzen und Steuern gegenüber der Rechnung 2007 (+12,7 %) — die höchste von allen Aufgabenbereichen des Bundes — widerspiegelt in erster Linie die bedeutenden Verzerrungen, welche sich durch die erstmaligen Auszahlungen nach der Reform ergaben. Der um die Auswirkungen der NFA korrigierte Ausgabenzuwachs beträgt lediglich noch 6,7 Prozent.

Die *Anteile aus den Bundesfinanzen* umfassen 17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (gegenüber 30 % im 2007) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer. Ausserdem umfassen sie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz und fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Schliesslich berücksichtigen sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer.

Die Abnahme der Anteile an den Bundeseinnahmen gegenüber 2007 erklärt sich hauptsächlich mit der Verringerung des Anteils der Kantone an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer, die auf die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der neuen Finanzausgleichsgefässe zurückzuführen ist. Der Kantonsanteil an Letzteren ist mit 1516 Millionen (-32,5 %) deutlich rückläufig und erreicht nur noch 3141 Millionen. Die Erhöhung der Anteile an der Verrechnungssteuer (+222 Mio.) sowie derjenigen an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (+34 Mio.) vermag den Rückgang der Anteile Dritter leicht zu kompensieren. Ohne die Reduktion des Anteils an der direkten Bundessteuer hätten die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen eine Gesamtzunahme um 874 Millionen (+15,2 %) verzeichnet.

Der Rückgang der Ausgaben für die *Geldbeschaffung*, *Vermögens- und Schuldenverwaltung* ist sowohl durch die Zinsbelastung (Passivzinsen, Währungsverluste, Disagios) als auch durch die Ausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie bedingt. Dies ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs infolge ausreichender Tresoreriemittel, aber auch einer rückläufigen Zinssatzentwicklung.

- Zinsaufwand beläuft sich auf 3730 Millionen. Sein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (-184 Mio. oder -4,7%) ist insbesondere auf die Geldmarktbuchforderungen (-80 Mio.) zurückzuführen, ferner auf die infolge des definitiven Abbaus der Bundesschuld gegenüber der bundeseigenen Pensionskasse Anfang 2008 bedeutungslos gewordene Zinsbelastung auf den Guthaben der Pensionskasse des Bundes (-59 Mio.) und schliesslich auf die Zinssatzwaps (-44 Mio.). Bei Letzteren lagen die 2008 geltenden Zinssätze deutlich über denjenigen, die im Rechnungsjahr 2007 galten, was höhere Zinseinnahmen und definitionsgemäss tiefere Nettoausgaben nach sich zog. Ein letzter entscheidender Faktor für den Rückgang der Passivzinsen betraf die Zinslast auf Anleihen (-40 Mio., unter Berücksichtigung der Agios), da die Bestände zurückgingen und das Emissionsvolumen geringer ausfiel. Bedingt durch die Verringerung des Anleihenvolumens fiel die Höhe der Agios (22 Mio.) — welche in der Zinslast auf Anleihen direkt als Entlastung berücksichtigt werden — folgerichtig geringer aus als im Vorjahr (51 Mio.). Die vorerwähnten Reduktionen werden ein wenig dadurch gemildert, dass zum einen vor allem die Zinslast auf den Depots (Depotkonten, Festgelder) wegen des wachsenden Depotvolumens gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme verzeichnete (insgesamt +25 Mio.). Das-

selbe gilt für den durch Währungsverluste bedingten Aufwand, der 68 Millionen betrug. Die Währungsverluste betreffen Konten in Fremdwährungen. Die Einnahmen oder Verluste aus diesen Konten werden im Laufe des Rechnungsjahres verbucht (Art. 35 FHG). Da die Schätzungen nach dem Bruttoprinzip dargestellt werden, sind die Devisengewinne und -verluste separat, beziehungsweise als Einnahmen oder als Aufwand verbucht. Netto ergibt sich daraus ein Gewinn von rund 23 Millionen.

- Ausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie verzeichnen einen Rückgang um 37 Millionen gegenüber 2007 (-41,3%); sie belaufen sich auf 52 Millionen. Dieser Rückgang erklärt sich zur Hauptsache mit der Abnahme des langfristigen Emissionsvolumens (-3,2 Mrd).

Die Transferzahlungen im Rahmen des *Finanzausgleichs*, der nach der Einführung der NFA in diesem Aufgabenbereich 2008 zum ersten Mal zur Anwendung kam, beliefen sich auf insgesamt 2725 Millionen. Vom oben genannten Betrag entfallen 2481 Millionen auf die neuen Gefässe des Ressourcenausgleichs (1799 Mio.) und des Lastenausgleichs (682 Mio.), was den budgetierten Werten entspricht. Diese Transferzahlungen sollten mit Nettoerleichterungen in gleicher Höhe zu Gunsten des Bundes kompensiert werden, die der Entflechtung der Aufgaben und der Aufhebung des bisherigen Finanzausgleichs zu verdanken sind. Der Bundesrat wird im Laufe des ersten Semesters 2009 einen Bericht über die Haushaltsneutralität im Einführungsjahr der NFA vorlegen. Die übrigen Transferzahlungen (244 Mio.) betreffen den Härteausgleich, der den ressourcenschwachen Kantonen den Wechsel zum NFA finanzielle erleichtern soll.

## 23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2007		
	2007	2008	2008	absolut	% korr.*	%*
<b>Verkehr</b>	<b>7 349</b>	<b>7 603</b>	<b>7 538</b>	<b>190</b>	<b>2,6</b>	<b>6,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,6	13,4	13,3			
Strassenverkehr	2 751	2 617	2 458	-293	-10,6	-12,1
Öffentlicher Verkehr	4 507	4 881	4 989	482	10,7	17,7
Luftfahrt	90	105	91	1	0,8	0,8

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Die Ausgaben im Verkehrsbereich sind um 190 Millionen oder 2,6 Prozent gewachsen. Korrigiert um die NFA bedingten Veränderungen erhöht sich der Zuwachs auf 468 Millionen (+6,4 %). Während die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr anstiegen, bildeten sich diejenigen für den Strassenverkehr (exkl. Abbau Ersteinlage des Infrastrukturfonds) zurück.

Beim *Strassenverkehr* ist – bei Ausklammerung der ausserordentlichen Ausgabe für die Ersteinlage in den Infrastrukturfonds – gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 293 Millionen (korr.: -332 Mio.; -12,1 %) zu verzeichnen. Werden die Ausgaben des Infrastrukturfonds zugunsten der Strasse hinzugerechnet, ergibt sich stattdessen ein Ausgabenwachstum von 323 Millionen (+11,7 %). Die Hauptkomponenten, welche zur Veränderung der Ausgaben im Strassenbereich beitrugen, sind die folgenden:

- Die Nationalstrassenausgaben sanken um 490 auf 1532 Millionen. Dieser Rückgang ist teilweise auf Minderausgaben (177 Mio.) aufgrund verzögerter Projekte und Rationalisierungsmassnahmen zurückzuführen. Eine weitere Entlastung (313 Mio.) ergab sich, weil die Netzfertigstellung seit 2008 aus dem Infrastrukturfonds finanziert wird. Dort wurden 2008 gesamthaft 855 Millionen für diesen Zweck eingesetzt (vgl. Sonderrechnung Infrastrukturfonds, Band 4). Der Rückgang der Nationalstrassenausgaben in der Bundesrechnung wurde damit mehr als ausgeglichen.
- Die Beiträge an Hauptstrassen stiegen um 47 auf 235 Millionen. Der Ausgabenzuwachs ist zur Hauptsache auf die via Infrastrukturfonds 2008 erstmalig ausgeschütteten Beiträge (40 Mio.) an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen zurückzuführen. Daneben wurden reguläre Investitionsbeiträge an Hauptstrassen, zunehmend in Form von Globalbeiträgen, im Umfang von 194 Millionen ausgerichtet.
- Die Bundesunterstützung an die Kantone im Bereich der übrigen Strassen sowie der Verkehrstrennung stieg mit 91 Millionen markant an. Innerhalb der gesamthaft ausgerichteten 112 Millionen fielen die Ausgaben für die Verkehrstrennung um 3 Millionen geringer aus. Hingegen ergaben sich Mehrausgaben von rund 95 Millionen für die aus dem Infrastrukturfonds

finanzierten neuen Beiträge an Strassenbauten in den Agglomerationen.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 482 Millionen (korr.: +799 Mio.; +17,7 %) an. Die Hauptkomponenten, welche das Wachstum im Bereich öffentlicher Verkehr begründen, sind die folgenden:

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur wuchsen insgesamt um 374 Millionen. Dieses Wachstum ist zur Hauptsache darauf zurückzuführen, dass der Bund im Rahmen des Infrastrukturfonds ab 2008 Infrastrukturvorhaben in den Agglomerationen unterstützt. Im Jahr 2008 wurden auf diesem Weg 335 Millionen in Bahninfrastruktur-Projekte (S-Bahnen, Trams) investiert. Daneben wurden im Jahr 2008 auch höhere Investitionsbeiträge für den Substanzerhalt bei der SBB vergütet. Weiter nahmen die Investitionsbeiträge und Darlehen für Erweiterungsinvestitionen bei den anderen Konzessionierten Transportunternehmungen (KTU) zu.
- Die Einlage in den FinöV-Fonds nahm um 263 auf 1591 Millionen zu. Verantwortlich für den deutlichen Anstieg sind einerseits die höheren LSVA-Einnahmen, welche aufgrund der mehrheitlich günstigen konjunkturellen Entwicklung und der Abgabenerhöhungen im Jahr 2008 markant anstiegen. Andererseits führte der raschere Baufortschritt beim Gotthard zu einer höheren Mineralölsteuereinnahme (25 % der NE-AT Bauaufwendungen werden mit Mineralölsteuermitteln beglichen).
- Bereinigt um NFA-bedingte Verzerrungen steigen schliesslich auch die Leistungen an den Regionalen Personenverkehr um rund 60 Millionen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Luftfahrt* sind marginal gestiegen (+0,7 Mio.). Dabei sind zwei gegenläufige Entwicklungen erkennbar: Den höheren Personal- und Sachausgaben im Sicherheitsbereich stehen Minderausgaben im Transferbereich gegenüber (Sicherheitsmassnahmen, Beiträge an Internationale Zivilluftfahrtorganisationen).

## 24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007		
				absolut	% korr.%*	% korr.%*
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 327</b>	<b>4 550</b>	<b>4 537</b>	<b>210</b>	<b>4,9</b>	<b>4,8</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,0	8,0	8,0			
Militärische Landesverteidigung	4 231	4 453	4 439	208	4,9	4,9
Nationale Sicherheitskooperation	95	97	97	2	1,9	2,1

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

2008 wurden für das Aufgabengebiet Landesverteidigung insgesamt 4537 Millionen aufgewendet. Dies entspricht einer Zunahme um 210 Millionen oder 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der für 2008 ursprünglich budgetierte Betrag wurde damit um 13 Millionen oder 0,3 Prozent unterschritten.

Für die Militärische Landesverteidigung wurden gegenüber dem Vorjahr 208 Millionen mehr aufgewendet. Die Abweichung ist hauptsächlich auf die folgenden Komponenten zurückzuführen:

- Rüstungsmaterial (+58 Mio.): Durch die Übertragung von Kreditresten aus Vorperioden konnten gegenüber dem Vorjahr mehr Vorhaben realisiert werden.
- Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (+53 Mio.): Die Mehrausgaben sind hauptsächlich eine Folge der durchschnittlich höheren Erdölpreise im Jahr 2008.
- Ersatzmaterial- und Instandhaltungsbudget EIB (+52 Mio.): Komplexere Systeme sowie deren intensivere Nutzung aufgrund des Verzichts auf eine flächendeckende Ausrüstung sowie erhöhte Ausbildungsbedürfnisse führten zu höheren Kosten bei der Instandhaltung.
- Personalaufwendungen Verteidigungsbereich (-46 Mio.): Die Reduktion ist hauptsächlich auf die geringere Anzahl Sozialplanpensionierungen infolge der Sistierung des Abbaus bei der LBA zurück zu führen.

- Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung AMB (+25 Mio.): Der Mehrbedarf gründet auf höheren Rohstoffpreisen, einem höheren Verbrauch im Rahmen der Ausbildung der Armee XXI sowie auf teurerer Munition im Zusammenhang mit neuen Systemen.
- Internationale militärische Kooperation, Friedenserhaltung (+16 Mio.): Die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossenen friedenserhaltenden Operationen in Darfur und Tschad führten zu erheblichen Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

Mit dem Voranschlag 2008 wurde ein Verhältnis zwischen den Betriebs- und Rüstungsausgaben von 63 zu 37 Prozent angestrebt. Dieses Ziel wurde erreicht.

Dem Verteidigungsbereich wurde im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entlastungsprogramms 2004 bis Ende 2008 ein mehrjähriger Ausgabenplafond zugestanden. Dieser ist von den eidgenössischen Räten mit dem Entwicklungsschritt 08/11 für die Periode von 2009 bis 2011 verlängert worden. Das Instrument des Ausgabenplafonds ermöglicht dem Verteidigungsbereich einerseits eine verbesserte Planungssicherheit sowie andererseits eine erhöhte Flexibilität durch die Möglichkeit der Übertragung von Kreditresten auf die Folgejahre. Dies geschieht im Rahmen der Voranschläge sowie der Nachträge, so dass die parlamentarischen Rechte jederzeit gewährt bleiben.

## 25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007		
				absolut	% korr.%*	% korr.%*
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4 978</b>	<b>5 542</b>	<b>5 339</b>	<b>361</b>	<b>7,3</b>	<b>5,9</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,2	9,7	9,4			
<b>Bildung und Forschung (exkl. ETH-Mieten)</b>	<b>4 708</b>	<b>5 181</b>	<b>5 057</b>	<b>349</b>	<b>7,4</b>	<b>6,0</b>
Berufsbildung	518	591	573	55	10,6	7,8
Hochschulen (exkl. ETH-Mieten)	1 491	1 621	1 579	88	5,9	6,9
Grundlagenforschung (exkl. ETH-Mieten)	1 672	1 882	1 868	196	11,7	5,7
Angewandte Forschung (exkl. ETH-Mieten)	967	1 055	1 006	40	4,1	4,1
Übriges Bildungswesen	60	31	30	-29	-49,2	7,8

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Ohne Korrekturen wächst der Aufgabenbereich im Vergleich zum Vorjahr um 361 Millionen (+7,3 %). Hierbei sind allerdings drei verzerrende Faktoren nicht berücksichtigt: Einerseits wurde per 1. Januar 2008 die NFA eingeführt, andererseits führt der Reservenabbau des Schweizerischen Nationalfonds SNF im Rahmen des EPO<sub>4</sub> im Jahr 2007 (100 Mio.) dazu, dass der Zuwachs überschätzt wird. Schliesslich sind die Mietaufwendungen des ETH-Bereichs berücksichtigt, welche verzerrend wirken (vgl. unten). Korrigiert um diese drei Faktoren, weist der Aufgabenbereich Bildung und Forschung gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 283 Millionen (+6 %) auf. Für die Bildung werden 2216 Millionen oder rund 44 Prozent aufgewendet, während die Forschung 56 Prozent der Mittel beansprucht.

*Mietaufwand des ETH-Bereichs:* Der ETH-Bereich bezahlt für die Unterbringung in den Immobilien des Bundes Miete. Dem Mietaufwand steht ein Mietertrag (BBL) in gleicher Höhe gegenüber. Die Miete wird vom BBL auf Basis eines kalkulatorischen Kapitalzinssatzes und dem Wert der genutzten Immobilien zuzüglich Verwaltungskosten berechnet. Im Betrachtungszeitraum wurden am Wert der genutzten Immobilien Anpassungen vorgenommen. Dies führte zu grossen Veränderungen in der Höhe der Miete (R2007: 269,9 Mio.; VA2008; 361,1 Mio.; R2008: 282,4 Mio.) und entsprechenden Verzerrungen. Die Erläuterungen erfolgen deshalb unter Ausblendung der Mietaufwendungen des ETH-Bereichs.

*Abgrenzung des Aufgabengebietes zu den Krediten der BFI-Botschaft:* Der überwiegende Teil der Ausgaben des Aufgabenbereiches sind Kredite der BFI-Botschaft (94 %). Diese Ausgaben entwickeln sich mit einer höheren Dynamik (+6,1 %) als die restlichen Teile des Aufgabenbereichs (+5,2 %). Der Zuwachs der BFI-Kredite fällt wegen Kreditresten in diversen Fördergefässen (namentlich EU-Forschungsrahmenprogramm: 34 Mio., Investitionsbeiträge an die Fachhochschulen: 17 Mio., Innovations- und Projektbeiträge Berufsbildung: 15 Mio.) sowie einer Kompensation auf BFI-Krediten zugunsten des Sonderbeitrags an das CERN (12 Mio.) geringer aus als budgetiert. Demgegenüber steigt das Wachstum in den restlichen Krediten des Aufgabenbereichs (Ressortforschung, Pflichtbeiträge an internationale Organisationen, Funktionsaufwand) durch die erwähnte Aufstockung zugunsten des CERN an. Ohne diesen Effekt würde sich dieser Zuwachs etwa im Rahmen der Teuerung bewegen.

Das mit einem Anstieg von 55 Millionen (korr. 40 Mio.; +7,8 %) überdurchschnittliche Wachstum in der *Berufsbildung* ist in

erster Linie auf die Steigerung der Pauschalbeiträge (+36 Mio.) zurückzuführen. Dieses starke Engagement ist die Folge der beabsichtigten Annäherung an die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand.

Die Beiträge an die *Hochschulen* nehmen um 88 Millionen zu (korr. +103 Mio.; +6,9 %). Der Bundesbeitrag an den ETH-Bereich wird zu 27 Prozent den Hochschulen zugerechnet. Bei diesem Teil des Bundesbeitrags ist eine Steigerung von 15 Millionen zu verzeichnen. Bei den Beiträgen an die kantonalen Universitäten trägt der Anstieg bei den Grundbeiträgen (+33 Mio.) massgeblich zum Zuwachs bei. Demgegenüber nehmen die projektgebundenen Beiträge um 4 Millionen ab. Im Fachhochschulbereich sind mit einem Zuwachs von 57 Millionen bei den Betriebsbeiträgen, der insbesondere mit der subventionsrechtlichen Gleichstellung der GSK-Studiengänge ab 2008 zusammenhängt, ebenfalls substantielle Mehraufwendungen zu verzeichnen. Demgegenüber ist bei den Investitionsbeiträgen an die Fachhochschulen ein Kreditrest von 17 Millionen zu verzeichnen, weil die Planungsarbeiten für grosse Bauten mehr Zeit beanspruchten als vorgesehen.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen *Grundlagenforschung* und angewandter Forschung unterschieden. Die Aufwendungen für die Grundlagenforschung nehmen NFA-bereinigt um 96 Millionen zu (+5,7 %). Dazu trägt der Zuwachs der Beiträge an den SNF bei, der nach der Berücksichtigung des Reserveabbaus (vgl. oben) noch 36 Millionen beträgt. Weitere massgebliche Träger des Wachstums sind der ETH-Bereich (+34 Mio.), welcher zu zwei Dritteln der Grundlagenforschung zugerechnet wird, sowie das CERN aufgrund des erwähnten Sonderbeitrags der Sitzstaaten Frankreich und Schweiz.

Der Anstieg der Ausgaben für die *angewandte Forschung* (+40 Mio.; +4,1 %) spielt sich hauptsächlich in drei Fördergefässen ab: den Beiträgen an die Europäische Weltraumorganisation ESA (+21 Mio.), den ETH-Bereich (+9 Mio.) sowie an das Europäische Forschungsrahmenprogramm (+9 Mio.).

Beim *übrigen Bildungswesen* bewirkt die NFA einen Ausgabenrückgang um 34 Millionen (Wegfall Beiträge an die Ausbildungsbeihilfen im Sekundärbereich). Wird diese korrigiert, ist das resultierende Wachstum von 7,8 Prozent auf die Zunahme der Beiträge zur Förderung der Ausbildung von jungen Auslandsschweizerinnen und -schweizern zurückzuführen (+4 Mio.).

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2007		
	2007	2008	2008	absolut	% korr.%*	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 601</b>	<b>3 566</b>	<b>3 551</b>	<b>-50</b>	<b>-1,4</b>	<b>-1,2</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,7	6,3	6,3			
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	256	277	279	23	8,8	6,3
Produktion und Absatz	627	629	611	-16	-2,5	-2,5
Direktzahlungen	2 596	2 554	2 546	-50	-1,9	-1,7
Übrige Ausgaben	122	106	115	-7	-5,5	1,2

\*Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Die Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung beliefen sich auf 3551 Millionen. Im Vergleich zum Voranschlag wurden 15 Millionen oder 0,4 Prozent weniger ausgegeben. Gegenüber der Rechnung des Vorjahres haben die Ausgaben um 50 Millionen respektive um 1,4 Prozent abgenommen. Unter Berücksichtigung der Veränderungen, die auf die Einführung der NFA per Anfang 2008 zurückgeführt werden können, haben sich die Landwirtschaftsausgaben nur um 1,2 Prozent reduziert.

In der weitgehend stabilen Entwicklung der Agrarausgaben zeigt sich die Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu mehr Markt und Ökologie, welche Ende der 90er Jahre eingeleitet worden ist. Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1.1.2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Im Rahmen der Parlamentsbeschlüsse zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) wurden drei neue Zahlungsrahmen für die Jahre 2008 bis 2011 verabschiedet. Diese betragen insgesamt 13 652 Millionen und setzen sich folgendermassen zusammen: Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1885 Millionen, Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Knapp 72 Prozent der Agrarausgaben wurden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, was Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung in diesen Aufgabenbereich ist. Die um die NFA bereinigten tieferen Ausgaben von 1,7 Prozent gegenüber der Rechnung 2007 sind auf die Umsetzung der Abbauvorgabe im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung sowie auf die Parlamentsbeschlüsse zur AP 2011 zurückzuführen.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* umfassen die Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie die Absatzförderung und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Die Ausgaben der Marktstützung haben sich

im Vergleich zur Rechnung des Vorjahres um 16 Millionen respektive um 2,5 Prozent reduziert, womit ihr Anteil an den Landwirtschaftsausgaben noch rund 17 Prozent beträgt. Als Folge der Mittelumlagerungen zu den Direktzahlungen reduzierten sich insbesondere die Ausgaben für Beihilfen und Zulagen im Milchbereich um 16 Millionen gegenüber der Rechnung 2007 und betragen 2008 noch 345 Millionen. Auch vermindert haben sich die Aufwendungen für die Ausfuhrbeiträge gemäss «Schoggi-Gesetz» (-4 Mio.). Der Pflanzenbau weist dagegen als einziger Marktstützungsbereich im Rechnungsjahr 2008 eine positive Wachstumsrate auf und hat auf 114 Millionen zugenommen (+5 Mio.).

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* haben NFA-bereinigt gegenüber dem Vorjahr um rund 16 Millionen respektive um 6,3 Prozent zugenommen. Die Grundlagenverbesserungen setzen sich aus den Aufwendungen für Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie Pflanzen- und Tierzuchtmaßnahmen zusammen. Die Sozialmassnahmen umfassen die landwirtschaftlichen Familienzulagen, die Umschulungsbeihilfen sowie die Betriebshilfen. Der Ausgabenzuwachs ist hauptsächlich auf die Familienzulagen an die Landwirtschaft zurückzuführen, die um 18 Prozent (rund +13 Mio.) auf neu knapp 88 Millionen zugenommen haben. Mit den Parlamentsbeschlüssen zur AP 2011 wurden die Einkommensgrenzen eliminiert. Zudem haben sich die Ansätze der Kinderzulagen für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmende erhöht. Als weiterer Grund für das aufgeführte Wachstum kann die erfolgte Kreditübertragung bei den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen im Zusammenhang mit den Sanierungsarbeiten «Unwetter 2005» aufgeführt werden.

Die *Übrigen Ausgaben* setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Beratung, Vollzug und Kontrolle sowie Pflanzenschutz zusammen und weisen NFA bereinigt im Vergleich zur Vorjahresrechnung eine Wachstumsrate in der Grössenordnung der Jahresteu-erung aus (+1,2 %).

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2007		
	2007	2008	2008	absolut	% korr.*	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 274</b>	<b>2 486</b>	<b>2 394</b>	<b>121</b>	<b>5,3</b>	<b>5,3</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,2	4,4	4,2			
Politische Beziehungen	613	656	645	32	5,3	5,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 559	1 641	1 642	83	5,3	5,3
Wirtschaftliche Beziehungen	71	82	86	15	20,4	20,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	30	106	21	-9	-30,3	-30,3

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland und die internationale Zusammenarbeit beliefen sich auf 2394 Millionen. Sie liegen damit 92 Millionen unter dem budgetierten Wert. Dagegen nahmen sie gegenüber der Rechnung 2007 um 121 Millionen zu.

Der Sektor *politische Beziehungen* umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an die internationalen Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, usw.), die Sitzstaatpolitik sowie die Förderung von Frieden und Sicherheit. Der Mehrbedarf für diesen Bereich gegenüber dem Vorjahr beträgt 32 Millionen. Diese Entwicklung erklärt sich in erster Linie mit dem Mehrbedarf für die Gewährung von Darlehen an die FIPOI für die Errichtung neuer Gebäude für WTO, UICN und CERN (+11 Mio.), mit der Erhöhung des Anteils der Schweiz am allgemeinen Budget der UNO – welcher knapp einen Drittel der statutarischen Beiträge der Schweiz an diese Organisation ausmacht (+8 Mio.), mit dem Mehrbedarf infolge vorübergehender Unterbringung der WTO während der Renovationsarbeiten und der Fertigstellung des Centre William Rappard (+5 Mio.) sowie mit den Ausgaben, die sich aus der Teilnahme an den Weltausstellungen von Saragossa 2008 und Shanghai 2010 ergeben (+4 Mio.).

Die *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* umfasst insbesondere die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sowie diejenigen Hilfeleistungen an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD als solche anerkannt werden. Der Mehraufwand von über 80 Millionen gegenüber 2007 wird von allen Einzelbereichen dieses Sektors verursacht: Beiträge an die internationalen Entwicklungsorganisationen (+23 Mio.), Ressourcenaufstockung bei der Internationalen Entwicklungsagentur (+8 Mio.), Unterstützung von humanitären Aktionen (+15 Mio.), Beiträge an die Länder

Osteuropas, die vom CAD anerkannt werden (+17 Mio.), spezifische Aktionen der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe (+8 Mio.). Diese Erhöhungen dienen der Erreichung des bundesrätlichen Ziels, das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu steigern. Gemäss provisorischer Schätzung des EDA beläuft sich der Gesamtbetrag der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz für 2008 auf 2215,5 Millionen (2007: 2016,6 Mio.). Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am BNE würde somit von 0,37 Prozent im Jahre 2007 auf 0,41 Prozent im Jahre 2008 steigen.

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* umfassen zur Hauptsache die Beiträge an die internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich, bei denen die Schweiz Mitglied ist (Europäische Freihandelsassoziation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, usw.). Gegenüber dem Vorjahr nahm der Aufwand um beinahe 15 Millionen zu, im Wesentlichen wegen der Beitragserhöhung an den Treuhandfonds des IWF zwecks Finanzierung der Entschuldung Liberias.

Die *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der Europäischen Union* umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsion). Im Vergleich zur Rechnung 2007 weist dieser Sektor einen Minderaufwand von ungefähr 9 Millionen auf, was sich in erster Linie mit einer Reduktion der Hilfe an die Ostländer erklärt (-11 Mio.), während die Beiträge die Erweiterung der EU um 4 Millionen steigen. Gegenüber dem Voranschlag fallen die Ausgaben für den Beitrag der Schweiz an die Erweiterung der EU jedoch um 86 Millionen geringer aus als budgetiert. Der Grund dafür liegt darin, dass bisher noch kein einziger Beitrag zu Gunsten der unterstützten Projekte ausgerichtet werden konnte.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut % korr.%*		
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>4 751</b>	<b>4 987</b>	<b>4 814</b>	<b>63</b>	<b>1,3</b>	<b>2,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,8	8,8	8,5			
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 396	2 273	111	5,1	5,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	813	894	836	24	2,9	5,4
Kultur und Freizeit	460	423	429	-31	-6,7	-5,6
Gesundheit	264	225	220	-45	-16,9	-16,9
Umweltschutz und Raumordnung	655	623	651	-4	-0,5	5,1
Wirtschaft	398	426	405	7	1,9	2,5

\* Korrigierte Wachstumsrate ohne NFA-bedingte Verzerrungen (s. auch Band I, Ziff. 32)

Bereinigt um NFA-bedingte Verzerrungen wuchsen die Ausgaben der *übrigen sechs Aufgabengebiete* gegenüber der Rechnung 2007 um 128 Millionen resp. 2,7 Prozent. Ein Blick auf die einzelnen Aufgabengebiete zeigt, dass diese sich teilweise sehr unterschiedlich entwickelt haben. Währenddem im Bereich des grössten Aufgabengebietes *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* eine Zunahme von 5,1 Prozent zu verzeichnen war, gingen die Ausgaben im Bereich *Gesundheit* um 16,9 Prozent zurück.

Obwohl im Aufgabengebiet *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* 2008 insgesamt 135 Millionen weniger ausgegeben wurden als im Voranschlag vorgesehen, resultiert gegenüber dem Vorjahr ein beträchtlicher Zuwachs in der Höhe von 5,1 Prozent. Dies ist insbesondere auf verschiedene Projektverzögerungen und Minderausgaben in den Bereichen Steuern und Abgaben sowie Bauten im Jahr 2007 zurückzuführen. Die Kostensteigerungen von 111 Millionen (+5,1 %) 2008 erklären sich zu rund 40 Prozent mit einem Anstieg der Ausgaben im Bereich Bauten und Logistik (+42 Mio.), wo insbesondere höhere Aufwendungen in der Zuzahlung und beim Unterhalt von Immobilien zu verzeichnen waren. Kostensteigernd wirkten ferner auch die höheren Aufwendungen im Informatikbereich (+36 Mio.), die zu rund einem Drittel durch den Transfer des Dienstes für besondere Aufgaben vom Aufgabengebiet Ordnung und öffentliche Sicherheit in die Institutionellen und finanziellen Voraussetzungen verursacht wurden. Die übrigen Mehrausgaben bei der Informatik gehen auf IKT-Investitionen im Bereich Sicherheit (ISC EJP, FUB) sowie beim Finanzdepartement zurück. Deutlich höhere Ausgaben waren schliesslich auch im Bereich Steuern und Abgaben zu verzeichnen (+15 Mio.). Diese erklären sich zu einem guten Teil mit der Beschaffung einer grossen Tranche neuer LSVA-Erfassungsgeräte.

Das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* verzeichnete 2008 ein Ausgabenwachstum von korrigiert 5,4 Prozent (+44 Mio.), das unter anderem mit der informationstechnologischen Umsetzung des Schengen-Dublin-Assoziierungsabkommens sowie mit der Einführung des biometrischen Passes erklärt

werden kann. Ein dritter wichtiger Faktor war eine Mittelverschiebung von 2007 ins Jahr 2008, welcher bei der Amtlichen Vermessung zur Glättung der NFA-bedingten Auswirkungen vorgenommen wurde. Gegenläufig wirkte sich hingegen der Wechsel des Dienstes für besondere Aufgaben ins Aufgabengebiet institutionelle und finanzielle Voraussetzungen aus.

Einen Rückgang um 31 Millionen (Korr.: -26 Mio.; -5,6 %) verzeichnete das Gebiet *Kultur und Freizeit*. Dies erklärt sich mit der Reduktion der Abgeltungen an die Post für Zeitungstransporte (-50 Mio.) und dem Wegfall der Gebührenanteile der lokalen Radio- und TV-Veranstalter, die künftig nicht mehr der Rechnung des Bundes belastet werden (-9 Mio.). Ebenfalls rückläufig waren die Ausgaben im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege (-10 Mio.). Mehrausgaben waren jedoch im Sport (+36 Mio., insb. Euro 08) sowie bei den Museen (neues Landesmuseum und Verkehrshaus, +5 Mio.) und der Kulturförderung (Pro Helvetia und Filmförderung, +2 Mio.) zu verzeichnen.

Im Bereich der *Gesundheit* fielen die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 45 Millionen (-16,9 %) geringer aus. Dieser Rückgang ist weitestgehend auf den Wegfall der Ausgaben in der Pandemiebekämpfung zurückzuführen.

Das NFA-bereinigte Ausgabenwachstum von 33 Millionen (+5,1 %) im Bereich *Umweltschutz und Raumordnung* erklärt sich mit dem vom Parlament beschlossenen Mehrausgaben in den Bereichen Natur- und Landschaft, der Forstwirtschaft sowie dem Schutz vor Naturgefahren (inkl. Hochwasserschutz). Kostensenkend wirkten demgegenüber Rückerstattungen aus der VOC-Lenkungsabgabe sowie der Wegfall von Ausgaben für die Bewältigung der Unwetterschäden von 2005.

Ein Ausgabenwachstum von 7 Millionen (Korr.: +10 Mio.; +2,5 %) war schliesslich im Aufgabengebiet *Wirtschaft* zu verzeichnen. Dieses setzt sich in erster Linie aus Mehraufwendungen bei der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht (u.a. Finanzmarkt- und Wettbewerbsordnung) und der Regionalpolitik zusammen.

## 31 Personal

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
				absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 492</b>	<b>4 616</b>	<b>4 501</b>	<b>8</b>	<b>0,2</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 389</b>	<b>4 525</b>	<b>4 396</b>	<b>7</b>	<b>0,2</b>
<b>Legislative</b>	<b>60</b>	<b>65</b>	<b>64</b>	<b>4</b>	<b>6,3</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	32	35	35	2	7,1
Personalaufwand <sup>1</sup>	28	30	29	1	3,9
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>116</b>	<b>129</b>	<b>119</b>	<b>4</b>	<b>3,2</b>
Bezüge Bundesrichter	34	34	33	-1	-2,9
Personalaufwand <sup>1</sup>	81	94	85	5	5,6
Übriger Personalaufwand	1	1	1	0	42,9
<b>Exekutive</b>	<b>4 031</b>	<b>4 119</b>	<b>4 138</b>	<b>107</b>	<b>2,7</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	2	1	0	44,4
Personalaufwand <sup>1</sup>	3 926	3 991	4 019	93	2,4
Personalaufwand Lokalpersonal EDA <sup>1</sup>	47	48	50	2	4,4
Übriger Personalaufwand	53	75	65	12	21,9
<b>Global- und Spezialkredite<sup>2</sup></b>	<b>151</b>	<b>150</b>	<b>67</b>	<b>-84</b>	<b>-55,4</b>
Arbeitgeberleistungen <sup>3</sup>	151	101	67	-84	-55,4
davon nicht finanzierungswirksam	39	–	-42	-81	-206,6
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>31</b>	<b>63</b>	<b>7</b>	<b>-24</b>	<b>-76,7</b>
Sozialplan	31	63	0	-31	-99,7
davon nicht finanzierungswirksam	-20	–	-13	7	33,0
Vorruhestand	–	–	7	7	–
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>103</b>	<b>91</b>	<b>105</b>	<b>2</b>	<b>1,7</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal <sup>1</sup>	103	91	105	2	1,7
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 462</b>	<b>4 616</b>	<b>4 555</b>	<b>93</b>	<b>2,1</b>

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 Beinhaltet Bundesratsreserve, Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen

3 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, «Garantiefrauen», Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken) sowie Überbrückungsrenten nach BPV 88f

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidgenössischen Personalamt budgetiert und bewirtschaftet werden.

Gegenüber der Rechnung 2007 steigt der Personalaufwand um 8 Millionen (+0,2%). Diese Zunahme stellt eine Nettogrösse dar. Sie resultiert aus Mehraufwendungen in der Legislative (4 Mio.), in der Judikative (3 Mio.), in der Exekutive (108 Mio.) und für Personal zu Lasten Sachkredite (2 Mio.) und Minderaufwendungen in den Global- und Spezialkrediten (-84 Mio.) sowie beim Kredit Umstrukturierungen (-24 Mio.).

#### Legislative

Der Personalaufwand in der Legislative nimmt gegenüber dem Vorjahr zu und begründet sich mit den an die Teuerung angepassten Entschädigungen für Parlamentarier und den Lohnmassnahmen bei den Parlamentsdiensten.

#### Judikative

Der Personalaufwand der Judikative steigt gegenüber der Rechnung 2007 um insgesamt 3 Millionen an. Der leichte Zuwachs ist auf die Lohnmassnahmen 2008 zurückzuführen.

#### Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber der Rechnung 2007 um 93 Millionen (+2,4%) zu. Die Zunahme des Personalaufwandes gründet in erster Linie auf den Lohnmassnahmen 2008 (83 Mio.). Hinzu kommen stellenseitige Aufstockungen in der Höhe von 294 Einheiten. Diese Aufstockungen schlugen sich jedoch nur als geringe Mehraufwendungen nieder, da wegen dem Primatwechsel in der beruflichen Vorsorge doppelt so viele Personen frühzeitig pensioniert wurden als üblicherweise in einem Kalenderjahr. Dieser Sondereffekt führte dazu, dass 2008 ein erheblich höherer Fluktuationsgewinn erzielt wurde als in den Jahren zuvor. Dadurch wurden die stellenseitigen Aufstockungen teilweise kompensiert. In den kommenden Jahren ist im Gegenzug mit erheblich geringeren Fluktuationsgewinnen zu rechnen.

### Stellenbestand

Der seit 2004 rückläufige Stellenbestand hat 2008 eine Trendwende erfahren. Der Bund beschäftigte Ende 2008 auf Vollzeitbasis 32 398 Personen. Dies entspricht einer Zunahme des Stellenbestandes um 294 Einheiten (+0,9%) und ist auf die folgenden Gründe zurückzuführen:

Im zivilen Bereich ist der Stellenabbau aus dem EPO<sub>3</sub>, EPO<sub>4</sub>, der Aufgabenverzichtsplannung und Ref 05/07 abgeschlossen. Im militärischen Bereich ist der Abbau noch im Gange, verzögert sich aber aufgrund der befristeten Sistierung des Abbaus in der Logistikbasis der Armee. Ab 2010 werden zusätzlich zu den bereits abgebauten Stellen weitere 600 Einheiten abgebaut. Gleichzeitig wurden 2008 wegen neuer Aufgaben oder der Verstärkung bestehender Aufgaben insbesondere in folgenden Bereichen neue Stellen geschaffen:

- Übernahme des Unterhalts der Nationalstrassen durch das Astra (Konsequenz aus dem NFA, +126 Stellen)
- Umsetzung der Abkommen von Schengen und Dublin (+59 Stellen im EJPD)
- Verstärkung der Auslandvertretungen im konsularischen Bereich (+67 Stellen)
- Vorbereitung und Durchführung der Euro 2008 (+36 Stellen im BASPO)
- Schaffung der ELCOM (+17 Stellen im BFE)
- Sicherstellung des Aufgabenvollzugs im Bereich Zivilluftfahrt (+14 Stellen im BAZL)

Ohne diese Zusatzaufgaben hätte der Stellenbestand nochmals leicht abgenommen.

Der anhaltende Trend zu höher qualifizierten Berufen ist ungebrochen. Mit Blick auf die mittelfristigen Entwicklungen hinsichtlich der Alterspyramide und den damit verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt dürfte es der Bundesverwaltung zunehmend schwerer fallen, ihren Bedarf an gut qualifiziertem Personal zu decken. Bereits heute bestehen bei einigen Berufskategorien bzw. Verwaltungsbereichen grössere Rekrutierungsschwierigkeiten, so zum Beispiel bei Steuerexpert/innen und im Finanz- und Rechnungswesen. Es wird deshalb neben einem verbesserten Personalmarketing auch notwendig sein, vermehrt in das Personal selbst zu investieren. Zu nennen sind hier besonders die Aus- und Weiterbildung, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie- und Erwerbsleben und auch die Entlohnungspolitik.

### Global- und Spezialkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel vollumfänglich und bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

### Arbeitgeberbeiträge

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden vollständig an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert und in deren Personalaufwand integriert.

### Arbeitgeberleistungen

Für Arbeitgeberleistungen wurden im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 84 Millionen weniger aufgewendet. Die starke Abnahme begründet sich durch die im Jahr 2007 gebildeten Rückstellungen im Zusammenhang mit AHV-Nachzahlungen auf Arbeitgeberleistungen an die Pensionskasse infolge vorzeitiger Auflösung der Arbeitsverhältnisse. Diese einmaligen Zahlungen in der Höhe von rund 40 Millionen erfolgten im Rechnungsjahr 2008, wurden aber durch die Auflösung der Rückstellung erfolgsmässig neutralisiert. Weiter waren in der Rechnung 2007 noch die Leistungen für die so genannte weibliche Eintrittsgeneration («Garantiefrauen») in der Höhe von rund 27 Millionen enthalten. Mit dem Wegfall dieser Regelung per Ende 2007 vermindern sich entsprechend auch die Aufwendungen im Rechnungsjahr 2008. Eine weitere Reduktion in der Höhe von 17 Millionen resultiert aus dem Systemwechsel bei den vorzeitigen Altersrücktritten für besondere Personalkategorien nach Artikel 33 Bundespersonalverordnung (BPV; SR 172.220.111.3). Diese Leistungen werden nicht mehr unter dem Kredit Arbeitgeberleistungen, sondern wegen der so genannten Vorruhestandsregelung nach Artikel 34 BPV unter dem Kredit Vorruhestand verbucht.

### Umstrukturierungen

Ein Rückgang der Aufwendungen ist im Bereich der Sozialplankosten nach Artikel 105 BPV zu verzeichnen. Der Minderaufwand gründet einerseits in der Auflösung von Rückstellungen im Verteidigungsbereich (13 Mio.) und andererseits in einem tatsächlichen Minderbedarf an Sozialplankosten (18 Mio.) aus dem befristeten Abbaustopp im Bereich der Armee.

### Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Die Mehraufwendungen von insgesamt 2 Millionen im Vergleich zur Rechnung 2007 sind auf Verschiebungen von geplanten Projekten und die Lohnmassnahmen 2008 zurückzuführen.

## 32 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber-/nehmersituation.

Die *Leistungserbringer* (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam (Leistungsverrechnung, LV, auf der Basis einer Planvollkostenrechnung). Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2008 auf 489 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für PUBLICA, RUAG, EAV, swissmedic, FINMA, AHV-Fonds und ALV-Fonds). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1. Januar 2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Per 1. Januar 2008 wurde der Dienst für Besondere Angelegenheiten (DBA) vom GS UVEK ins ISC EJPD integriert. Die Fernmeldeüberwachung wird im ISC EJPD als Produktgruppe 3 geführt. Die Massnahmen zur Fernmeldeüberwachung sind gebührenpflichtig.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Ertrag: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT der grösste IKT-LE (348 Mio.). Es folgen FUB (260 Mio. inkl. V-intern erbrachte Leistungen), ISC EJPD (57 Mio.) und IDZ EDA (38 Mio.). Kleinster LE ist das ISCEco des EVD (16 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der LB handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Departemente: Informatikreserve und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.
- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Investitionsausgaben: Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen würden und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

## Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>22</b>	<b>20</b>	<b>28</b>	<b>6</b>	<b>23,8</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	22	8	17	-5	-22,1
Übriger Ertrag	-	12	11	11	-
<b>Aufwand</b>	<b>743</b>	<b>944</b>	<b>874</b>	<b>131</b>	<b>17,6</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	226	250	270	44	19,2
Sach- und Betriebsaufwand	459	605	546	87	19,0
Hardware Informatik	51	72	50	-1	-2,5
Software	29	53	42	13	47,9
Informatik Betrieb/Wartung	95	91	99	4	4,6
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	120	221	192	72	60,2
Telekommunikation	57	48	51	-6	-10,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	107	120	112	5	4,4
Abschreibungen	58	89	58	-0	-0,4
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>64</b>	<b>135</b>	<b>96</b>	<b>33</b>	<b>49,3</b>
Investitionen Informatiksysteme	56	106	65	9	15,1
Investitionen Software	8	29	31	23	293,2
<b>Ausgaben</b>	<b>699</b>	<b>895</b>	<b>824</b>	<b>125</b>	<b>17,8</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	635	760	728	93	14,6
Investitionsausgaben	64	135	96	33	49,3

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer stieg gegenüber der Rechnung 2007 um 6 Millionen (+23,8 %). Dieser Mehrertrag resultierte aus zwei gegenläufigen Entwicklungen: Einerseits sank der Ertrag aus Informatikleistungen des BIT wegen Minderleistungen für das Grossprojekt AVAM (Informatikleistungen für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik des ALV-Fonds) um 5 Millionen, andererseits erzielte das ISC EJPD durch die Integration des DBA erstmals Erträge aus Gebühren für Fernmeldeüberwachungsmassnahmen von 11 Millionen.

Der *Aufwand* nahm gegenüber der Rechnung 2007 um 131 Millionen oder 17,6 % zu. Von diesen 131 Millionen sind 38 Millionen auf technisch bedingte Strukturbrüche zurückzuführen. Folgende Bereiche werden in der Rechnung 2008 erstmals als Informatikaufwand ausgewiesen: die Aufwendungen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) für Informatikanwendungen im Nationalstrassenbereich (+9 Mio.), der DBA (ISC EJPD, +15 Mio.) sowie der «Lehrverband Führungsunterstützung 30» im VBS, der innerhalb des Verteidigungsbereichs neu der FUB statt der Luftwaffe zugeteilt wurde (+14 Mio.). Ausserdem erhöhte sich bei der FUB der Mietaufwand um 36 Millionen, da die Zunahme der Kernaufgaben im IKT-Bereich einen erhöhten Raumbedarf für zusätzliche Arbeitsplätze zur Folge hatte, die der FUB verrechnet wurden. Unter Ausklammerung dieser Sonderfaktoren beträgt das Aufwandwachstum 57 Millionen (+7,7 %). Es lässt sich mit folgenden Faktoren erklären: Programm Schengen/Dublin (+30 Mio.), Programm Büroautomation Bund (+12 Mio.), Entwicklungsaufwand FUB (+8 Mio.), Projekt e-dec der Zollver-

waltung (+6 Mio., Anpassungs- und Ausbuarbeiten Informatiksysteme im Bereich Import und Transit), Projekt G-SOA des Bundesamtes für Statistik (+4 Mio., Generische Service Orientierte Architektur, Aufbau einer harmonisierten und formalisierten Business-Architektur zur Rationalisierung der Produktionsprozesse), Aufwand für Leistungen an Swissmedic (+2 Mio., Auftrag wurde vom BIT 2008 übernommen und generiert entsprechenden fw Ertrag) sowie Projekt Neue Sozialversicherungsnummer (2 Mio.). Ohne diese zusätzlichen Projekte wäre der Informatikaufwand leicht rückläufig gewesen.

Betrachtet man das Aufwandwachstum gegliedert nach *Aufwandarten*, so stieg der Personalaufwand der Leistungserbringer um 44 Millionen, der Sach- und Betriebsaufwand um 87 Millionen und der übrige Sachaufwand der Leistungserbringer um 5 Millionen. Die Abschreibungen blieben mit 58 Millionen gleich hoch wie im Vorjahr.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist hauptsächlich bedingt durch die Schaffung von zusätzlichen Stellen beim BIT (+21 Mio. durch Festanstellungen, die beim Beratungsaufwand kompensiert wurden), bei der FUB (+18 Mio., u.a. durch Integration des «Lehrverbands Führungsunterstützung 30») und beim ISC EJPD (+5 Mio., Integration DBA).

Innerhalb des *Sach- und übrigen Betriebsaufwands* ergaben sich durch eine Kontenplanänderung beim IKT-Beratungsaufwand Verschiebungen von 43 Millionen vom übrigen Sach- und Betriebsaufwand zum Aufwand für Informatikentwicklung, -be-

ratung und -dienstleistungen. Bei der Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistungen beträgt der effektive Zuwachs damit 29 Millionen. Er verteilt sich auf das Programm Schengen/Dublin (+17 Mio.) sowie auf Fachanwendungen bei der FUB (+8 Mio.) und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (+3 Mio.). Beim übrigen Sach- und Betriebsaufwand der LE ist eine effektive Steigerung von 48 Millionen zu verzeichnen. Diese ist im wesentlichen auf die Zunahme des Mietaufwands bei der FUB (+36 Mio.) und die Providerentschädigungen bei der Fernmeldeüberwachung (+7 Mio., DBA) zurückzuführen. Bei der Telekommunikation konnte der Aufwand durch bessere Einkaufskonditionen bei Festnetz- und Mobiltelefonie sowie die Kündigung von Mietleitungen um 6 Millionen reduziert werden.

Die *Investitionsausgaben* stiegen um 32 Millionen (+49,3%). Von den Investitionsausgaben von total 96 Millionen entfielen 61

Millionen auf die Leistungserbringer und 35 Millionen auf die Leistungsbezüger. Die Zunahme resultierte einerseits aus Mehrinvestitionen in Informatiksysteme beim ISC EJPD und der FUB (+8 Mio.) und andererseits aus einer Zunahme der Investitionen in verschiedene Informatikanwendungen: Fachanwendungen im Nationalstrassenbereich (+9 Mio.), Programm Schengen/Dublin (+7 Mio.) sowie Fachanwendungen beim ISC EJPD, der EZV, dem BAR und der EFV (+7 Mio.).

Die *Ausgaben* stiegen im Vergleich zur Rechnung 2007 um 125 Millionen. Davon sind 83 Millionen oder zwei Drittel auf technisch bedingte Strukturbrüche zurückzuführen. Die effektiven Ausgabensteigerungen von 42 Millionen resultieren aus den bereits weiter oben erwähnten Faktoren beim finanzierungswirksamen Aufwand und den Investitionsausgaben.

### 33 Bundestresorerie

#### Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
				absolut	%
<b>Total</b>	<b>109 526</b>	<b>106 126</b>	<b>104 615</b>	<b>-1 511</b>	<b>-1,4</b>
<b>Geldmarkt</b>	<b>13 807</b>	<b>10 391</b>	<b>10 670</b>	<b>278</b>	<b>2,7</b>
Geldmarktbuchforderungen	12 587	9 056	10 670	1 613	17,8
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	100	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	185	–	-185	-100,0
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 120	1 150	–	-1 150	-100,0
<b>Kapitalmarkt</b>	<b>95 719</b>	<b>95 734</b>	<b>93 945</b>	<b>-1 789</b>	<b>-1,9</b>
Öffentliche Anleihen	95 669	95 684	92 435	-3 249	-3,4
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	1 460	1 460	–
Festgeldschulden übrige	50	50	50	0	0,0

Die Tresorerie ist dafür verantwortlich, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen und zur Finanzierung künftiger Aufgaben hält der Bund Tresoreriereserven, welche sicher und zu marktkonformen Bedingungen angelegt sind. Zudem ist die Tresorerie für die Devisenbeschaffung und -bewirtschaftung zuständig.

#### Geld- und Kapitalmarkt

Der Bund reduzierte 2008 seine Tresorieschuld am *Geld- und Kapitalmarkt netto* um 1,5 Milliarden; bereits im Vorjahr wurde sie um netto 3,4 Milliarden abgebaut.

Die Geldbeschaffung mittels *Geldmarktbuchforderungen* wurde um 1,6 Milliarden erhöht; insgesamt waren am Jahresende 10,7 Milliarden Geldmarktbuchforderungen ausstehend.

In bescheidenem Ausmass wurden über das Jahr *Geldmarktkredite* (inkl. Mittelaufnahmen bei PostFinance) zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel eingesetzt. Ende 2008 waren keine Geldmarktkredite ausstehend.

Der *ETH-Rat* verwaltet die Mittel des ETH-Bereichs selbständig und im Verhältnis zur EFV zentralisiert. Gemäss geltender Tresorerievereinbarung kann der ETH-Rat die zur Verfügung stehenden Gelder zum Teil bei der EFV anlegen. Ende 2008 waren keine Mittel bei der Tresorerie platziert. Die *Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV)* erhöhte ihre Anlagen um 310 Millionen auf 1460 Millionen per Ende 2008, welche bei der Tresorerie neu im langfristigen Bereich angelegt wurden.

Die Ausgabe fungibler *Eidg. Anleihen* fand im Berichtsjahr ihre Fortsetzung. Ausschliesslich bestehende Anleihen wurden aufgestockt. Die bisher grössten Anleihen entstanden durch mehrmalige Aufstockungen. Per Ende 2008 sind 21 Anleihen, deren Nominalbetrag sich Ende 2008 auf insgesamt 92,5 Milliarden beläuft, ausstehend (Ende 2007: 95,7 Mrd.). Neun weisen einen Betrag von je über fünf Milliarden und davon drei von über acht Milliarden auf.

Im Jahr 2008 wurden bis im April Anleihen im monatlichen Emissionsrhythmus platziert. Da die Tresorerie danach wieder erwarten keine Mittel mehr benötigte, wurde auf die Begebung von fünf geplanten Emissionen verzichtet. Während zwei im Jahr 2007 begebene Anleihen erst im Jahr 2008 liberiert wurden, erfolgt die Liberierung zweier Anleihen von 2008 erst im Jahr 2009. Insgesamt wurden im Jahr 2008 sechs Anleihen emittiert; inklusive platzierten Eigenquoten wurden brutto 2,1 Milliarden aufgenommen (2007: 4,8 Mrd.). Unter Berücksichtigung der ordentlichen Rückzahlung einer Anleihe ergab sich 2008 eine Reduktion der Nettomittel bei den Anleihen von 3,2 Milliarden (2007: Nettomittelaufnahme von nur 15 Mio.).

Unter der Rubrik *Festgeldschulden übrige* figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

### Zinsentwicklung

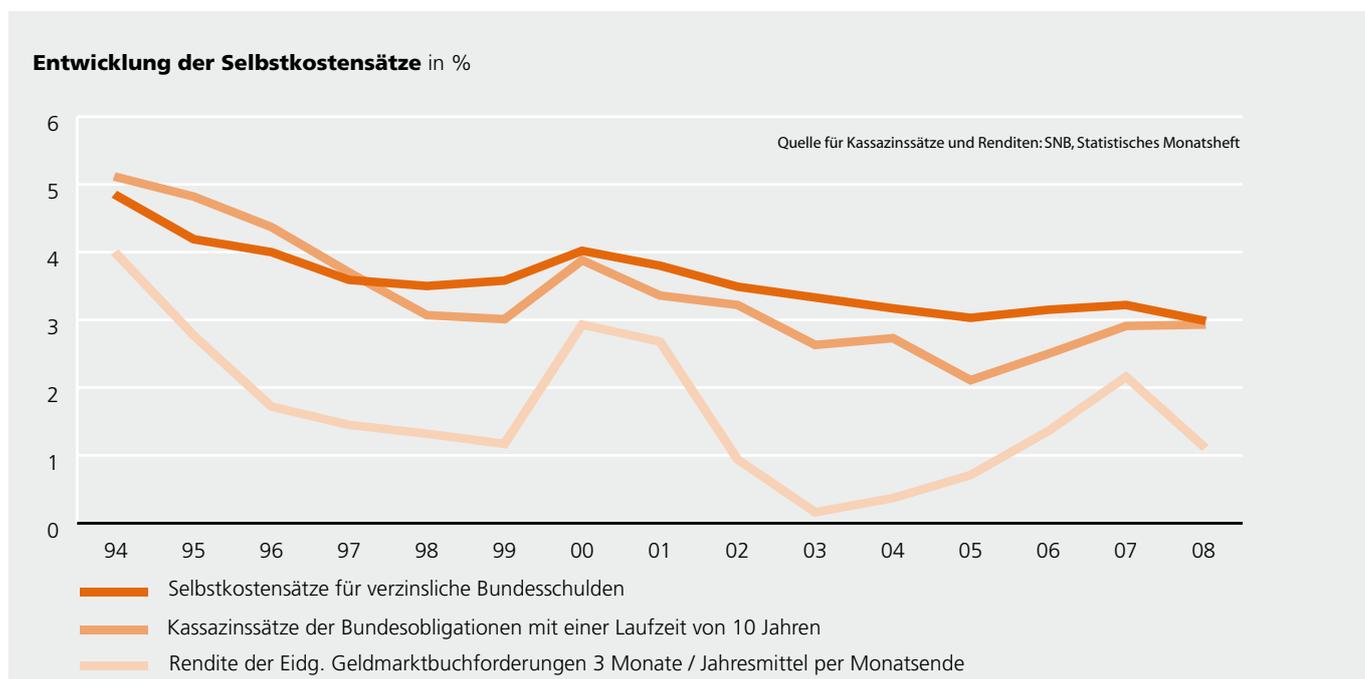
Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im *Selbstkostensatz* für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) wider. Dieser liegt Ende 2008 bei 2,99 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nachdem der Satz Ende 2007 bei 3,22 Prozent gelegen hatte. In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche

Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden». Nicht einbezogen sind die Schulden gegenüber PUBLICA, welche Anfang 2008 vollkommen ausfinanziert wurden. Ende 2008 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 104,6 Milliarden (Vorjahr: 106,1 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten inklusive Emissionsabgabe sowie die Einlösekommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

Im langfristigen Vergleich ist ersichtlich, dass sich der Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld in die gleiche Richtung wie die Marktsätze bewegt. Seit den Neunzigerjahren ist tendenziell eine Phase sinkender Zinsen zu beobachten. Der Konjunkturaufschwung in den letzten Jahren führte wieder zu einem Anstieg der Zinssätze.

### Tresoreriemittel

Die *Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie* unterlagen monatlichen Schwankungen von bis zu 7,5 Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Platzierungen am Markt wird darauf geachtet, dass die Anlagen nur bei Gegenparteien mit erstklassigen Bonitäten getätigt werden. Zudem werden die Anlagen diversifiziert um Klumpenrisiken zu vermeiden. Im Dezember wurde der Erwerb der UBS-Pflichtwandelanleihe im Betrag von 6 Milliarden liberiert. Ende Jahr waren verfügbare Tresoreriemittel im Betrag von 9,7 Milliarden ausstehend (-1,9 Mrd. im Vergleich zu Ende 2007). Der nach wie vor hohe Betrag lässt sich folgendermassen erklären: Im Hinblick auf die Fälligkeit einer Anleihe im Betrag von 8,5 Milliarden im Febru-



ar 2009 wurden Mittel im Voraus aufgebaut. Zusätzlich wurden Gelder benötigt, um den saisonalen Mittelbedarf Anfangs 2009 zu decken.

Der Stand an Darlehen der Tresorerie an den ALV-Fonds sank per Ende 2008 von 4,8 auf 4,1 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können.

### Nettozinslast

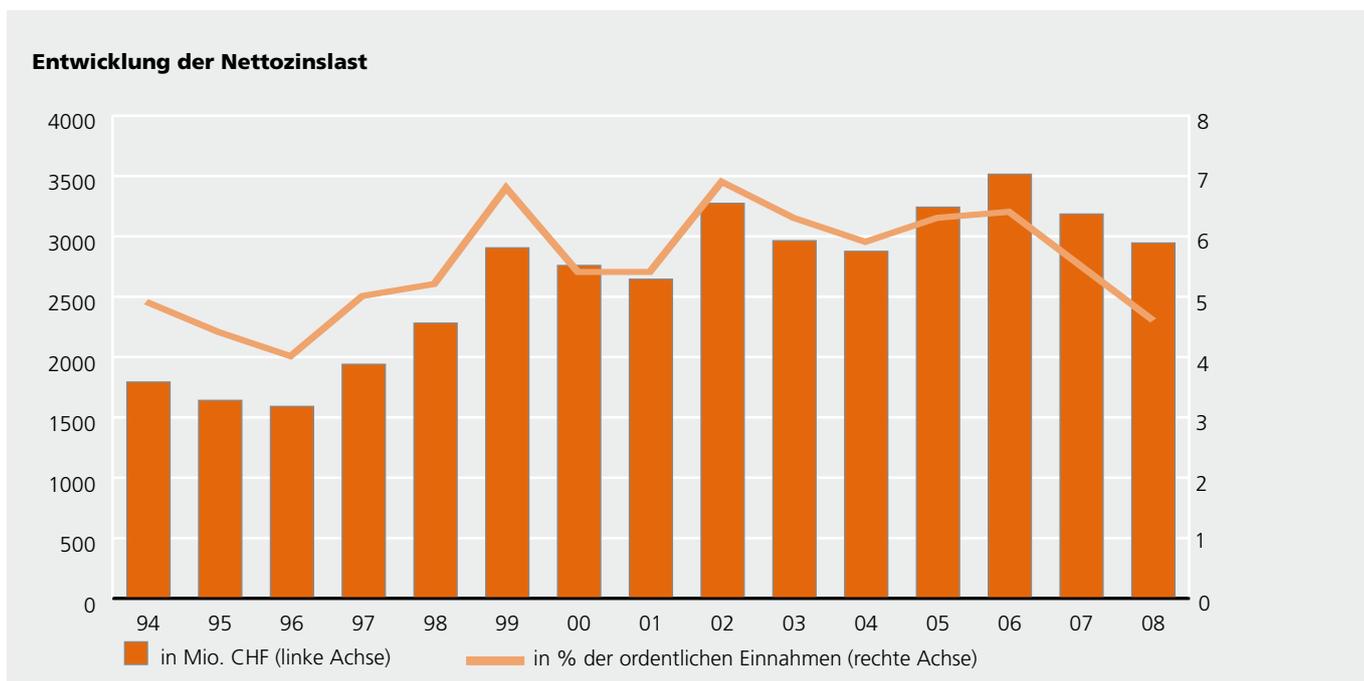
Während die Zinsausgaben leicht unter dem Niveau des Vorjahres waren, stiegen die Zinseinnahmen nicht zuletzt aufgrund der hohen Tresoreriestände markant an. Dadurch ergibt sich eine Reduktion der Nettozinslast (Nettozins in % der ordentlichen Einnahmen) von 5,5 auf 4,6 Prozent.

### Devisenbewirtschaftung, Derivative

Der Budgetbedarf an *Devisen* (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden

keine Optionen eingesetzt. Gemäss Voranschlag 2008 hat die Bundestresorerie 700 Millionen Euro und 415 Millionen US-Dollar für die Verwaltungseinheiten beschafft. Zusätzlich wurden mehrjährige Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für Spezialgeschäfte aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Im Bereich der *Derivate* ist ein Rückgang der Nettozinszahlungen aus Zinssatzswaps im Vergleich zum Vorjahr von 90 Millionen auf 46 Millionen finanzwirksam zu verbuchen; die nominelle Nettopayerposition des Bundes nahm durch natürliche Verfälle von 5,5 Milliarden Ende 2007 auf 4,1 Milliarden Ende 2008 ab. Im Jahr 2008 wurden keine neue Zinssatzswapverträge oder andere Derivate abgeschlossen. Diese Zinssatzswapverträge wurden in früheren Jahren für eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz abgeschlossen. Im Jahr 2008 waren die Zinsen bis Mitte Oktober stabil, danach sanken sie stark. Der negative Barwert der offenen Positionen erhöhte sich somit von 124 Millionen per Ende 2007 auf 264 Millionen per Ende 2008.



### 34 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Beratungsaufwand</b>	<b>468</b>	<b>272</b>	<b>263</b>	<b>-206</b>	<b>-43,9</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	384	246	236	-149	-38,7
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	84	17	22	-62	-73,4
Kommissionen	0	9	5	5	n.a.
<b>Beratungsausgaben</b>	<b>468</b>	<b>272</b>	<b>262</b>	<b>-206</b>	<b>-44,0</b>

n.a.: nicht ausgewiesen.

Unter Beratungsaufwand werden die Aufwände für Dienstleistungen ausgewiesen,

- deren *Empfänger der Bund* ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit); und
- die einen *Beitrag zur Optimierung von Bundesaufgaben* leisten: Die externe Leistung muss einen Mehrwert für die Aufgabenerfüllung durch den Bund darstellen. Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Der *allgemeine Beratungsaufwand* enthält Leistungen im obigen Sinn. Der *allgemeine Beratungsaufwand Unselbständige* enthält dieselbe Art von Leistungen, die jedoch von Beraterinnen und Beratern erbracht werden, die im Sinne der Sozialversicherung unselbständige Honorarempfänger sind. *Kommissionen* schliesslich umfassen Entschädigungen und Spesen für Mitglieder ausserparlamentarischer Kommissionen und nicht ständiger Gremien.

Der Vergleich zum Vorjahr gestaltet sich aufgrund der Neudefinition der Kontierung (Umsetzung der obigen Definition) schwierig. So waren in der Rechnung 2007 im Beratungsaufwand auch Aufwände für Übersetzungen und ähnliche Dienstleistungen sowie für Informatikberatung enthalten. Beides ist im Beratungsaufwand der Rechnung 2008 nicht mehr enthalten. Effektive Abweichungen erwähnenswerten Umfangs ergeben sich in folgenden Ämtern:

- BAG (-47,4 Mio.): Für die mittlerweile abgeschlossene Beschaffung von Pandemieimpfstoffen und Schutzmasken wurden weniger Mittel verwendet als im Vorjahr.

- GS EFD (-3,7 Mio.): Abschluss der Projekte Shared Service Centers und Verwaltungsreform per Ende 2007, so dass 2008 kein Aufwand mehr anfiel.
- ZAS: (-2,5 Mio.): Effizienzgewinne aus der Zusammenführung des bisher in den AHV/IV-Diensten im Ausland angestellten Personals der freiwilligen Versicherung bei der Zentrale in Genf.
- BBT (+3,0 Mio.): Ein Teil der Mittel aus dem Verpflichtungskredit zur Finanzierung der Tätigkeit der KTI können für Begleitforschung, Projektkoordination und -management, Expertenaufträge, Evaluationen und Monitoring eingesetzt werden. Diese Mittel wurden früher unter dem Transferaufwand budgetiert, neu werden sie im Beratungsaufwand ausgewiesen.
- BFE (+9,8 Mio.): Zusammenlegung von 2 Kreditpositionen im Bereich der Energieforschung, die im Vorjahr separat und nur teilweise unter dem Beratungsaufwand budgetiert worden waren.
- ASTRA (+9,3 Mio.): Schaffung der notwendigen Strukturen im Zusammenhang mit den neuen Aufgaben im Bereich der Nationalstrassen.

Die Rechnung 2008 im Beratungsaufwand weicht insgesamt nur geringfügig vom Voranschlag 2008 ab (-9 Mio.; -3,3 %). Auf Stufe der Verwaltungseinheiten sind gewisse Abweichungen zu verzeichnen, doch diese halten sich in etwa die Waage. Sie sind zum einen darauf zurückzuführen, dass verschiedene Ämter die neuen Kontierungsvorschriften erst im Budgetvollzug 2008 vorgenommen haben. Zum anderen haben FLAG-Verwaltungseinheiten innerhalb des Funktionsaufwands sowie andere Verwaltungseinheiten innerhalb von Einzelmassnahmen (Kreditpositionen vom Typ A2III.xxxx) gewisse Freiheiten bei der Verwendung der Mittel, so dass ein Mehr- oder Minderbedarf an Beratungsaufwand entstehen kann. Neben diesen Faktoren fallen keine einzelnen Vorhaben ins Gewicht, die zu grösseren Abweichungen zwischen Budget und Rechnung geführt hätten.

## 35 Öffentlichkeitsarbeit

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
			absolut	%
<b>Total Kosten</b>	<b>69,2</b>	<b>74,6</b>	<b>5,4</b>	<b>7,8</b>
Presse- und Informationsarbeit	26,4	26,6	0,2	0,6
Direktinformation	36,0	37,0	1,0	2,9
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	6,8	10,9	4,2	61,6

Die sieben Departemente, die Bundeskanzlei, das separat erfasste Integrationsbüro EDA/EVD und die Eidgenössische Alkoholverwaltung wendeten im Jahr 2008 insgesamt 74,6 Millionen für Belange der Öffentlichkeitsarbeit auf. Diese Kosten entsprechen einem Anteil von 0,14 Prozent am gesamten Aufwand des Bundes. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Kosten um 5,4 Millionen, die eingesetzten Stellen nahmen um 23 auf 260 zu.

Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, umfassen u.a. Aufwände für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Ver-

anstaltungen, etc.) sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten entfielen 26,6 Millionen (35,7%) auf den Bereich *Presse- und Informationsdienst*, 37 Millionen (49,7%) auf Kosten für *Direktinformationen* und 11,0 Millionen (14,6%) auf *Präventionskampagnen sowie Abstimmungsinformationen*. Die vorliegenden Ergebnisse sind im Wesentlichen mit den Ergebnissen des Vorjahres vergleichbar; zu beachten ist, dass 2008 erstmals auch die Informatikkosten im Informationsbereich zu erfassen waren.

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total Rechnung 2008	Bundeskanzlei	EDA	EDI	EJPD	VBS
<b>Total</b>	<b>74,6</b>	<b>9,8</b>	<b>8,6</b>	<b>11,9</b>	<b>4,3</b>	<b>9,4</b>
Presse- und Informationsarbeit	26,6	5,2	1,9	3,3	2,1	3,4
Direktinformation	37,0	4,2	6,7	3,0	2,1	5,7
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	10,9	0,4	–	5,6	0,1	0,3
Fortsetzung Mio. CHF		EFD	EVD	Integrations- büro	UVEK	EAV
<b>Total</b>		<b>9,2</b>	<b>13,3</b>	<b>1,1</b>	<b>6,9</b>	<b>0,3</b>
Presse- und Informationsarbeit		2,2	4,3	0,2	3,9	0,1
Direktinformation		5,4	6,2	0,7	2,9	0,2
Kampagnen und Abstimmungsinformationen		1,6	2,8	0,1	0,1	–

### Kostenarten

Die gesamten *Personalkosten* für die 260 Vollzeitstellen betragen im Berichtsjahr 42,4 Millionen (56,8% der Gesamtkosten). Der hohe Anteil der Personalkosten belegt den grossen Stellenwert, welcher den Eigenleistungen innerhalb der Departemente zukommt. 19,1 Millionen (45,2%) der Personalkosten entstanden im Bereich Presse- und Informationsarbeit, 21,1 Millionen (49,8%) für Direktinformationen und 2,1 Millionen (5,0%) für Präventionskampagnen und Abstimmungsinformationen.

Die *Sachkosten* beliefen sich auf 32,2 Millionen (43,2% der Gesamtkosten). Davon entfallen 15,9 Millionen (49,5%) auf Direktinformationen, 7,4 Millionen (23,1%) auf Presse- und Informationsarbeit sowie 8,8 Millionen (27,4%) auf Kampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Aktivitäten der Departemente

Bei der *Bundeskanzlei*, welche insgesamt Kosten im Betrage von 9,8 Millionen verzeichnete, stellen die Entschädigungen für die

Leistungen der Nachrichtenagenturen (Schweizerische Depeschentagenatur 3,0 Mio.; Associated Press 0,4 Mio.) den grössten Einzelposten dar. Die Bundeskanzlei trägt auch die Kosten für die Abstimmungserläuterungen des Bundesrats, die Leistungen des Medienzentrums Bundeshaus sowie für die Broschüre «Der Bund kurz erklärt».

Das EDA hat 2008 die Kommunikation reorganisiert. Insbesondere wurde die Abteilung Medien und Kommunikation der DEZA per Ende September 2008 aufgelöst. Die noch nicht abgeschlossene Reorganisation hat bereits zu einem deutlichen Rückgang der Kommunikationskosten des EDA auf 8,6 Millionen geführt (-2,2 Mio.). Zudem ist ein Rückgang bei den Sachkosten zu verzeichnen.

Das EDI wendete insgesamt 11,9 Millionen (+1,3 Mio. bzw. 12,2%) für die Belange der Öffentlichkeitsarbeit auf. Der Anstieg ist durch gestiegene Sachkosten begründet, die Personalkosten gingen demgegenüber um über 5 Prozent zurück. Das BAG realisierte im Jahr 2008 drei grosse Kampagnen in den Bereichen Aids (2,2 Mio.), Alkohol (0,8 Mio.) und zum Transplantationsgesetz (1,5 Mio.). Insgesamt betragen die Sachaufwendungen beim BAG 5,7 Millionen; 0,9 Mio. entfielen auf Personalkosten.

Die Kommunikationskosten des EJPD beliefen sich in der Berichtsperiode auf rund 4,3 Millionen (+ 0,8 Mio.). 80 Prozent davon sind Personalkosten, die grösstenteils für Presse- und Informationsarbeit bzw. Direktinformation anfallen.

Die gesamten Aufwendungen des VBS für Öffentlichkeitsarbeit beanspruchten rund 9,4 Millionen. Insgesamt umfasst der Bereich Öffentlichkeitsarbeit knapp 26 Stellen. Mit diesen Kapazitäten war ein in kommunikativer Hinsicht ausserordentlich anspruchsvolles und intensives Jahr zu bewältigen.

Die innerhalb des EFD ermittelten Kosten für Öffentlichkeitsarbeit beliefen sich auf 9,2 Millionen (+12%). Die gesamten Kosten für das Personal (40 Stellen) nahmen um 3,9% auf 6,3 Millionen zu, die Sachkosten um 39 Prozent oder 0,8 Millionen auf 2,9 Millionen. Der grösste Teil davon entfällt auf gestiegene Kosten im Personalmarketing und dort auf die Online-Stelleninserate, welche durch das EPA für alle Departemente finanziert werden.

Das EVD verzeichnete mit 13,25 Millionen deutlich höhere Gesamtkosten (+4,7 Mio.). Grund dafür ist die veränderte Erfassung im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (+5 Mio.): Im vergangenen Jahr wurden im SECO die Kosten für Information und Öffentlichkeitsarbeit erstmals in allen Geschäftsbereichen erhoben, nicht nur wie 2007 im Ressort Kommunikation. Hinzu kamen die Kosten für die Kampagne «Schwarzarbeit», für welche rund 2 Millionen Franken aufgewendet wurden. Im Generalsekretariat EVD und den übrigen Ämtern und Dienstbereichen reduzierte sich der Gesamtaufwand leicht.

Im UVEK betragen die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit rund 6,9 Millionen (+7,1%), davon entfielen über 80 Prozent auf Personalkosten. Der Anstieg bei den Personalkosten ist durch die Neuregelung der Zuständigkeiten im Bereich Nationalstrassen verursacht bzw. den daraus resultierenden neuen Aufgaben des Bundesamtes für Strassen (ASTRA).

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsbüros EDA/EVD<sup>1</sup> fielen 2008 etwas höher aus als im Vorjahr. Die Eidgenössische Alkoholverwaltung<sup>1</sup> reduzierte ihre Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit um über die Hälfte.

<sup>1</sup> Das Integrationsbüro und die Eidgenössische Alkoholverwaltung sind aus methodischen Gründen separat ausgewiesen.

## Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut %	
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 225</b>	<b>2 202</b>	<b>2 124</b>	<b>-102</b>	<b>-4,6</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 147	2 002	2 055	-92	-4,3
Regalien und Konzessionen	29	22	26	-3	-9,6
Übriger Ertrag	49	178	42	-7	-14,4
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>4 856</b>	<b>5 275</b>	<b>4 999</b>	<b>143</b>	<b>2,9</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	1 885	3 947	3 636	1 751	92,9
Transferaufwand	2 915	1 250	1 259	-1 656	-56,8
Übriger Aufwand	56	78	105	48	85,6
<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-</b>	<b>400</b>	<b>400</b>	<b>400</b>	<b>-</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>33</b>	<b>32</b>	<b>38</b>	<b>5</b>	<b>15,8</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	32	30	35	3	9,4
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	2	3	2	396,3
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 303</b>	<b>2 492</b>	<b>2 317</b>	<b>14</b>	<b>0,6</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	275	1 488	1 309	1 034	375,7
Investitionsbeiträge	2 027	167	167	-1 860	-91,8
Übrige Investitionen	1	837	840	839	n.a.
<b>Ausserordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>-</b>	<b>2 600</b>	<b>2 600</b>	<b>2 600</b>	<b>-</b>

n.a.: nicht ausgewiesen.

Mit der Umstellung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL) per 01. Januar 2008 stieg die Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten auf 24. Insgesamt werden 26 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes von Verwaltungseinheiten verursacht, die mit FLAG gesteuert werden.

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die ressourcenbezogenen Entwicklungen. Die Berichterstattung zur leistungsseitigen Zielerreichung befindet sich in den Begründungen der einzelnen Verwaltungseinheiten (vgl. Band 2B).

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten sank gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 102 Millionen (-4,6%). Dieser Minderbedarf entfällt grösstenteils auf den *Funktionsertrag*. 81 Prozent des Funktionsertrages stammen aus der Leistungsverrechnung (LV), davon entfallen 70 Prozent auf die armasuisse Immobilien und 27 Prozent auf die vier mit FLAG geführten Informatik-Leistungserbringer.

Tiefere LV-Erträge sind auch dafür verantwortlich, dass der Funktionsertrag gegenüber dem Vorjahr per Saldo um 92 Millionen (-4%) sank: Bei der armasuisse Immobilien ging der Ertrag um 153 Millionen zurück, da nach der neuen Liegenschaftsbewertung weniger Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen verrechnet werden konnten. Die restlichen FLAG-Einheiten verzeichneten insgesamt eine Steigerung um 61 Millionen (+9%). Die grössten Anteile daran entfallen ebenfalls auf die LV, insbesondere auf das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) und das Informatik Service Center EJPD (ISC EJPD).

Der *übrige Ertrag* veränderte sich nur geringfügig. Der Hauptgrund für die grosse Abweichung gegenüber dem Voranschlag liegt beim Bundesamt für Strassen (ASTRA), wo 2008 entgegen der Planung noch keine gemeinsam mit den Kantonen fertig zu stellenden Nationalstrassen-Teilstücke in den Besitz des Bundes überführt wurden. Deshalb ist auch kein Ertrag aus Kantonsanteilen zu verzeichnen (-150 Mio.).

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Verwaltungseinheiten stieg gegenüber 2007 um 143 Millionen (+2,9%). Der Anteil des Eigenbereiches (Funktionsaufwand) ist auf 73 Prozent gestiegen. Dies ist eine Folge der Umstellungen bedingt durch den Finanzausgleich: Mit der Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund entsteht beim ASTRA anstelle des bisherigen *Transferaufwandes* (-1668 Mio.) neu *Funktionsaufwand* in vergleichbarer Höhe (+1538 Mio.).

Der Funktionsaufwand setzt sich insgesamt zusammen aus 21 Prozent Personalaufwand, 37 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. 44 Prozent des Funktionsaufwandes sind finanzierungswirksam, 43 Prozent nicht finanzierungswirksam und 14 Prozent betreffen die LV. Ohne ASTRA und das neu mit FLAG geführte BAZL stieg der Funktionsaufwand der FLAG-Einheiten gegenüber dem Vorjahr um 146 Millionen (+9%). Die Hauptgründe dafür sind:

- armasuisse Immobilien (+90 Mio.): u. a. LV-Aufwand für gestiegene Betreiberleistungen und höhere Abschreibungen nach der Überführung von Objekten vom Kern- in den Dispositionsbestand;

- ISC EJPD (+26 Mio.): u. a. Übernahme des Dienstes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (DBA);
- Zentrale Ausgleichsstelle (+8 Mio.): u. a. Einführung der neuen AHV-Versichertennummer;
- Bundesamt für Sport (+7 Mio.): Mehrleistungen aufgrund erhöhter Nachfrage u.a. in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Unterbringung.

Die restliche Zunahme des Funktionsaufwandes der FLAG-Verwaltungseinheiten liegt unter der durchschnittlichen Jahresteu-erung 2008.

Der *übrige Aufwand* verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr ins-besondere wegen den einmaligen Aufwendungen für die Fuss-ball-Europameisterschaft 2008 beim BASPO.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 14 Millionen (+0,6%). Allerdings gab es als Fol-ge der NFA auch hier grosse Verschiebungen: Beim ASTRA fallen für den Nationalstrassenausbau und -unterhalt statt *Investitions-beiträge* (-1853 Mio.) neu *Investitionen in Sachanlagen* (+1011 Mio.) sowie *Einlagen in den Infrastrukturfonds* (siehe weiter unten) an.

Die Investitionen des ASTRA sind geringer als geplant wegen Ef-fizienz- und Effektivitätssteigerungen, Vergabeerfolgen infolge des Konkurrenzkampfes am Markt sowie Verzögerungen durch Vergabekurse. Die Investitionsausgaben der übrigen FLAG-Einheiten blieben mit zwei Ausnahmen insgesamt stabil: Ein Wachstum verzeichneten armasuisse Immobilien (+17 Mio., u.a. für wertvermehrende Investitionen zur Steigerung der Verkaufsfähigkeit der Liegenschaften) und ISC EJPD (+7 Mio., u.a. für die Technologie-Erweiterung des DBA). Bei beiden Einheiten fiel die Erhöhung indes geringer aus als geplant.

Die *übrigen Investitionen* nehmen gegenüber 2007 um 839 Milli-onen zu. 837 Millionen entfallen auf die neue jährliche Einlage in den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Die restliche Zunahme betrifft die Investitions-ausgaben des ISC EJPD zur Schengen/Dublin-Anbindung.

Die *ausserordentlichen Investitionsausgaben* von 2600 Millionen entsprechen der Ersteinlage in den Infrastrukturfonds. 400 Millionen davon sind für Hauptstrassen vorgesehen und stellen einen Investitionsbeitrag dar. Dieser Teilbetrag wurde als ausser-ordentlicher Aufwand wertberichtigt.

Der *Personalbestand* der FLAG-Verwaltungseinheiten erhöhte sich gegenüber 2007 auf umgerechnet 5315 Vollzeitstellen (+565 FTE). 10 FLAG-Einheiten haben ihren Bestand gehalten oder ge-

senkt. Der Anstieg bei den übrigen Einheiten ist zum grössten Teil organisatorisch bedingt. Die Hauptgründe im Einzelnen:

- BAZL: Umstellung auf FLAG (+237 FTE)
- ASTRA: Erfüllung der neu zu übernehmenden Aufgaben nach Übernahme der Nationalstrassen (+126 FTE)
- BIT: Einsatz von eigenem statt externem Personal und Beset-zung von Vakanzen (+107 FTE)
- ISC EJPD: Übernahme des DBA sowie Zusatzaufgaben für neue Projekte und erweiterte Anwendungen (32 FTE).
- BASPO: Mehrleistungen aufgrund erhöhter Nachfrage nach Dienstleistungen (+36 FTE)

FLAG-Verwaltungseinheiten haben die Möglichkeit, allgemei-ne und zweckgebundene Reserven zu bilden. Zweckgebundene Reserven betreffen Vorhaben, die über das Jahresende hinaus verschoben werden müssen. Sie können nur für die ursprüng-liche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie. Allgemeine Reserven können beantragt werden, wenn eine Ver-waltungseinheit nachweislich besonders wirtschaftlich und ef-fektiv gearbeitet hat. Der Bestand der allgemeinen Reserven ist pro FLAG-Verwaltungseinheit beschränkt auf 5 Prozent der fi-nanzwirksamen Kredite im Eigenbereich bzw. 10 Millionen. Die Verwendung muss sich nach den Zielsetzungen des Leistungs-auftrages richten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Reserven. Insgesamt wurden 2008 Reserven im Umfang von 25 Millionen aufgelöst und 46 Millionen neu gebildet. Der Bestand beträgt neu 79 Millionen, davon sind 27 Millionen (+30 %) allgemeine und 52 Millionen (+39 %) zweckgebundene Reserven.

Ingesamt verfügt rund die Hälfte der FLAG-Verwaltungseinhei-ten über *allgemeine Reserven*. Die Reservenbestände der Einheiten sind sowohl absolut wie relativ gesehen sehr unterschiedlich. Die Bestandesgrenze ist bei zwei Einheiten erreicht (Bundesamt für Metrologie und BIT). Die grösste Veränderung ergab sich bei der armasuisse Immobilien, die aufgrund der effizienten Liegen-schaftsverwaltung 5,5 Millionen allgemeine Reserven bilden konnte.

*Zweckgebundene Reserven* für genau bestimmte Projekte und Vor-haben sind bei 21 FLAG-Verwaltungseinheiten vorhanden. Bei dreizehn Verwaltungseinheiten ist der Bestand gestiegen, bei fünf Einheiten gesunken. Der grösste Anstieg verzeichnete die ZAS mit 5,6 Millionen (Projekt 13-stellige AHV-Nummer/CO-MIN) (vgl. Bundesbeschluss I; Band I, Ziffer 8, Anhang 2).

**Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG**

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG				Zweckgebundene Reserven FLAG				
	Stand 01.01.2008	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.2008	Stand 01.01.2008	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.2008	
<b>Total</b>	<b>20,7</b>	<b>7,4</b>	<b>-1,2</b>	<b>26,9</b>	<b>37,1</b>	<b>38,8</b>	<b>-24,2</b>	<b>51,7</b>	
203 BRZ	-	0,1	-	0,1	-	0,2	-	0,2	
285 IDZ-EDA	-	1,0	-	1,0	-	1,3	-	1,3	
307 NB	-	-	-	-	0,6	1,0	-0,3	1,3	
311 MeteoSchweiz	1,2	-	-	1,2	2,1	0,2	-2,1	0,2	
414 METAS	1,3	-	-	1,3	0,3	0,2	-0,3	0,2	
485 ISC-EJPD	0,5	-	-	0,5	1,1	3,0	-1,1	3,0	
504 BASPO	2,5	-	-	2,5	0,0	-	-	0,0	
506 BABS	1,0	0,3	-	1,3	-	-	-	-	
542 ar W+T	1,0	-	-0,0	0,9	1,3	1,1	-0,8	1,6	
543 ar Immo	-	5,5	-	5,5	13,7	12,6	-11,7	14,6	
570 swisstopo	2,5	0,4	-0,6	2,3	4,0	1,4	-2,0	3,5	
602 ZAS	-	-	-	-	4,3	6,3	-0,7	9,9	
603 Swissmint	-	-	-	-	0,0	0,9	-0,0	0,9	
609 BIT	10,0	-	-	10,0	6,1	6,6	-3,9	8,8	
710 Agroscope	-	-	-	-	1,7	0,4	-1,0	1,1	
719 Gestüt	-	-	-	-	0,0	0,0	-0,0	0,0	
735 ZIVI	-	-	-	-	-	1,2	-	1,2	
740 SAS	0,4	-	-0,1	0,2	0,0	-	-	0,0	
785 ISCeco	-	-	-	-	0,5	-	-	0,5	
803 BAZL	-	-	-	-	-	0,6	-	0,6	
806 ASTRA	-	-	-	-	-	1,9	-	1,9	
808 BAKOM	-	-	-	-	1,1	-	-0,2	0,9	
815 HSK	0,5	-	-0,5	-	-	-	-	-	



<b>Finanzierungsrechnung</b>		<b>Erfolgsrechnung</b>		
Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2008	Differenz	
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>-3 561</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>6 273</b>	<b>9 835</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>7 297</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>7 461</b>	<b>164</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>63 894</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 047</b>	<b>153</b>
Fiskaleinnahmen	58 752	Fiskalertrag	58 052	-700
Regalien und Konzessionen	1 331	Regalien und Konzessionen	1 284	-47
Finanzeinnahmen	1 719	Finanzertrag	2 740	1 020
Übrige laufende Einnahmen	1 840	Übriger Ertrag	1 970	129
Investitionseinnahmen	252			-252
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	2	2
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>56 598</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>56 587</b>	<b>-11</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 107</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>11 406</b>	<b>2 299</b>
Personalausgaben	4 555	Personalaufwand	4 501	-54
Sach- und Betriebsausgaben	3 323	Sach- und Betriebsaufwand	3 762	439
Rüstungsausgaben	1 228	Rüstungsaufwand	1 228	-
		Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	1 914	1 914
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>37 146</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>41 254</b>	<b>4 108</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 414	Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 414	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	773	Entschädigungen an Gemeinwesen	785	12
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	Beiträge an eigene Institutionen	2 573	-
Beiträge an Dritte	12 646	Beiträge an Dritte	12 668	22
Beiträge an Sozialversicherungen	13 740	Beiträge an Sozialversicherungen	13 582	-159
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 861	3 861
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	372
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 791</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 864</b>	<b>73</b>
Zinsausgaben	3 660	Zinsaufwand	3 334	-326
Übrige Finanzausgaben	131	Übriger Finanzaufwand	523	393
		Abnahme von Equitywerten	7	7
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>63</b>	<b>63</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 554</b>			<b>-6 554</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 265			-2 265
Immaterielle Anlagen	31			-31
Darlehen	366			-366
Beteiligungen	31			-31
Investitionsbeiträge	3 861			-3 861
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>283</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>328</b>	<b>45</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>11 141</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>1 515</b>	<b>-9 625</b>

### Vergleich der ordentlichen Transaktionen

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Ge-

schaftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten u.a. Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen und Wertberichtigungen auf den Investitionen. Die Abschreibungen werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear auf die entsprechenden Perioden verteilt. Mit den Wertberichtigungen wird den in der Berichtsperiode eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen sowie Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der betreffenden Buchwerte. Im Weiteren sind auch die Rückstellungen zu nennen. Diese werden gebildet für bereits eingetretene Ereignisse, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu künftigen Ausgaben führen.

Im Bereich der ordentlichen Transaktionen beträgt die Differenz zwischen den Ergebnissen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung insgesamt 164 Millionen. Diese verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

#### Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (+153 Mio.)

Die *Fiskalerträge* liegen wegen der Aufstockung der Rückstellung für künftig zu erwartende Rückerstattungen bei der Verrechnungssteuer um 700 Millionen unter den Fiskaleinnahmen. Die Bemessung der Höhe der Rückstellung erfolgt aufgrund von Erfahrungswerten auf der Zahlenbasis der letzten drei Jahre (neuer Bestand der Rückstellung 9,8 Milliarden). Die Differenz in der Kontengruppe *Regalien- und Konzessionen* von 47 Millionen ist die Folge einer zeitlichen Abgrenzung von Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen in der Landwirtschaft. Der Buchgewinn von rund einer Milliarde aus den zum anteiligen Eigenkapital bewerteten namhaften Beteiligungen (Equity-Methode, vgl. Band 3, Statistikeil, Tabelle Do3) führt zu einem entsprechend höheren *Finanzertrag*. Die Abgrenzungen beim *übrigen Ertrag* von 129 Millionen betreffen noch nicht eingegangene Rückerstattungen im Bereich des Asylwesens (45 Mio.), im Jahre 2008 fällige Prämien zugunsten der Militärversicherung, die erst 2009 überwiesen werden (19 Mio.), Gewinne aus dem Verkauf von Anlagegütern (Liegenschaften und Grundstücke) des Verwaltungsvermögens (17 Mio.) sowie Aktivierungen von Eigenleistungen (36 Mio.). Zudem sind diverse zeitliche Abgrenzungen zu berücksichtigen. Die Einnahmen aus der Veräusserung von *Investitionsgütern* im Betrag von 252 Millionen, welche nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten Ertrag darstellen, sind in der Position *übriger Ertrag* enthalten. Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten Entnahmen im Totalbetrag von 2 Millionen. Es handelt sich dabei um Beträge aus dem Altlastenfonds sowie aus dem Fonds zur Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter.

#### Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (-11 Mio.)

Die Aufwandminderung beim *Personal* von 54 Millionen resultiert aus der Auflösung verschiedener Rückstellungen aus dem Vorjahr, so für Nachzahlungen von Arbeitgeberleistungen an die Pensionskasse (40 Mio.), für Ferien- und Überzeitguthaben (5 Mio.) und für Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit dem Umbau der Armee (13 Mio.). Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (439 Mio.) handelt es sich grösstenteils um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager sowie um Abschreibungen von nicht aktivierbaren Unterhaltsarbeiten an Liegenschaften. Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 1,9 Milliarden erfolgen linear über die Nutzungsdauer der Güter. Der Abschreibungsbetrag setzt sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf den Nationalstrassen (1176 Mio.), Liegenschaften (611 Mio.), Mobilien (63 Mio.), Informatik (50 Mio.) und immateriellen Gütern (15 Mio.). Beim *Transferaufwand* sind die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung bei den Kontengruppen Entschädigungen an Gemeinwesen (12 Mio.) und den Beiträgen an Dritte (22 Mio.) mit den vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen für den periodenge-

rechten Ausweis der Verpflichtungen zu erklären. Der Aufwand für *Beiträge an Sozialversicherungen* liegt 159 Millionen unter den entsprechenden Ausgaben. Dies ist die Folge der im Bereich der Militärversicherung aufgelösten Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen sowie der zeitlichen Abgrenzung für ausstehende Rückerstattungen.

Die *Investitionsbeiträge* werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Summe dieser nicht finanzierungswirksamen Wertberichtigungen beträgt im Berichtsjahr 3861 Millionen. Neue Darlehen und Beteiligungen werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgewickelt und Ende Jahr gemäss den vorgegebenen Bewertungsregeln wertberichtigt. Im Jahr 2008 betragen die *Wertberichtigungen* insgesamt 372 Millionen. Davon entfallen auf Darlehen 341 Millionen (SBB und übrige KTU 294 Mio., Investitionskredite an die Landwirtschaft 53 Mio. sowie eine Nettoauflösung von Wertberichtigungen bei diversen Darlehen von insgesamt -6 Mio.). Die restlichen Wertberichtigungen betreffen verschiedene (nicht namhafte) Beteiligungen (31 Mio.).

Im *Finanzaufwand* beträgt die Differenz zur Finanzierungsrechnung per Saldo 73 Millionen. Die Abgrenzungen zum periodengerechten Ausweis des Aufwandes betragen beim Zinsaufwand für Anleihen -326 Millionen, beim übrigen Finanzaufwand insgesamt 393 Millionen (diverser Kapitalbeschaffungsaufwand 81 Mio., Disagio auf Finanzinstrumenten 1 Mio., Zinssatzswaps 311 Mio., vgl. auch Band I Ziffern 62/20 und 62/20). Weiter zu berücksichtigen ist eine Bewertungskorrektur von 7 Millionen infolge der Abnahme des Equity-Wertes bei den namhaften Beteiligungen an Skyguide und SAPOMP. Die Einlagen in die *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* betragen im Berichtsjahr total 63 Millionen. Bei der Spielbankenabgabe zu Gunsten der AHV fielen die Einnahmen mit 455 Millionen wie bereits im Vorjahr höher aus als budgetiert. Da der Bund die Spielbankenabgabe jeweils mit zwei Jahren Verzögerung an die AHV überweist, handelt es sich bei der diesjährigen Auszahlung von 406 Millionen um die Einnahmen aus dem Jahr 2006. Die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen von 49 Millionen werden zulasten der Erfolgsrechnung in den zweckgebundenen Fonds eingelegt. Die übrigen Einlagen betreffen die Lenkungsabgabe VOC/HEL (10 Mio.), den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.) sowie die Zinseinnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe (2 Mio.).

#### Vergleich der ausserordentlichen Transaktionen

##### Ausserordentliche Ausgaben / ausserordentlicher Aufwand (-9625 Mio.)

Die ausserordentlichen Transaktionen beeinflussen das Ergebnis der Erfolgsrechnung weit weniger als das Resultat der Finanzierungsrechnung. Die Differenz von 9,6 Milliarden wird hauptsächlich durch zwei Gegebenheiten bestimmt. Zum einen wurden die UBS-Pflichtwandelanleihe von 5,9 Milliarden sowie der Anteil der Nationalstrassen an der Ersteinlage in den Infrastruk-

turfonds von 2,2 Milliarden als Investitionen in der Bilanz aktiviert. Die Erfolgsrechnung wird dadurch im gleichen Umfang entlastet. Zudem wurden – die im Hinblick auf die Einführung der NFA und des neuen Asylgesetzes gebildeten – Rückstellungen im Betrag von rund 1,7 Milliarden aufgelöst und damit die entsprechenden Ausgaben in der Berichtsperiode erfolgsmässig neutralisiert. Die Erfolgsrechnung wurde hingegen zusätzlich belastet durch die Wertberichtigung von 400 Millionen für den auf die Hauptstrassen entfallenden (nicht aktivierbaren) Anteil an der Ersteinlage in den Infrastrukturfonds. Eine weitere Wertberichtigung von 28 Millionen erforderte die UBS-Pflichtwan-

delanleihe. Die Einlagen in den zweckgebundenen Fonds für die CO<sub>2</sub>-Abgabe belasten die Erfolgsrechnung zudem mit 219 Millionen.

**Ausserordentliche Einnahmen / ausserordentlicher Ertrag (+45 Mio.)**

Der Unterschied zwischen der Finanzierungsrechnung und der Erfolgsrechnung von 45 Millionen ist auf die periodengerechte Abgrenzung des Zinsertrages für die UBS-Pflichtwandelanleihe zurückzuführen (Marchzins per 31.12.2008).



Das von den Eidgenössischen Räten in der Wintersession 2003 verabschiedete *Entlastungsprogramm 2003 (EP 03)* hat seine volle Entlastungswirkung von rund 3 Milliarden bereits im Jahr 2006 erreicht. Obwohl der gesetzliche Sparauftrag gemäss Artikel 4a, Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1974 über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts (SR 611.010) mit dem Jahr 2006 geendet hat, sind die meisten Kürzungen nicht wieder rückgängig gemacht worden. Das EP 03 wirkt sich somit bis heute nachhaltig auf den Bundeshaushalt aus.

Das *Entlastungsprogramm 2004 (EP 04)* hat das Parlament in der Sommersession 2005 mit Wirkung ab dem Jahr 2006 beschlossen. Sein volles Entlastungsvolumen von rund 2 Milliarden entfaltet das EP 04 ab dem aktuellen Rechnungsjahr 2008.

Die Umsetzung des EP 04 wurde wie folgt überwacht: Im Rahmen der Budgetierung wurden zunächst die Ausgabenplafonds der Departemente im Umfang der beschlossenen gezielten Entlastungsmassnahmen gekürzt. Dies garantiert, dass das mit dem EP 04 anvisierte Sparvolumen in den einzelnen Departementen insgesamt eingehalten wird. Gestützt auf die Budgeteingaben wurde zudem geprüft, ob die einzelne Massnahme effektiv umgesetzt worden ist.

Diese Prüfung zeigt, dass das EP 04 einnahmen- wie auch ausgabenseitig fast ausnahmslos umgesetzt wurde. Dies gilt auch für den vom Parlament formulierten Sparauftrag an die Verwaltungsreform 2005/2007 (REF 05/07), der mit verschiedenen Massnahmen im Eigenbereich der Verwaltung erfüllt wurde. Insbesondere die Querschnittsprojekte «HR 1» (Senkung des Personalquotienten) und «Beschaffung» (Zentralisierung der Beschaffungen beim Bundesamt für Bauten und Logistik und bei der armasuisse) trugen zu den Einsparungen bei. Das Entlastungsprogramm 2004 hat damit den geforderten Beitrag zur Entlastung bzw. zur nachhaltigen Sanierung des Bundeshaushalts grundsätzlich erbracht. Nachfolgend sind die wenigen bisherigen – durch die Eidgenössischen Räte genehmigten – Abweichungen von den Sparaufträgen des EP 04 aufgeführt:

- Im *Asyl- und Flüchtlingswesen* haben die Eidg. Räte im Rahmen des EP 04 die Verwaltungskostenpauschale für die Jahre 2006 bis 2008 um jeweils 7 Millionen gesenkt. Mit dieser Pauschale werden die Kantone vom Bund für alle nicht speziell abgegoltene Kosten, die diesen aus dem Vollzug des Asylgesetzes entstehen, entschädigt. Im Rahmen der Verhandlungen mit den Kantonen zur Umsetzung des revidierten Asylgesetzes wurde die Verwaltungskostenpauschale ab 2008 von 869 Fr. auf 1100 Fr. pro Person erhöht, was jährliche Mehrausgaben von 4 Millionen zur Folge hat. Die Kantone machten einen vermehrten Verwaltungsaufwand im Bereich des Wegweisungsvollzugs (Identitätsabklärungen, Anordnungen von Ausschaffungshaft etc.) geltend.
- Mit der Zustimmung der Eidgenössischen Räte zu den Finanzierungsbeschlüssen gemäss BFI-Botschaft 2008-2011 wur-

de der aus dem EP 04 resultierende Sparauftrag für die *universitären Hochschulen* (120 Mio.) teilweise aufgehoben und der Kredit um 3,3 Millionen aufgestockt. Bei der *Kommission für Technologie und Innovation (KTI)* führt die BFI-Botschaft 2008-2011 zu einer Abweichung von 5 Millionen vom Sparauftrag aus dem EP 04. Allerdings konnte der Kredit nicht ausgeschöpft werden, weshalb die Aufwendungen letztlich 3 Millionen unter der Vorgabe des EP 04 liegen.

- In der Landwirtschaft wurde bisher nur in Zusammenhang mit den *Unwettern 2005* vom Sparauftrag des EP 04 abgewichen: So wurden mit dem Nachtrag I/2006 sowie durch Aufstockungen im Voranschlag 2007 bei den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen zusätzliche Mittel bewilligt. Damit wurde der Sparauftrag an die Landwirtschaft von 95 (2006) respektive 60 Millionen (2007) teilweise verletzt. Die Aufstockungen wurden im Bundesamt für Landwirtschaft hälftig kompensiert. Da ein Teil (7 Mio.) der im Voranschlag 2007 bewilligten Mittel durch den Bundesrat im Rahmen einer Kreditübertragung auf das Rechnungsjahr 2008 übertragen wurde, konnte auch der Sparauftrag an die Landwirtschaft im Jahr 2008 (60 Mio.) nicht vollständig umgesetzt werden.

Im *Personalbereich* schliesslich hat das Parlament im Rahmen des EP 04 eine Kürzung von 50 Millionen jährlich beschlossen, wobei mindestens ein Teil im normativen Bereich erfolgen sollte. Der Bundesrat hat in der Folge am 9. Dezember 2005 entschieden, diese Kürzungsvorgabe wie folgt umzusetzen:

- Kürzung der vorgesehenen März-Zulage 2006 in der Grössenordnung von 0,5 Prozent;
- lineare Kreditkürzung in der Grössenordnung von 0,5 Prozent;
- Kürzung der Globalkredite Berufsunfall, Berufsinvalidität und Garantiefrauen im Umfang von rund 10 Millionen.

Diese Kürzungen wurden im Zahlenwerk von Voranschlag 2006 und Finanzplan 2007-2009 vollumfänglich umgesetzt. Der gekürzte Sockel aus der März-Zulage 2006 blieb trotz den Lohnmassnahmen 2008 bestehen: Auch inklusive Lohnmassnahmen 2008 steigen die Löhne des Bundespersonals im Zeitraum 2004 - 2007 um kumuliert 4,5 Prozent, während die kumulierte Teuerung im gleichen Zeitraum 4,9 Prozent beträgt.

Insgesamt machen die aufgeführten Abweichungen weniger als 1 Prozent des 2008 anvisierten Entlastungsvolumens von 1,9 Milliarden aus. Somit wurden die vom Parlament für die Jahre 2006 bis 2008 beschlossenen Sparaufträge praktisch vollumfänglich umgesetzt und die Ziele des EP 04 erreicht. Mit vorliegendem Kapitel wird deshalb die Berichterstattung über die Umsetzung der Entlastungsprogramme abgeschlossen.



Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2007	
	2007	2008	2008	absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 387</b>	<b>2 360</b>	<b>2 340</b>	<b>-47</b>	<b>-2,0</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 635</b>	<b>1 544</b>	<b>1 489</b>	<b>-145</b>	<b>-8,9</b>
armasuisse Immobilien	1 329	1 226	1 176	-153	-11,5
Bundesamt für Bauten und Logistik BBL	306	318	313	8	2,5
<b>Informatik</b>	<b>454</b>	<b>456</b>	<b>495</b>	<b>41</b>	<b>9,1</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT	330	329	358	28	8,6
Übrige IKT-Leistungserbringer	124	127	137	13	10,5
<b>Gebäudebetrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>202</b>	<b>213</b>	<b>246</b>	<b>45</b>	<b>22,2</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>96</b>	<b>146</b>	<b>108</b>	<b>12</b>	<b>12,7</b>
Dienstleistungen	42	80	50	8	17,8
Verkäufe	54	66	59	5	8,7

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das NRM die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Art. 41 FHV sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungskatalog aufgelistet. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- **Wesentlichkeit der Leistungen:** Das Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer übersteigt 100 000 Franken.
- **Beeinflussbarkeit:** Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezügler (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu beeinflussen.
- **Kommerzieller Charakter der Leistung:** Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Das Verrechnungsvolumen beträgt für 2008 2,3 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,7 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Weitere rund 100 Millionen werden für Dienstleistungen und Güter verrechnet.

Insgesamt wurden 20 Millionen weniger in Rechnung gestellt als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr sind 47 Millionen weniger verrechnet worden. Bei der Unterbringung ist infolge der Bestandesreduktion im Zusammenhang mit der nachträglichen Nicht-Aktivierung von reinen Verteidigungsbauten sowie der Reduktion der Anzahl vermieteter Objekte im Bereich Immobilien der armasuisse ein markanter Rückgang gegenüber dem Voranschlag und dem Vorjahr zu verzeichnen. In der Informatik sind die Abweichungen zum Voranschlag hauptsächlich durch zusätzliche Verrechnungen für Projektleistungen begründet. Dies weil Projekte in der Budgetierung oftmals noch nicht mit den bundesinternen Leistungserbringern vereinbart werden, sondern erst bei Konkretisierung im Vollzug. Die höhere Verrechnung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die konsequentere Verrechnung der Ist-Mengen (Vorjahr teilweise

vereinfachte Verrechnung nach Plan) sowie höhere Projektleistungen durch das ISC EJPD und das BIT zurückzuführen. Im Bereich Gebäudebetrieb und Instandsetzung Liegenschaften entstanden die Abweichungen zum Voranschlag sowie zum Vorjahr bei der Verwaltungseinheit Verteidigung. Durch den Nachholbedarf von Betreiberleistungen, zusätzlicher Verrechnung von Infrastrukturkosten Kantinen und höheren Beschaffungskosten (Heizöl, Fremdleistungen) war das Verrechnungsvolumen im 2008 deutlich höher. Bei den übrigen verrechneten Leistungen ist die Abweichung gegenüber dem Voranschlag insbesondere durch tiefere Dienstleistungserträge bei der Verteidigung (Instandhaltung Systeme und Transporte), swisstopo (Dienstleistungen und Facharbeiten) sowie beim BBL (Auftragsproduktionen) entstanden. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist durch eine zusätzliche Verrechnung der ZAS (4 Mio. Verwaltungskosten EAK an EPA), Preissteigerungen beim Verkauf von Betriebsstoffen sowie diversen Mehrleistungen begründet.

Die operativen Schwierigkeiten aus der Anfangsphase wurden weitgehend behoben, so dass die Verrechnung im Jahr 2008 in einen Normalbetrieb überführt werden konnte. Grundsätzlich werden die tatsächlich beanspruchten Leistungen (Ist-Mengen) verrechnet. Lediglich in einzelnen Fällen erfolgt die Verrechnung noch nach Plan (Soll-Mengen). Die Abstimmung in der Leistungsverrechnung zwischen Gesamtertrag und -aufwand konnte ohne Konsolidierungsdifferenzen abgeschlossen werden.

Die Leistungsverrechnung hat sich inzwischen gut eingespielt. Es sind fachliche Grundlagen weiterentwickelt sowie Fragen der Steuerung und Anreizsystematik bearbeitet und in das Regelwerk überführt worden. Vereinzelt besteht in prozessualer und fachlicher Hinsicht noch Optimierungspotential, welches aktiv angegangen wird.

Im Hinblick auf den Voranschlag 2010 wurde der zentrale Leistungskatalog überarbeitet und minimal erweitert. Hervorzuheben sind die künftige Verrechnung der Dienstleistungszentren Finanzen und Personal, zusätzliche Dienstleistungen im Bereich Unterbringung sowie die Ausweitung der Verrechnung des BBL für die Miete der Zollbauten und der Auslandvertretungen des EDA. Daneben ergaben sich strukturelle Bereinigungen ohne Ausweitung des Verrechnungsvolumens.



### **Berichterstattung über das Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems**

Im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems ergibt sich für die Behörden in verschiedenen Bereichen eine Berichterstattungspflicht gegenüber den eidgenössischen Räten. Diesbezügliche Informationspflichten sind in der entsprechenden Botschaft vom 5. November 2008 (BBl 2008 8943) ausdrücklich festgehalten.

Die Bundesbeteiligung ist vertraglich an die Bedingung geknüpft, dass die UBS AG die Auflagen des Bundesrates im Bereich der Corporate Governance umsetzt. Überprüfungen werden durchgeführt, solange das Engagement des Bundes mehr als 3 % des Aktienkapitals der UBS beträgt. Insbesondere betrifft dies das Monitoring des Risikomanagements der UBS durch die SNB (Botschaft Ziff. 2.3.3), die Investorengespräche (Ziff. 2.3.4) und die Regulierung der Entschädigungssysteme (Ziff. 3.1). Der Bundesbeschluss über einen Kredit für die Rekapitalisierung der UBS AG bestimmt, dass der Bundesrat die Bundesversammlung darüber im Rahmen der Staatsrechnung informiert.

### **Monitoring des Risikomanagements der UBS durch die SNB**

Im Auftrag des EFD hat die SNB in den Monaten Februar und März 2009 eine On-site Inspektion bei der UBS durchgeführt. Die Schwerpunkte wurden in Konsultation mit dem EFD festgelegt. Ziel dieser Überprüfung ist die Beschaffung von Informationen bezüglich (i) der erwarteten Profitabilität der UBS und ihrer Hauptrisiken, (ii) der Strategie der UBS bei der Bewältigung der bestehenden Risikoexposures sowie (iii) der Qualität der strategischen Entscheidungsprozesse innerhalb der UBS, insbesondere innerhalb des Risikomanagements.

Zu diesem Zweck verfolgt die SNB die wichtigsten internen Prozesse der UBS in den Bereichen der Budgetplanung, der Risikomessung sowie der Strategieentwicklung (Risikoexposition und Geschäftsmodell). Dazu gehören insbesondere (i) die Durchsicht der verschiedenen Reports, welche den zentralen Organen dieser Prozesse – dem Risiko- und dem Strategiekomitee – vorgelegt und/oder von diesen Komitees verfasst werden, (ii) die Teilnahme als Beobachter an den wichtigsten Sitzungen, in welchen diese Reports vorbereitet respektive vordiskutiert werden sowie (iii) die Teilnahme an den Treffen des Risiko- und des Strategiekomitees.

Die Inspektion wird durch die SNB geleitet und von Februar bis März 2009 durchgeführt. Die FINMA (und frühere EBK) wurde vorgängig konsultiert, hat aber bei der Inspektion nicht mitgewirkt. Über die Resultate der Inspektion wird die SNB den Bund in geeigneter Weise informieren.

### **Berichterstattung über die Investorengespräche**

Gemäss vertraglicher Vereinbarung mit der UBS hat der Bund das Recht, an regulären Investorenpräsentationen und Investorengesprächen der UBS teilzunehmen. Die Eidgenössische Finanzverwaltung EFV ist für die Vorbereitung und Durch-

führung solcher Gespräche mit der UBS verantwortlich. Die EFV kann dazu nach Bedarf externe Beratung beiziehen.

Solche Investorengespräche richten sich grundsätzlich nach dem Publikationskalender der UBS. Im Anschluss an die Publikation von Quartals-, Halbjahres- und Jahresergebnissen sind Einzelgespräche mit der UBS Konzernspitze (Präsident des Verwaltungsrates, Group CEO, Group CFO, Group Chief Risk Officer, Group General Counsel oder je nach Bedarf andere Vertreter der UBS) vorgesehen. Dabei hat der Bund die Möglichkeit, gezielte Fragen zu stellen, wie beispielsweise zur Strategie, zum Geschäftsgang und zu den Ergebnissen. Die UBS nimmt unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes zu den angesprochenen Fragen und gewünschten Diskussionspunkten Stellung.

Im Zusammenhang mit der Publikation des Ergebnisses zum 4. Quartal 2008 der UBS fanden zwischen dem Bundespräsidenten, Vertretern der EFV und ausgewählten Mitgliedern der UBS Konzernspitze erstmals solche Investorengespräche im Februar 2009 statt.

### **Regulierung der Entschädigungssysteme**

In den letzten Monaten hat sich die FINMA auf mehreren Ebenen mit der Thematik der Vergütungs- oder Entschädigungssysteme in der Finanzbranche beschäftigt. Gemäss den Vereinbarungen zwischen der Eidgenossenschaft bzw. der Schweizerischen Nationalbank und der UBS oblag es der FINMA, die Bonuspools der UBS für das Jahr 2008, deren Zusammensetzung und Verteilung zu genehmigen. Die FINMA ist die einzige Aufsichtsbehörde weltweit, welche sich konkret mit den variablen Vergütungen einer Bank befasst hat.

Ab Oktober 2008 führte die FINMA in dieser Sache ein Konsultationsverfahren mit der UBS durch. Mit dem Verwaltungsrat, der Konzernleitung und auf operativer Ebene wurde das Thema intensiv diskutiert. Die UBS legte der FINMA die massgeblichen Aspekte zur Bestimmung der Höhe der variablen Vergütungen, deren Verteilung sowie Zusammensetzung offen. Ebenfalls erläuterte die Bank die dabei zur Anwendung kommenden Regeln und Prinzipien. Die FINMA stellte die Bedingungen für die nötige Genehmigung. Insbesondere wirkte sie auf eine massive Reduktion der Gesamthöhe der variablen Vergütungen und auf eine stringente Zuteilungspolitik hin. Die FINMA musste aufgrund des ihr übertragenen Mandats mit ihrem Entscheid zwangsläufig in die Geschäftspolitik der UBS eingreifen, obwohl die rechtliche Verantwortung für die Vergütungspolitik beim Verwaltungsrat verbleibt.

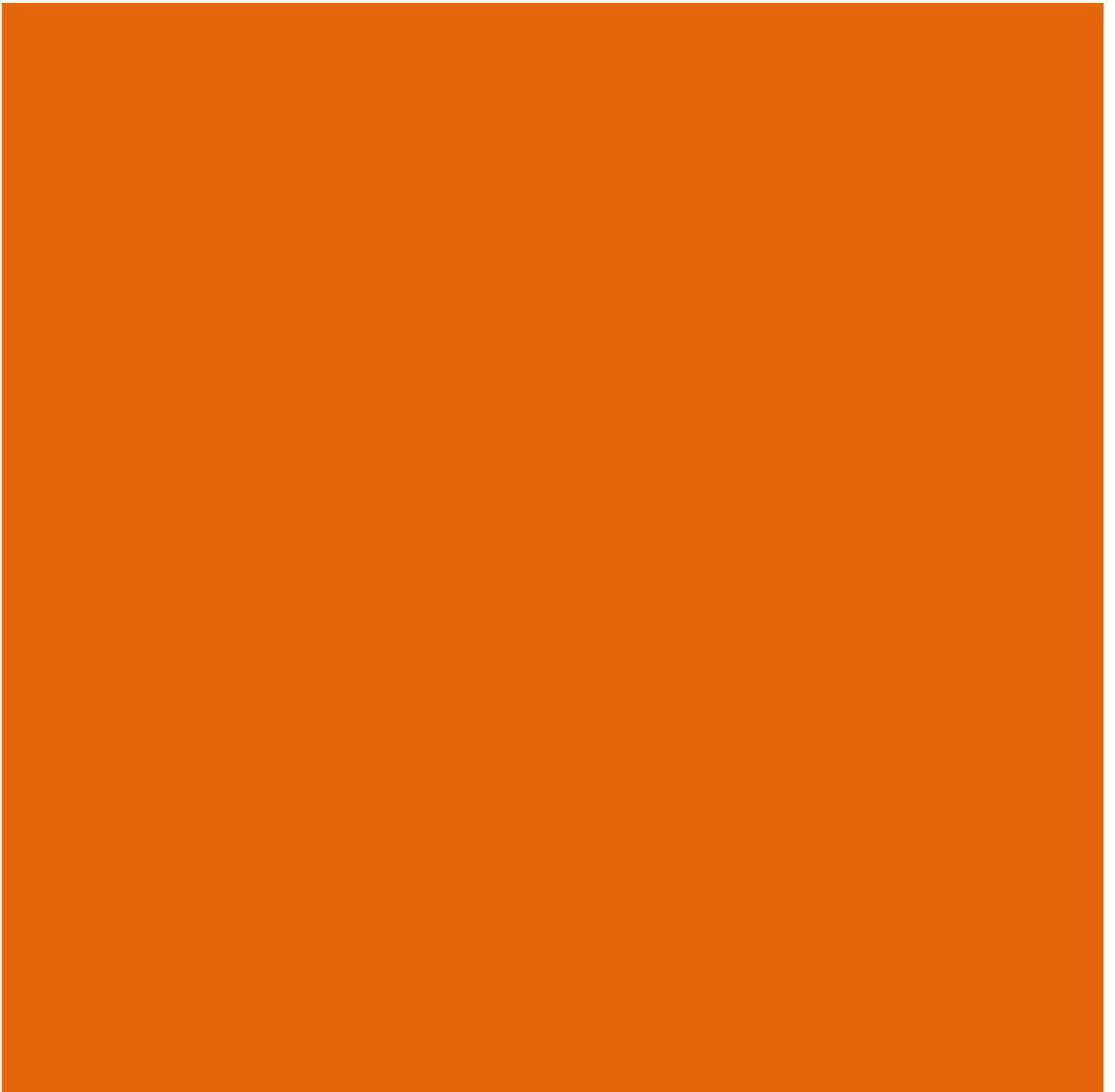
Mit Verfügung vom 3. Februar 2009 gestattete die FINMA der UBS, ihren Mitarbeitenden variable Vergütungen zuzuteilen. Die Eckpunkte dieser Genehmigung sowie die Erwägungen, welche dem Entscheid der FINMA zugrunde liegen, legte sie in einem am 10. Februar 2009 veröffentlichten Bericht dar. Die UBS muss der FINMA nach Verteilung der variablen Vergütungskomponenten für das Jahr 2008 Bericht erstatten. Die FINMA wird in den nächsten Wochen Aspekte der Umsetzung auf ihre Über-

einstimmung mit der erteilten Genehmigung sowie den Verteilungsprinzipien überprüfen.

Bereits im April 2008 begann die UBS, ihre Vergütungssysteme zu überarbeiten. Im Rahmen des Massnahmenpaketes hat sich die UBS verpflichtet, ihre Systeme an in Absprache mit der FINMA zu ermittelnden „Best Practices“ sowie an internationalen Standards, wie z.B. den im Financial Stability Forum in Ausarbeitung befindlichen Prinzipien, auszurichten. Am 17. November 2008 veröffentlichte die Bank einen ersten Bericht über die Grundzüge der Ausgestaltung der Systeme, welche ab 2009 für das obere Management der Bank zur Anwendung kommen werden und zudem als Leitlinie für die Vergütungsmodelle aller Mitarbeiter der UBS gelten sollen, unabhängig von Rang oder Funktion. Nach Auffassung der FINMA gehen die vorgeschlagenen Systeme in die richtige Richtung. Die UBS ist daran, die Vorschläge weiter zu konkretisieren. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen und eine Aussage über die Auswirkung der neuen Systeme gemacht werden kann, wird die FINMA ein abschliessen-

des Urteil bilden. Die FINMA rechnet damit, diesen Prozess im zweiten Halbjahr 2009 abschliessen zu können.

Parallel zu den vorgenannten Arbeiten entwirft die FINMA zur Zeit ein Rundschreiben, welches Mindeststandards für Vergütungssysteme in der gesamten Finanzbranche formuliert. Auch hier geht die Schweiz weiter als andere Staaten, in den zum heutigen Zeitpunkt der Erlass verbindlicher Regeln noch nicht entschieden ist. Die Mindeststandards der FINMA werden auf die Anreizwirkungen von Vergütungssystemen abstellen. Variable Vergütungen dürfen keine Anreize setzen, unangemessene Risiken finanzieller oder nicht-finanzieller Natur einzugehen. Zudem müssen Vergütungssysteme am langfristigen, nachhaltigen Unternehmenserfolg ausgerichtet sein. Die FINMA koordiniert ihre Arbeiten auf internationaler Ebene, so beispielsweise mit dem Financial Stability Forum sowie einigen massgeblichen Aufsichtsbehörden im Ausland. Der Beginn eines öffentlichen Anhörungsverfahrens zum Entwurf des Rundschreibens wird noch für die erste Jahreshälfte 2009 geplant.





**Inhaltsverzeichnis**

Seite

<b>A</b>	<b>Übersicht</b>	<b>57</b>
A01	Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	57
A02	Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	58
A03	Vorgaben der Schuldenbremse	59
<b>B</b>	<b>Finanzierungsrechnung</b>	<b>61</b>
<b>B1</b>	<b>Einnahmen nach Kontengruppen</b>	
B11	Einnahmen nach Kontengruppen	61
B12	Entwicklung der Einnahmen	62
B13	Struktur der Einnahmen	63
<b>B2</b>	<b>Ausgaben nach Kontengruppen</b>	
B21	Ausgaben nach Kontengruppen	64
B22	Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	66
B23	Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	68
<b>B3</b>	<b>Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	
B31	Ausgaben nach Aufgabengebieten	70
B32	Entwicklung der Aufgabengebiete	72
B33	Struktur der Aufgabengebiete	74
B34	Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2008/2007	76
<b>B4</b>	<b>Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds</b>	
B41	Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	78
B42	Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	79
B43	Spezialfinanzierung Strassenverkehr	80
<b>C</b>	<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>83</b>
C01	Ertrag nach Kontengruppen	83
C02	Aufwand nach Kontengruppen	84
C03	Entwicklung von Ertrag und Aufwand	86
C04	Struktur von Ertrag und Aufwand	87
C05	Ertrag und Aufwand nach Departement 2008/2007	88
<b>D</b>	<b>Bilanz</b>	<b>91</b>
D01	Bilanz im Detail	91
D02	Darlehen nach Verwaltungseinheiten	94
D03	Namhafte Beteiligungen	96
D04	Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	97
D05	Kurz- und langfristige Schulden	100

	Seite
<b>E Bundestresorerie</b>	<b>101</b>
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	101
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	102
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	103
E04 Nettozinslast	104
E05 Derivative Finanzinstrumente	104
<b>F Personal</b>	<b>105</b>
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	105
F02 Personalaufwand im Detail	106
F03 Höchstbezüge ab Juli 2008 nach Lohnklassen	107

**A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)**

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag	Brutto- schulden
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	45 302	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917	109 620
1997	-5 270	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492	38 509

Hinweis: Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung.

## A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>12 628</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>19 299</b>
2008	Einführung CO <sub>2</sub> -Abgabe	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038	–	–
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

## A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse\*

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>		<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

\* Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut %	
1 Gesamteinnahmen	48 629	59 670	58 115	58 846	58 206	64 177	5 331	9,1
2 Ausserordentliche Einnahmen	–	8 388	3 203	754	230	283		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	48 629	51 282	54 911	58 092	57 976	63 894	5 802	10,0
4 Konjunkturfaktor	1,009	0,998	0,986	0,974	0,987	0,983		
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>49 066</b>	<b>51 179</b>	<b>54 143</b>	<b>56 582</b>	<b>57 223</b>	<b>62 808</b>	<b>6 226</b>	<b>11,0</b>
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-438	103	769	1 510	754	1 086		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	1 121	–	–	7 038	5 247	11 141		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	3 000	2 000	1 000	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG)	–	–	–	–	–	–		
<b>10 Höchstzulässige Ausgaben</b> [10=5+7+8-9]	<b>53 187</b>	<b>53 179</b>	<b>55 143</b>	<b>63 619</b>	<b>62 470</b>	<b>73 949</b>	<b>10 330</b>	<b>16,2</b>
11 Gesamtausgaben gemäss R / VA	51 405	51 403	52 377	61 003	62 101	67 739	6 736	11,0
<b>12 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [12=10-11]	<b>1 782</b>	<b>1 776</b>	<b>2 766</b>	<b>2 616</b>	<b>369</b>	<b>6 210</b>		

### A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut %	
13 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	–	1 782	3 558	–	2 616		
14 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG) [=9]	–	–	–	–	–		
15 Differenz (Art. 16 FHG) [=12]	1 782	1 776	2 766	2 616	6 210		
<b>16 Zwischentotal</b> [16=13-14+15]	<b>1 782</b>	<b>3 558</b>	<b>6 324</b>	<b>2 616</b>	<b>8 827</b>	<b>6 210</b>	<b>237,4</b>
17 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 Ziff. 1 Abs. 3 FHG)			-6 324				
<b>18 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [18=16+17]	<b>1 782</b>	<b>3 558</b>	<b>–</b>	<b>2 616</b>	<b>8 827</b>	<b>6 210</b>	<b>237,4</b>



## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
							absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>48 629</b>	<b>51 282</b>	<b>54 911</b>	<b>58 092</b>	<b>57 976</b>	<b>63 894</b>	<b>5 802</b>	<b>10,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>44 860</b>	<b>47 520</b>	<b>50 873</b>	<b>53 336</b>	<b>53 455</b>	<b>58 752</b>	<b>5 416</b>	<b>10,2</b>
Direkte Bundessteuer	11 822	12 213	14 230	15 389	16 359	17 513	2 124	13,8
Verrechnungssteuer	2 628	4 000	3 947	4 230	3 026	6 460	2 230	52,7
Stempelabgaben	2 755	2 703	2 889	2 990	2 925	2 975	-15	-0,5
Mehrwertsteuer	17 666	18 119	19 018	19 684	20 470	20 512	828	4,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 074	7 132	7 259	7 380	7 116	7 517	138	1,9
Mineralölsteuer	4 929	4 979	4 994	5 086	4 955	5 222	136	2,7
Tabaksteuer	2 040	2 051	2 161	2 186	2 056	2 186	-1	-0,0
Biersteuer	105	102	104	107	105	110	3	2,7
Verkehrsabgaben	1 411	1 848	1 938	2 016	1 996	2 137	121	6,0
Automobilsteuer	312	310	320	358	340	363	5	1,4
Nationalstrassenabgabe	300	306	313	322	306	333	11	3,4
Schwerverkehrsabgabe	694	1 231	1 306	1 336	1 350	1 441	105	7,8
Kombinierter Verkehr	106	1	-	-	-	-	-	-
Zölle	1 054	974	1 027	1 040	980	1 017	-23	-2,2
Spielbankenabgabe	291	357	406	449	432	455	6	1,4
Lenkungsabgaben	156	170	148	156	151	163	7	4,7
Lenkungsabgabe VOC	124	143	127	127	125	135	8	6,5
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	1	1	0	-	0	-0	-42,9
Altlastenabgabe	32	26	21	28	26	28	-1	-2,3
Übrige Fiskaleinnahmen	4	4	9	3	0	3	-0	-6,8
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 237</b>	<b>1 307</b>	<b>1 265</b>	<b>1 345</b>	<b>1 258</b>	<b>1 331</b>	<b>-14</b>	<b>-1,0</b>
Anteil Reingewinn	223	223	221	223	221	235	12	5,5
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	933	967	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	-	-	-	45	28	42	-4	-8,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	53	82	158	193	154	196	2	1,1
Übrige Regalien und Konzessionen	28	35	53	50	22	25	-25	-49,2
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>839</b>	<b>911</b>	<b>1 089</b>	<b>1 280</b>	<b>1 383</b>	<b>1 719</b>	<b>439</b>	<b>34,3</b>
Zinseinnahmen	292	335	478	664	659	715	51	7,7
Finanzanlagen	76	119	222	329	200	298	-31	-9,3
Darlehen	201	200	88	146	184	180	34	23,6
Vorschuss FEG	-	-	147	181	268	226	45	24,6
Übrige Zinseinnahmen	14	16	21	9	7	11	2	27,7
Kursgewinne	-	-	-	92	-	91	-1	-1,0
Beteiligungseinnahmen	547	576	611	509	707	905	396	77,9
Übrige Finanzeinnahmen	0	0	0	15	17	8	-7	-47,4
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 269</b>	<b>1 224</b>	<b>1 390</b>	<b>1 766</b>	<b>1 673</b>	<b>1 840</b>	<b>74</b>	<b>4,2</b>
Entgelte	1 205	1 162	1 323	1 391	1 239	1 441	51	3,6
Wehrpflichtersatzabgabe	214	129	142	138	129	140	2	1,8
Gebühren für Amtshandlungen	266	263	280	293	278	305	12	3,9
Verkäufe	118	159	173	201	155	183	-18	-9,2
Rückerstattungen	238	191	256	113	82	186	72	63,8
EU Zinsbesteuerung	-	-	36	121	122	147	26	21,8
Übrige Entgelte	368	421	437	524	472	480	-44	-8,3
Verschiedene Einnahmen	64	62	67	375	434	399	23	6,2
Einnahmen aus Liegenschaften	53	50	53	320	409	354	35	10,8
Übrige	12	12	14	56	24	45	-11	-20,3
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>423</b>	<b>320</b>	<b>295</b>	<b>365</b>	<b>207</b>	<b>252</b>	<b>-113</b>	<b>-31,0</b>
Veräusserung von Sachanlagen	60	40	48	74	42	46	-29	-38,6
Rückzahlung von Darlehen	362	279	246	289	165	202	-88	-30,3
Übrige Investitionseinnahmen	1	0	1	1	-	4	3	286,4

## B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>		<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>10,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>		<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>10,2</b>
Direkte Bundessteuer		4,7	6,3	4,2	5,5	13,8
Verrechnungssteuer		-16,0	-5,1	-0,3	26,7	52,7
Stempelabgaben		-3,1	16,4	-4,3	3,3	-0,5
Mehrwertsteuer		5,6	4,9	3,3	3,5	4,2
Übrige Verbrauchssteuern		7,6	3,9	0,4	2,3	1,9
Mineralölsteuer		7,5	3,1	0,2	1,0	2,7
Tabaksteuer		8,1	6,4	0,8	5,6	0,0
Biersteuer		8,8	1,1	0,2	0,4	2,7
Verkehrsabgaben		6,7	15,7	15,6	9,6	6,0
Automobilsteuer		-	-	-0,8	4,0	1,4
Nationalstrassenabgabe		6,7	2,6	1,2	1,9	3,4
Schwerverkehrsabgabe		6,8	0,3	40,2	17,5	7,8
Kombinierter Verkehr		-	-	-	-100,0	-
Zölle		-0,5	-3,3	0,0	-0,2	-2,2
Spielbankenabgabe		-14,5	-12,3	300,1	24,1	1,4
Lenkungsabgaben		-	-	738,6	4,2	4,7
Lenkungsabgabe VOC		-	-	-	5,0	6,5
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl		-	-	39,0	41,8	-42,9
Altlastenabgabe		-	-	-	1,1	-2,3
CO2-Abgabe		-	-	-	-	-
Übrige Fiskaleinnahmen		-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-6,8
<b>Regalien und Konzessionen</b>		<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>-1,0</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung		-5,1	-0,8	3,2	7,1	5,5
Gewinnablieferung SNB		-	25,7	13,6	-	-
Zunahme des Münzumschs		-	-	-	-	-8,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen		-	-	-	75,0	1,1
Übrige Regalien und Konzessionen		-26,5	-27,4	10,3	13,8	-49,2
<b>Finanzeinnahmen</b>		<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>34,3</b>
Zinseinnahmen		18,1	-17,1	-16,6	19,2	7,7
Finanzanlagen		17,0	-8,9	-28,6	30,9	-9,3
Darlehen		19,6	-26,5	-2,7	-7,6	23,6
Vorschuss FEG		-	-	-	-	24,6
Übrige Zinseinnahmen		12,2	-14,1	-10,4	-16,2	27,7
Kursgewinne		-	-	-	-	-1,0
Beteiligungseinnahmen		366,0	15,3	-1,2	0,1	77,9
Übrige Finanzeinnahmen		-	-	-22,4	101,2	-47,4
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>		<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>4,2</b>
Entgelte		4,8	-1,7	-0,5	6,4	3,6
Wehrpflichtersatzabgabe		2,8	-1,2	3,3	-7,9	1,8
Gebühren für Amtshandlungen		2,0	5,8	-1,9	3,6	3,9
Verkäufe		0,3	-6,6	8,7	15,8	-9,2
Rückerstattungen		4,2	-0,6	-8,1	-10,0	63,8
EU Zinsbesteuerung		-	-	-	-	21,8
Übrige Entgelte		9,2	-5,9	0,8	10,2	-8,3
Verschiedene Einnahmen		-11,8	-53,6	2,9	54,9	6,2
Einnahmen aus Liegenschaften		4,9	2,3	2,8	55,4	10,8
Übrige		-12,2	-70,5	3,2	52,2	-20,3
<b>Investitionseinnahmen</b>		<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>-31,0</b>
Veräusserung von Sachanlagen		33,0	4,7	-14,6	26,1	-38,6
Rückzahlung von Darlehen		66,2	17,2	-5,5	-20,2	-30,3
Übrige Investitionseinnahmen		-2,2	8,9	-9,6	26,7	286,4

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

### B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>87,6</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,0</b>
Direkte Bundessteuer	20,5	23,7	23,5	24,0	25,2	27,4
Verrechnungssteuer	12,3	8,1	7,7	5,8	7,0	10,1
Stempelabgaben	6,1	5,6	6,4	6,7	5,3	4,7
Mehrwertsteuer	30,0	29,0	32,0	34,8	35,0	32,1
Übrige Verbrauchssteuern	12,6	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8
Mineralölsteuer	9,5	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2
Tabaksteuer	3,0	3,3	3,6	3,5	4,0	3,4
Biersteuer	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,0	1,6	2,7	3,4	3,3
Automobilsteuer	–	–	0,5	0,7	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	0,4	1,3	2,1	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	–	0,1	0,0	–
Zölle	3,7	3,4	2,4	2,1	1,9	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,0	0,2	0,7	0,7
Lenkungsabgaben	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Lenkungsabgabe VOC	–	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Altlastenabgabe	–	–	–	0,0	0,1	0,0
Übrige Fiskaleinnahmen	1,4	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,1</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	–	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	–	0,0	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>2,3</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,7</b>
Zinseinnahmen	2,1	3,3	2,5	1,2	0,8	1,1
Finanzanlagen	1,0	1,4	1,2	0,5	0,4	0,5
Darlehen	1,0	1,8	1,2	0,6	0,3	0,3
Vorschuss FEG	–	–	–	–	0,2	0,4
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Kursgewinne	–	–	–	–	0,0	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,2	0,3	0,7	1,1	1,1	1,4
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>8,8</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,9</b>
Entgelte	2,9	3,2	2,4	2,1	2,4	2,3
Wehrpflichtersatzabgabe	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren für Amtshandlungen	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Verkäufe	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Rückerstattungen	0,6	0,7	0,7	0,4	0,4	0,3
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	–	0,1	0,2
Übrige Entgelte	0,9	1,1	0,6	0,6	0,8	0,8
Verschiedene Einnahmen	6,0	4,7	0,8	0,1	0,3	0,6
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige	5,9	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,2	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>50 285</b>	<b>51 403</b>	<b>52 377</b>	<b>53 965</b>	<b>56 854</b>	<b>56 598</b>	<b>2 632</b>	<b>4,9</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>8 478</b>	<b>8 282</b>	<b>8 187</b>	<b>8 471</b>	<b>9 345</b>	<b>9 107</b>	<b>636</b>	<b>7,5</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 469</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 462</b>	<b>4 616</b>	<b>4 555</b>	<b>93</b>	<b>2,1</b>
Personalbezüge	3 680	3 657	3 629	3 667	3 767	3 761	94	2,6
Arbeitgeberbeiträge	550	497	492	590	619	612	22	3,8
Arbeitgeberleistungen	177	163	160	150	149	107	-43	-28,8
Übrige Personalausgaben	61	59	44	55	83	76	20	36,6
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>2 664</b>	<b>2 638</b>	<b>2 683</b>	<b>2 841</b>	<b>3 472</b>	<b>3 323</b>	<b>482</b>	<b>17,0</b>
Material- und Warenausgaben	15	10	11	46	49	46	1	1,2
Betriebsausgaben	2 649	2 628	2 672	2 795	3 117	2 968	173	6,2
Liegenschaften	436	441	423	230	249	249	19	8,4
Mieten und Pachten	144	144	142	133	152	152	19	14,3
Informatik	151	133	151	295	484	434	140	47,4
Beratungsausgaben	376	327	340	468	272	262	-206	-44,0
Betriebsausgaben der Armee	749	784	784	710	749	796	86	12,2
Verluste auf Forderungen	–	–	–	224	255	208	-16	-7,1
Übrige Betriebsausgaben	793	799	833	735	956	866	130	17,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	305	309	309	–
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>1 346</b>	<b>1 269</b>	<b>1 178</b>	<b>1 168</b>	<b>1 257</b>	<b>1 228</b>	<b>61</b>	<b>5,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	137	131	143	145	150	147	2	1,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	291	285	295	289	315	290	1	0,4
Rüstungsmaterial	919	853	740	734	792	792	58	7,9
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>32 195</b>	<b>32 822</b>	<b>33 661</b>	<b>35 228</b>	<b>36 841</b>	<b>37 146</b>	<b>1 918</b>	<b>5,4</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>6 536</b>	<b>7 226</b>	<b>8 098</b>	<b>8 624</b>	<b>6 669</b>	<b>7 414</b>	<b>-1 210</b>	<b>-14,0</b>
Kantonsanteile	4 521	4 954	5 607	5 999	3 927	4 665	-1 334	-22,2
Anteile der Sozialversicherungen	1 924	2 163	2 363	2 478	2 609	2 619	141	5,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	91	109	127	147	132	130	-17	-11,6
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>381</b>	<b>1 084</b>	<b>986</b>	<b>969</b>	<b>909</b>	<b>773</b>	<b>-196</b>	<b>-20,3</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 199</b>	<b>2 072</b>	<b>2 075</b>	<b>2 527</b>	<b>2 666</b>	<b>2 573</b>	<b>46</b>	<b>1,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>10 570</b>	<b>9 662</b>	<b>9 719</b>	<b>9 697</b>	<b>12 866</b>	<b>12 646</b>	<b>2 949</b>	<b>30,4</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	2 724	2 725	2 725	–
Internationale Organisationen	695	1 200	1 178	1 298	1 505	1 465	167	12,9
Übrige Beiträge an Dritte	9 876	8 462	8 541	8 399	8 637	8 456	57	0,7
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 509</b>	<b>12 778</b>	<b>12 783</b>	<b>13 411</b>	<b>13 731</b>	<b>13 740</b>	<b>329</b>	<b>2,5</b>
AHV / IV / ALV	9 548	9 712	9 703	10 181	10 579	10 550	369	3,6
Übrige Sozialversicherungen	2 961	3 065	3 080	3 230	3 152	3 190	-40	-1,2
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 388</b>	<b>3 711</b>	<b>4 105</b>	<b>4 003</b>	<b>3 971</b>	<b>3 791</b>	<b>-212</b>	<b>-5,3</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>3 167</b>	<b>3 577</b>	<b>3 993</b>	<b>3 849</b>	<b>3 836</b>	<b>3 660</b>	<b>-189</b>	<b>-4,9</b>
Anleihen	2 408	2 945	3 339	3 310	3 267	3 270	-40	-1,2
Geldmarktbuchforderungen	45	110	196	221	366	141	-80	-36,3
Übrige Zinsausgaben	714	522	458	318	203	250	-68	-21,5
<b>Kursverluste</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>54</b>	<b>–</b>	<b>77</b>	<b>23</b>	<b>42,4</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>216</b>	<b>134</b>	<b>112</b>	<b>89</b>	<b>135</b>	<b>52</b>	<b>-37</b>	<b>-41,3</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>5</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>10</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>-9</b>	<b>-92,0</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 223</b>	<b>6 589</b>	<b>6 424</b>	<b>6 264</b>	<b>6 698</b>	<b>6 554</b>	<b>290</b>	<b>4,6</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>611</b>	<b>585</b>	<b>591</b>	<b>874</b>	<b>2 514</b>	<b>2 265</b>	<b>1 390</b>	<b>159,0</b>
Liegenschaften	239	247	243	603	620	588	-16	-2,6
Mobilien und Vorräte	373	338	347	271	364	341	70	25,9
Nationalstrassen	–	–	–	–	1 529	1 336	1 336	0,0
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>13</b>	<b>11</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>51</b>	<b>31</b>	<b>19</b>	<b>146,5</b>
<b>Darlehen</b>	<b>314</b>	<b>504</b>	<b>489</b>	<b>376</b>	<b>395</b>	<b>366</b>	<b>-10</b>	<b>-2,7</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>59</b>	<b>53</b>	<b>39</b>	<b>35</b>	<b>27</b>	<b>31</b>	<b>-4</b>	<b>-11,0</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>5 226</b>	<b>5 436</b>	<b>5 292</b>	<b>4 966</b>	<b>3 710</b>	<b>3 861</b>	<b>-1 105</b>	<b>-22,3</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	1 438	1 591	1 591	0,0
Übrige Investitionsbeiträge	5 226	5 436	5 292	4 966	2 272	2 270	-2 696	-54,3

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>		<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>4,9</b>
<b>Eigenausgaben</b>		<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>7,5</b>
<b>Personalausgaben</b>		<b>2,4</b>	<b>0,0</b>	<b>-2,1</b>	<b>0,0</b>	<b>2,1</b>
Personalbezüge		3,3	0,1	-2,0	0,2	2,6
Arbeitgeberbeiträge		0,8	-2,4	-0,8	2,1	3,8
Arbeitgeberleistungen		-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-28,8
Übrige Personalausgaben		0,1	5,0	15,1	-3,5	36,6
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>		<b>-0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-2,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>17,0</b>
Material- und Warenausgaben		-	-	78,3	38,5	1,2
Betriebsausgaben		-0,3	0,5	-2,2	-0,5	6,2
Liegenschaften		-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	8,4
Mieten und Pachten		7,5	2,2	-0,6	-0,2	14,3
Informatik		8,7	0,0	-4,1	13,2	47,4
Beratungsausgaben		5,5	34,0	11,0	4,0	-44,0
Betriebsausgaben der Armee		-7,8	5,9	-0,9	-3,3	12,2
Verluste auf Forderungen		-	-	-	-	-7,1
Übrige Betriebsausgaben		3,6	-5,4	-4,5	-4,3	17,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen		-	-	-	-	-
<b>Rüstungsausgaben</b>		<b>-0,8</b>	<b>-9,4</b>	<b>-5,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>5,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.		-10,0	-5,9	13,3	-0,6	1,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf		-5,2	-9,1	0,6	0,1	0,4
Rüstungsmaterial		1,2	-9,7	-9,4	-2,4	7,9
<b>Laufende Transferausgaben</b>		<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>5,4</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>		<b>2,8</b>	<b>12,9</b>	<b>6,4</b>	<b>7,5</b>	<b>-14,0</b>
Kantonsanteile		2,8	5,1	4,8	7,1	-22,2
Anteile der Sozialversicherungen		-	-	10,5	7,4	5,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben		-	-	-	50,7	-11,6
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>		<b>-12,0</b>	<b>11,2</b>	<b>1,6</b>	<b>21,8</b>	<b>-20,3</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>		<b>5,0</b>	<b>-29,3</b>	<b>33,1</b>	<b>5,0</b>	<b>1,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>		<b>4,5</b>	<b>8,2</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,8</b>	<b>30,4</b>
Finanzausgleich		-	-	-	-	-
Internationale Organisationen		5,0	7,4	7,3	18,6	12,9
Übrige Beiträge an Dritte		4,5	8,2	-1,1	-3,7	0,7
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>		<b>6,0</b>	<b>3,0</b>	<b>4,2</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>
AHV / IV / ALV		6,3	4,8	4,3	2,5	3,6
Übrige Sozialversicherungen		5,5	-1,8	4,0	3,3	-1,2
<b>Finanzausgaben</b>		<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-5,3</b>
<b>Zinsausgaben</b>		<b>10,7</b>	<b>3,9</b>	<b>-2,1</b>	<b>4,0</b>	<b>-4,9</b>
Anleihen		24,9	8,0	2,5	9,6	-1,2
Geldmarktbuchforderungen		34,4	-17,2	-41,4	77,8	-36,3
Übrige Zinsausgaben		-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-21,5
<b>Kursverluste</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>42,4</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>		<b>49,7</b>	<b>17,6</b>	<b>26,5</b>	<b>-25,7</b>	<b>-41,3</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-92,0</b>

### Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Mittlere jährliche Zuwachsrate in %						
<b>Investitionsausgaben</b>		<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,6</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>		<b>2,2</b>	<b>1,9</b>	<b>-8,6</b>	<b>10,4</b>	<b>159,0</b>
Liegenschaften		5,3	7,0	-19,3	28,2	-2,6
Möbilien und Vorräte		-0,7	-4,5	3,6	-7,2	25,9
Nationalstrassen		–	–	–	–	–
<b>Immaterielle Anlagen</b>		–	–	–	<b>3,0</b>	<b>146,5</b>
<b>Darlehen</b>		<b>-12,3</b>	<b>-13,2</b>	<b>3,7</b>	<b>13,7</b>	<b>-2,7</b>
<b>Beteiligungen</b>		<b>-33,3</b>	<b>43,3</b>	<b>102,2</b>	<b>-14,5</b>	<b>-11,0</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>		<b>0,1</b>	<b>6,8</b>	<b>7,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>-22,3</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte		–	–	–	–	–
Übrige Investitionsbeiträge		0,1	6,8	7,7	-2,2	-54,3

### Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>28,7</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,1</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>12,6</b>	<b>12,1</b>	<b>10,9</b>	<b>8,9</b>	<b>8,5</b>	<b>8,0</b>
Personalbezüge	9,8	9,7	8,8	7,0	7,0	6,6
Arbeitgeberbeiträge	1,8	1,7	1,4	1,2	1,0	1,1
Arbeitgeberleistungen	1,0	0,6	0,7	0,7	0,3	0,2
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>8,9</b>	<b>7,8</b>	<b>7,0</b>	<b>5,9</b>	<b>5,2</b>	<b>5,9</b>
Material- und Warenausgaben	–	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	8,9	7,8	7,0	5,9	5,2	5,2
Liegenschaften	2,0	1,6	1,5	1,0	0,7	0,4
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8
Beratungsausgaben	0,2	0,2	0,4	0,7	0,7	0,5
Betriebsausgaben der Armee	2,7	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	0,1	0,4
Übrige Betriebsausgaben	3,3	3,1	2,6	1,8	1,5	1,5
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–	0,5
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>5,5</b>	<b>4,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,5	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	5,2	4,1	3,1	1,9	1,6	1,4
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>53,7</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>65,6</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>8,9</b>	<b>12,9</b>	<b>14,7</b>	<b>13,1</b>
Kantonsanteile	8,2	7,9	8,2	9,0	10,1	8,2
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	0,7	3,8	4,3	4,6
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	0,1	0,2	0,2
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>6,1</b>	<b>6,3</b>	<b>3,7</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>	<b>4,5</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>18,1</b>	<b>18,7</b>	<b>21,7</b>	<b>20,7</b>	<b>19,1</b>	<b>22,3</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	4,8
Internationale Organisationen	0,9	0,9	1,0	1,2	2,1	2,6
Übrige Beiträge an Dritte	17,2	17,8	20,7	19,6	17,0	14,9
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>20,1</b>	<b>20,8</b>	<b>22,4</b>	<b>23,1</b>	<b>24,7</b>	<b>24,3</b>
AHV / IV / ALV	14,6	15,1	17,1	17,5	18,8	18,6
Übrige Sozialversicherungen	5,5	5,7	5,4	5,5	5,9	5,6
<b>Finanzausgaben</b>	<b>5,8</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>6,7</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>5,8</b>	<b>7,0</b>	<b>7,3</b>	<b>7,1</b>	<b>7,0</b>	<b>6,5</b>
Anleihen	1,8	2,8	4,1	4,8	5,8	5,8
Geldmarktbuchforderungen	0,3	1,1	0,5	0,4	0,3	0,2
Übrige Zinsausgaben	3,7	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4
<b>Kursverluste</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

### Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

### B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung % Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>11,8</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>11,6</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,3</b>	<b>4,0</b>
Liegenschaften	0,9	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0
Mobilien und Vorräte	1,1	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassen	–	–	–	–	–	2,4
<b>Immaterielle Anlagen</b>	–	–	–	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Darlehen</b>	<b>1,5</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>0,6</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>	<b>7,9</b>	<b>10,7</b>	<b>10,1</b>	<b>6,8</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–	2,8
Übrige Investitionsbeiträge	8,4	7,6	7,9	10,7	10,1	4,0

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

### B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007		
							absolut	%	korrigiert*%
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>50 285</b>	<b>51 403</b>	<b>52 377</b>	<b>53 965</b>	<b>56 854</b>	<b>56 598</b>	<b>2 632</b>	<b>4,9</b>	<b>4,4</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 234</b>	<b>2 139</b>	<b>2 150</b>	<b>2 162</b>	<b>2 396</b>	<b>2 273</b>	<b>111</b>	<b>5,1</b>	<b>5,1</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 234	2 139	2 150	2 162	2 396	2 273	111	5,1	5,1
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>780</b>	<b>757</b>	<b>771</b>	<b>813</b>	<b>894</b>	<b>836</b>	<b>24</b>	<b>2,9</b>	<b>5,4</b>
Allgemeines Rechtswesen	101	91	84	78	77	77	-1	-1,6	25,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	286	280	293	311	347	324	12	4,0	3,7
Grenzkontrollen	284	274	273	282	307	291	9	3,3	3,3
Gerichte	109	112	121	141	163	145	3	2,2	2,2
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 285</b>	<b>2 278</b>	<b>2 269</b>	<b>2 274</b>	<b>2 486</b>	<b>2 394</b>	<b>121</b>	<b>5,3</b>	<b>5,3</b>
Politische Beziehungen	591	588	579	613	656	645	32	5,3	5,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 490	1 499	1 563	1 559	1 641	1 642	83	5,3	5,3
Wirtschaftliche Beziehungen	81	74	70	71	82	86	15	20,4	20,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	122	117	57	30	106	21	-9	-30,3	-30,3
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 461</b>	<b>4 437</b>	<b>4 272</b>	<b>4 327</b>	<b>4 550</b>	<b>4 537</b>	<b>210</b>	<b>4,9</b>	<b>4,8</b>
Militärische Landesverteidigung	4 357	4 339	4 174	4 231	4 453	4 439	208	4,9	4,9
Nationale Sicherheitskooperation	104	98	98	95	97	97	2	1,9	2,1
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4 539</b>	<b>4 586</b>	<b>4 714</b>	<b>4 978</b>	<b>5 542</b>	<b>5 339</b>	<b>361</b>	<b>7,3</b>	<b>5,9</b>
Berufsbildung	481	497	522	518	591	573	55	10,6	7,8
Hochschulen	1 507	1 428	1 470	1 564	1 719	1 655	91	5,8	6,8
Grundlagenforschung	1 637	1 638	1 697	1 834	2 099	2 038	203	11,1	5,6
Angewandte Forschung	846	950	961	1 002	1 102	1 043	41	4,1	4,1
Übriges Bildungswesen	69	71	64	60	31	30	-29	-49,2	7,8
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>450</b>	<b>442</b>	<b>437</b>	<b>460</b>	<b>423</b>	<b>429</b>	<b>-31</b>	<b>-6,7</b>	<b>-5,6</b>
Kulturerhaltung	87	84	85	94	77	85	-9	-9,8	-4,3
Kulturförderung und Medienpolitik	236	232	227	225	172	168	-57	-25,2	-25,2
Sport	127	126	125	140	174	176	35	25,2	-25,2
<b>Gesundheit</b>	<b>192</b>	<b>200</b>	<b>194</b>	<b>264</b>	<b>225</b>	<b>220</b>	<b>-45</b>	<b>-16,9</b>	<b>-16,9</b>
Gesundheit	192	200	194	264	225	220	-45	-16,9	-16,9
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>15 781</b>	<b>16 137</b>	<b>16 246</b>	<b>16 933</b>	<b>17 605</b>	<b>17 434</b>	<b>501</b>	<b>3,0</b>	<b>2,7</b>
Altersversicherung	7 037	7 286	7 534	7 984	9 327	9 322	1 338	16,8	3,6
Invalidenversicherung	4 210	4 379	4 372	4 492	3 685	3 655	-837	-18,6	1,0
Krankenversicherung	2 046	2 121	2 143	2 263	1 837	1 806	-457	-20,2	2,7
Ergänzungsleistungen	643	675	678	711	1 059	1 127	416	58,5	3,1
Militärversicherung	239	241	234	232	252	252	21	9,0	9,0
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	364	356	302	302	313	314	11	3,8	3,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	244	172	126	110	129	99	-11	-10,0	-5,4
Migration	971	871	816	791	951	812	21	2,6	2,6
Soziale Hilfe und Fürsorge	28	36	42	48	52	47	-1	-1,4	-1,4
<b>Verkehr</b>	<b>7 231</b>	<b>7 591</b>	<b>7 409</b>	<b>7 349</b>	<b>7 603</b>	<b>7 538</b>	<b>190</b>	<b>2,6</b>	<b>6,4</b>
Strassenverkehr	2 853	2 770	2 668	2 751	2 617	2 458	-293	-10,6	-12,1
Öffentlicher Verkehr	4 279	4 706	4 641	4 507	4 881	4 989	482	10,7	17,7
Luftfahrt	99	114	99	90	105	91	1	0,8	0,8

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Die letzte Spalte gibt die Wachstumsrate um NFA korrigiert wieder.

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut % korr.*%		
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>589</b>	<b>554</b>	<b>624</b>	<b>655</b>	<b>623</b>	<b>651</b>	<b>-4</b>	<b>-0,5</b>	<b>5,1</b>
Umweltschutz	357	326	317	320	348	330	10	3,3	4,0
Schutz vor Naturgefahren	131	127	214	215	171	212	-4	-1,6	12,2
Naturschutz	87	88	82	107	91	96	-11	-10,2	-6,2
Raumordnung	14	13	12	12	13	13	1	4,2	4,2
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 750</b>	<b>3 608</b>	<b>3 645</b>	<b>3 601</b>	<b>3 566</b>	<b>3 551</b>	<b>-50</b>	<b>-1,4</b>	<b>1,2</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 750	3 608	3 645	3 601	3 566	3 551	-50	-1,4	1,2
<b>Wirtschaft</b>	<b>500</b>	<b>432</b>	<b>383</b>	<b>398</b>	<b>426</b>	<b>405</b>	<b>7</b>	<b>1,9</b>	<b>2,5</b>
Wirtschaftsordnung	125	128	132	148	172	160	12	7,9	7,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	174	122	121	129	136	131	2	1,5	1,5
Energie	86	80	83	81	91	90	9	11,2	11,2
Forstwirtschaft	115	101	46	41	28	25	-15	-37,7	-31,1
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>7 493</b>	<b>8 242</b>	<b>9 262</b>	<b>9 753</b>	<b>10 515</b>	<b>10 991</b>	<b>1 238</b>	<b>12,7</b>	<b>6,7</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 105	4 532	5 157	5 750	3 820	4 484	-1 266	-22,0	15,2
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 388	3 711	4 105	4 003	3 971	3 782	-221	-5,5	-5,5
Finanzausgleich	-	-	-	-	2 724	2 725	2 725	-	-

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Die letzte Spalte gibt die Wachstumsrate um NFA korrigiert wieder.

### B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)		<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>4,9</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>		<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>5,1</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen		3,1	2,3	7,5	0,3	5,1
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>		<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>2,9</b>
Allgemeines Rechtswesen		8,2	-11,9	11,8	-11,7	-1,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug		5,7	4,2	9,8	-2,5	4,0
Grenzkontrollen		1,8	1,3	1,4	0,6	3,3
Gerichte		6,6	7,7	0,7	7,4	2,2
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>		<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>5,3</b>
Politische Beziehungen		4,7	2,2	4,2	-0,3	5,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)		1,7	1,5	1,7	3,0	5,3
Wirtschaftliche Beziehungen		18,0	-1,9	3,3	0,1	20,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU		9,7	-0,4	2,5	-38,7	-30,3
<b>Landesverteidigung</b>		<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>4,9</b>
Militärische Landesverteidigung		-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	4,9
Nationale Sicherheitskooperation		-8,2	-18,3	1,6	3,2	1,9
<b>Bildung und Forschung</b>		<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>7,3</b>
Berufsbildung		5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,6
Hochschulen		2,3	3,1	2,0	-8,8	5,8
Grundlagenforschung		7,3	1,0	6,0	22,1	11,1
Angewandte Forschung		3,7	2,9	0,9	8,4	4,1
Übriges Bildungswesen		32,5	-20,4	8,6	-4,0	-49,2
<b>Kultur und Freizeit</b>		<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-6,7</b>
Kulturerhaltung		0,9	-3,6	2,0	2,6	-9,8
Kulturförderung und Medienpolitik		-4,1	31,6	1,7	-7,7	-25,2
Sport		5,9	4,7	4,5	0,0	25,2
<b>Gesundheit</b>		<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-16,9</b>
Gesundheit		7,0	0,8	4,5	10,7	-16,9
<b>Soziale Wohlfahrt</b>		<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,0</b>
Altersversicherung		5,0	8,9	4,6	3,3	16,8
Invalidenversicherung		8,6	6,7	6,3	2,7	-18,6
Krankenversicherung		8,4	-2,3	4,2	3,9	-20,2
Ergänzungsleistungen		-0,7	-0,4	5,8	4,3	58,5
Militärversicherung		0,8	-1,6	0,5	-2,8	9,0
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung		24,2	97,5	-0,7	13,5	3,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung		4,4	19,9	-10,8	-17,9	-10,0
Migration		6,3	15,1	-10,0	-4,8	2,6
Soziale Hilfe und Fürsorge		-11,7	-3,9	20,2	20,5	-1,4
<b>Verkehr</b>		<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,6</b>
Strassenverkehr		1,0	-0,1	0,7	-0,9	-10,6
Öffentlicher Verkehr		4,9	2,1	6,6	2,0	10,7
Luftfahrt		6,0	-32,7	12,8	-4,1	0,8
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>		<b>-4,2</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,7</b>	<b>3,8</b>	<b>-0,5</b>
Umweltschutz		-1,2	2,4	1,5	0,5	3,3
Schutz vor Naturgefahren		-5,5	-8,2	9,9	7,0	-1,6
Naturschutz		-13,8	5,0	7,5	8,9	-10,2
Raumordnung		6,7	2,3	15,1	3,8	4,2
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>		<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,4</b>
Landwirtschaft und Ernährung		3,7	4,7	-2,0	-0,8	-1,4

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>		<b>-9,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-11,6</b>	<b>1,9</b>
Wirtschaftsordnung		8,4	1,2	9,3	7,9	7,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung		-19,7	-2,4	1,9	-14,7	1,5
Energie		31,3	-9,8	6,9	-6,9	11,2
Forstwirtschaft		-3,9	1,6	6,8	-32,2	-37,7
<b>Finanzen und Steuern</b>		<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>12,7</b>
Anteile an Bundeseinnahmen		2,1	5,6	5,5	8,4	-22,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung		11,1	4,2	-0,8	2,8	-5,5
Finanzausgleich		-	-	-	-	-

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,0</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,6	3,5	4,1	4,2	4,0
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>4,8</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,2</b>
Politische Beziehungen	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	3,2	2,7	2,9	2,9	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,3	0,5	0,4	0,4	0,2	0,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>17,7</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>8,0</b>
Militärische Landesverteidigung	17,0	13,8	11,3	9,3	8,2	7,8
Nationale Sicherheitskooperation	0,7	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>9,4</b>
Berufsbildung	1,3	1,3	1,1	1,0	1,0	1,0
Hochschulen	4,8	4,6	4,4	4,4	2,9	2,9
Grundlagenforschung	1,4	1,5	1,5	1,5	3,3	3,6
Angewandte Forschung	1,5	1,6	1,5	1,5	1,8	1,8
Übriges Bildungswesen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Kulturförderung und Medienpolitik	0,3	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>22,3</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>30,8</b>
Altersversicherung	9,8	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5
Invalidenversicherung	5,0	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5
Krankenversicherung	3,4	3,7	3,6	3,8	4,1	3,2
Ergänzungsleistungen	1,2	1,2	1,0	1,1	1,3	2,0
Militärversicherung	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	0,0	2,0	3,0	0,4	0,6	0,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,4	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2
Migration	1,6	2,0	2,6	2,2	1,7	1,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,9</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,3</b>
Strassenverkehr	7,3	6,9	6,0	5,9	5,3	4,3
Öffentlicher Verkehr	6,9	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8
Luftfahrt	0,7	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Schutz vor Naturgefahren	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Naturschutz	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,1</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,3</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,1	8,0	8,6	7,6	7,0	6,3

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung % Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>	<b>2,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,7</b>
Wirtschaftsordnung	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	1,4	0,8	0,5	0,5	0,3	0,2
Energie	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Forstwirtschaft	0,5	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>13,2</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>19,4</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,4	7,1	7,4	8,2	9,4	7,9
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	5,8	7,2	7,5	7,6	7,3	6,7
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	4,8

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2008**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2008	Instituti- onelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>56 598</b>	<b>2 275</b>	<b>837</b>	<b>2 394</b>	<b>4 534</b>	<b>5 339</b>	<b>429</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 108</b>	<b>1 886</b>	<b>659</b>	<b>599</b>	<b>3 935</b>	<b>224</b>	<b>135</b>
Personalausgaben	4 555	1 167	570	483	1 367	131	94
Sach- und Betriebsausgaben	3 324	718	90	115	1 339	92	42
Rüstungsausgaben	1 228	–	–	–	1 228	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>37 146</b>	<b>28</b>	<b>130</b>	<b>1 753</b>	<b>201</b>	<b>4 878</b>	<b>260</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 414	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	773	–	56	–	24	0	14
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	–	–	–	–	2 093	30
Beiträge an Dritte	12 646	28	75	1 753	177	2 785	216
Beiträge an Sozialversicherungen	13 740	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 791</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 554</b>	<b>361</b>	<b>47</b>	<b>43</b>	<b>398</b>	<b>228</b>	<b>33</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 264	349	26	4	397	140	2
Immaterielle Anlagen	31	11	4	–	1	–	–
Darlehen	366	–	–	8	–	–	–
Beteiligungen	31	–	–	31	–	–	–
Investitionsbeiträge	3 861	–	17	–	–	88	31

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>220</b>	<b>17 434</b>	<b>7 538</b>	<b>651</b>	<b>3 551</b>	<b>405</b>	<b>10 991</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>133</b>	<b>347</b>	<b>515</b>	<b>136</b>	<b>105</b>	<b>227</b>	<b>207</b>
Personalausgaben	50	233	137	85	75	162	–
Sach- und Betriebsausgaben	83	114	378	51	30	65	207
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>84</b>	<b>17 079</b>	<b>2 028</b>	<b>250</b>	<b>3 302</b>	<b>150</b>	<b>7 002</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 619	388	130	–	–	4 277
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	658	18	3	–	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	450	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	84	150	1 173	117	3 214	150	2 725
Beiträge an Sozialversicherungen	–	13 653	–	–	88	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>3 782</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>4 995</b>	<b>265</b>	<b>144</b>	<b>29</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 337	2	2	4	–
Immaterielle Anlagen	–	4	9	–	1	1	–
Darlehen	–	–	298	–	53	7	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	2	4	3 351	263	89	17	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2007**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2007	Institutio- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>53 965</b>	<b>2 162</b>	<b>813</b>	<b>2 274</b>	<b>4 327</b>	<b>4 978</b>	<b>460</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>8 472</b>	<b>1 797</b>	<b>638</b>	<b>585</b>	<b>3 801</b>	<b>210</b>	<b>127</b>
Personalausgaben	4 462	1 121	551	473	1 411	135	89
Sach- und Betriebsausgaben	2 843	677	88	112	1 222	75	38
Rüstungsausgaben	1 168	–	–	–	1 168	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>35 228</b>	<b>28</b>	<b>138</b>	<b>1 649</b>	<b>197</b>	<b>4 496</b>	<b>282</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 624	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	969	–	59	–	40	–	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	–	–	–	–	1 982	80
Beiträge an Dritte	9 697	28	79	1 649	157	2 515	199
Beiträge an Sozialversicherungen	13 411	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>4 003</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 262</b>	<b>336</b>	<b>37</b>	<b>40</b>	<b>329</b>	<b>272</b>	<b>51</b>
Sachanlagen und Vorräte	872	328	18	5	329	180	2
Immaterielle Anlagen	13	9	1	–	0	0	–
Darlehen	376	–	–	1	–	–	–
Beteiligungen	35	–	–	35	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 966	–	18	–	–	91	49

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>264</b>	<b>16 933</b>	<b>7 349</b>	<b>655</b>	<b>3 601</b>	<b>398</b>	<b>9 753</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>180</b>	<b>319</b>	<b>156</b>	<b>129</b>	<b>105</b>	<b>212</b>	<b>213</b>
Personalausgaben	51	218	108	80	75	150	–
Sach- und Betriebsausgaben	129	100	47	50	30	62	213
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>82</b>	<b>16 607</b>	<b>2 491</b>	<b>247</b>	<b>3 342</b>	<b>132</b>	<b>5 538</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 478	462	147	–	–	5 538
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	622	242	3	–	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	465	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	82	170	1 321	97	3 268	132	–
Beiträge an Sozialversicherungen	–	13 337	–	–	74	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>4 003</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>4 702</b>	<b>278</b>	<b>153</b>	<b>54</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1	2	2	5	–
Immaterielle Anlagen	–	2	–	–	0	1	–
Darlehen	–	–	303	–	60	13	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	6	4 398	276	92	35	–

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital**

Mio. CHF		Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand</b>		<b>1 257</b>	<b>1 495</b>	<b>1 537</b>	<b>280</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>263</b>	<b>260</b>	<b>273</b>	<b>10</b>
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	127	125	135	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	5	4	5	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-147	-132	-130	
<b>CO2-Abgabe auf Brennstoffen (ab 2008)</b>		<b>-</b>	<b>232</b>	<b>221</b>	<b>221</b>
606	E1900.0106 CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-	230	219	
606	E1100.0121 CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	
606	E1400.0114 Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	-	2	2	
606	A2111.0259 Aufwandsentschädigung CO <sub>2</sub> -Abgabe an Ausgleichskassen	-	-	-	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>855</b>	<b>881</b>	<b>904</b>	<b>49</b>
318	E1100.0119 Spielbankenabgabe	449	432	455	
318	A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-357	-406	-407	
<b>Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
808	E5300.0102 Gebührenanteile lokale/regionale Rundfunkveranstalter	3	-	-	
808	A6210.0147 Gebührensplitting Radio und TV	-8	-	0	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>105</b>	<b>88</b>	<b>103</b>	<b>-2</b>
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	29	26	28	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-24	-43	-29	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>-</b>
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)</b>		<b>2</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>2</b>
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	2	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	-	-	-	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	-	
<b>Krankenversicherung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	831	869	867	
606	E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	150	-	-	
316	A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-981	-869	-867	
<b>Alters- und Hinterlassenenversicherung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 121	2 203	2 213	
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	435	454	453	
606	E1100.0102 Tabaksteuer	2 186	2 056	2 186	
601	E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	223	221	235	
318	A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV	-2 844	-2 731	-2 874	
318	A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
605	A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 121	-2 203	-2 213	

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Aufwand für die Einlage in den Fonds «CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen» von 219 Mio. ist als ausserordentlicher Posten geführt.

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Einlage (+)/ Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>4 696</b>	<b>2 211</b>	<b>2 808</b>	<b>-1 887</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>4 609</b>	<b>2 125</b>	<b>2 722</b>	<b>-1 888</b>
Einnahmen	3 846	3 737	4 242	
Ausgaben	-3 445	-6 222	-6 129	
<b>Investitionsrisikogarantie</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	-	-	0	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	-	-	-0	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>0</b>
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	-	-	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	-	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R2007 absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 846</b>	<b>3 737</b>	<b>3 947</b>	<b>101</b>	<b>2,6</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-29	-29	-31	-2	-8,5
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 514	1 470	1 555	41	2,7
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 039	1 990	2 089	51	2,5
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	322	306	333	11	3,4
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	-	-	1	1	-
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	0	0	-0	-14,9
<b>Ausgaben</b>	<b>3 445</b>	<b>6 222</b>	<b>6 129</b>	<b>2 684</b>	<b>77,9</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 979</b>	<b>1 480</b>	<b>1 291</b>	<b>-688</b>	<b>-34,8</b>
806 A6210.0136 Nationalstrassen, Betrieb	166	-	-	-166	-100,0
806 A8300.0106 Nationalstrassen, Bau	1 263	-	-	-1 263	-100,0
806 A8300.0114 Nationalstrassen, Unterhalt	550	-	-	-550	-100,0
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	-	305	301	301	-
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	-	1 175	990	990	-
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>-</b>	<b>3 437</b>	<b>3 437</b>	<b>3 437</b>	<b>-</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	-	837	837	837	-
806 A8900.0100 a.o. Ersteinlage Infrastrukturfonds	-	2 600	2 600	2 600	-
<b>Hauptstrassen</b>	<b>189</b>	<b>163</b>	<b>163</b>	<b>-26</b>	<b>-13,8</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	189	163	163	-26	-13,8
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>563</b>	<b>555</b>	<b>597</b>	<b>34</b>	<b>6,0</b>
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	200	223	215	15	7,6
802 A2310.0215 Autoverlad	3	4	3	-0	-8,0
802 A4200.0115 Darlehen kombinierter Verkehr	2	13	8	5	229,2
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	4	13	7	3	60,5
802 A4300.0121 Anschlussgleise	31	21	21	-10	-31,2
802 A4300.0122 Investitionsbeiträge kombinierter Verkehr	0	27	4	4	n.a.
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	317	253	339	22	6,8
806 A8300.0108 Niveauübergänge	6	-	0	-5	-95,7
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>519</b>	<b>360</b>	<b>388</b>	<b>-132</b>	<b>-25,3</b>
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	434	353	380	-54	-12,4
806 A6210.0138 Allgemeine Strassenbeiträge (ausserordentlicher Anteil)	58	-	-	-58	-100,0
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	28	7	8	-20	-72,0
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>64</b>	<b>119</b>	<b>134</b>	<b>69</b>	<b>108,0</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	63	118	124	60	95,7
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1	1	10	9	777,2
<b>Umweltschutz</b>	<b>80</b>	<b>72</b>	<b>72</b>	<b>-8</b>	<b>-9,9</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	2,1
806 A8300.0109 Lärmschutz	9	-	-	-9	-100,0
810 A2310.0134 Wald	37	44	44	7	19,6
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	26	20	20	-6	-22,8
810 A4300.0136 Waldwirtschaft	8	-	-	-8	-100,0
810 A4300.0139 Lärmschutz	-	7	7	7	-

n.a.: nicht ausgewiesen.

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band II) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R2007 absolut	%
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>1,5</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	10	10	10	0	1,8
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	0,8
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	1,0
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>37</b>	<b>22</b>	<b>34</b>	<b>-3</b>	<b>-7,4</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	37	22	34	-3	-7,4
<b>Saldo</b>	<b>401</b>	<b>-2 484</b>	<b>-2 182</b>	<b>-2 583</b>	<b>-644,4</b>
<b>Abgrenzung aus NRM Eröffnungsbilanz 1.1.2007 *</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>295</b>	<b>295</b>	<b>-</b>
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>4 609</b>	<b>2 125</b>	<b>2 722</b>	<b>-1 888</b>	<b>-41,0</b>

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

\* Bei der Einführung von NRM per 1.1.2007 wurde bei der Eidgenössischen Zollverwaltung auf die periodengerechte Verbuchung der Einnahmen umgestellt. Bei den Mineralölsteuern (inkl. Zuschlag) führte dies zu einer einmaligen Zunahme des Forderungsbestandes für die Einnahmen des Dezembers 2006 in der Höhe von rund 420 Millionen. Für den zweckgebundenen Anteil im Betrag von 294,5 Millionen wurde ebenfalls in der Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 eine Abgrenzung gebildet, welche im 2008 - nach Genehmigung der Eröffnungsbilanz - der Spezialfinanzierung gutgeschrieben wird.



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut %	
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>48 206</b>	<b>50 962</b>	<b>54 617</b>	<b>58 000</b>	<b>57 951</b>	<b>64 047</b>	<b>6 047</b>	<b>10,4</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>44 860</b>	<b>47 520</b>	<b>50 873</b>	<b>51 836</b>	<b>53 455</b>	<b>58 052</b>	<b>6 216</b>	<b>12,0</b>
Direkte Bundessteuer	11 822	12 213	14 230	15 389	16 359	17 513	2 124	13,8
Verrechnungssteuer	2 628	4 000	3 947	2 730	3 026	5 760	3 030	111,0
Stempelabgaben	2 755	2 703	2 889	2 990	2 925	2 975	-15	-0,5
Mehrwertsteuer	17 666	18 119	19 018	19 684	20 470	20 512	828	4,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 074	7 132	7 259	7 380	7 116	7 517	138	1,9
Mineralölsteuer	4 929	4 979	4 994	5 086	4 955	5 222	136	2,7
Tabaksteuer	2 040	2 051	2 161	2 186	2 056	2 186	-1	-0,0
Biersteuer	105	102	104	107	105	110	3	2,7
Verkehrsabgaben	1 411	1 848	1 938	2 016	1 996	2 137	121	6,0
Automobilsteuer	312	310	320	358	340	363	5	1,4
Nationalstrassenabgabe	300	306	313	322	306	333	11	3,4
Schwerverkehrsabgabe	694	1 231	1 306	1 336	1 350	1 441	105	7,8
Kombinierter Verkehr	106	1	-	-	-	-	-	-
Zölle	1 054	974	1 027	1 040	980	1 017	-23	-2,2
Spielbankenabgabe	291	357	406	449	432	455	6	1,4
Lenkungsabgaben	156	170	148	156	151	163	7	4,7
Lenkungsabgabe VOC	124	143	127	127	125	135	8	6,5
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	1	1	0	-	0	-0	-42,9
Altlastenabgabe	32	26	21	28	26	28	-1	-2,3
Übriger Fiskalertrag	4	4	9	3	0	3	-0	-6,8
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 237</b>	<b>1 307</b>	<b>1 265</b>	<b>1 331</b>	<b>1 258</b>	<b>1 284</b>	<b>-47</b>	<b>-3,5</b>
Anteil Reingewinn	223	223	221	223	221	235	12	5,5
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	933	967	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	-	-	-	45	28	42	-4	-8,0
Ertrag aus	53	82	158	193	154	148	-46	-23,7
Kontingentsversteigerungen								
Übrige Regalien und Konzessionen	28	35	53	36	22	26	-9	-26,0
<b>Finanzertrag</b>	<b>839</b>	<b>911</b>	<b>1 089</b>	<b>2 969</b>	<b>1 381</b>	<b>2 740</b>	<b>-229</b>	<b>-7,7</b>
Zinsertrag	292	335	478	690	657	659	-31	-4,5
Finanzanlagen	76	119	222	334	197	248	-87	-25,9
Darlehen	201	200	88	166	185	175	9	5,3
Vorschuss FEG	-	-	147	181	268	226	45	24,6
Übriger Zinsertrag	14	16	21	9	7	11	2	27,7
Beteiligungsertrag	547	576	611	1	0	1	-0	-31,9
Zunahme von Equitywerten	-	-	-	1 860	707	1 807	-53	-2,9
Übriger Finanzertrag	0	0	0	322	17	187	-135	-41,9
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 269</b>	<b>1 224</b>	<b>1 390</b>	<b>1 844</b>	<b>1 836</b>	<b>1 970</b>	<b>126</b>	<b>6,8</b>
Entgelte	1 205	1 162	1 323	1 387	1 239	1 508	121	8,7
Wehrpflichtersatzabgabe	214	129	142	138	129	140	2	1,8
Gebühren für Amtshandlungen	266	263	280	291	278	305	14	4,7
Verkäufe	118	159	173	196	155	183	-13	-6,8
Rückerstattungen	238	191	256	113	82	231	118	105,0
EU Zinsbesteuerung	-	-	36	121	122	147	26	21,8
Übrige Entgelte	368	421	437	528	472	502	-26	-5,0
Verschiedener Ertrag	64	62	67	457	597	461	5	1,0
Liegenschaftenertrag	53	50	53	315	409	354	38	12,2
Übriger Ertrag	12	12	14	141	188	107	-34	-23,9
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>21</b>	<b>20</b>	<b>2</b>	<b>-19</b>	<b>-91,3</b>

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007 absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>44 061</b>	<b>44 814</b>	<b>45 953</b>	<b>54 289</b>	<b>56 399</b>	<b>56 587</b>	<b>2 297</b>	<b>4,2</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>8 478</b>	<b>8 282</b>	<b>8 187</b>	<b>9 573</b>	<b>11 872</b>	<b>11 406</b>	<b>1 832</b>	<b>19,1</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 469</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 492</b>	<b>4 616</b>	<b>4 501</b>	<b>8</b>	<b>0,2</b>
Personalbezüge	3 680	3 657	3 629	3 665	3 767	3 767	101	2,8
Arbeitgeberbeiträge	550	497	492	590	619	611	21	3,6
Arbeitgeberleistungen	177	163	160	189	149	65	-124	-65,6
Übriger Personalaufwand	61	59	44	48	83	58	10	20,9
<b>Sach- und Betriebsaufwand</b>	<b>2 664</b>	<b>2 638</b>	<b>2 683</b>	<b>3 238</b>	<b>3 749</b>	<b>3 762</b>	<b>524</b>	<b>16,2</b>
Material- und Warenaufwand	15	10	11	225	247	269	44	19,7
Betriebsaufwand	2 649	2 628	2 672	3 013	3 196	3 139	126	4,2
Liegenschaften	436	441	423	439	295	445	6	1,3
Mieten und Pachten	144	144	142	152	152	153	1	0,7
Informatik	151	133	151	295	484	434	139	46,9
Beratungsaufwand	376	327	340	468	272	263	-206	-43,9
Betriebsaufwand der Armee	749	784	784	718	749	794	76	10,5
Abschreibungen auf	–	–	–	192	255	170	-21	-11,1
Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–
Übriger Betriebsaufwand	793	799	833	749	990	880	132	17,6
Betrieblicher Unterhalt	–	–	–	–	305	354	354	–
Nationalstrassen	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Rüstungsaufwand</b>	<b>1 346</b>	<b>1 269</b>	<b>1 178</b>	<b>1 168</b>	<b>1 257</b>	<b>1 228</b>	<b>61</b>	<b>5,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	137	131	143	145	150	147	2	1,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	291	285	295	289	315	290	1	0,4
Rüstungsmaterial	919	853	740	734	792	792	58	7,9
<b>Abschreibungen auf</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>675</b>	<b>2 250</b>	<b>1 914</b>	<b>1 239</b>	<b>183,4</b>
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Gebäude	–	–	–	553	724	611	57	10,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	1 376	1 176	1 176	–
Übrige Abschreibungen	–	–	–	122	150	127	5	4,3
<b>Transferaufwand</b>	<b>32 195</b>	<b>32 822</b>	<b>33 661</b>	<b>40 604</b>	<b>40 808</b>	<b>41 254</b>	<b>649</b>	<b>1,6</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeserträgen</b>	<b>6 536</b>	<b>7 226</b>	<b>8 098</b>	<b>8 624</b>	<b>6 669</b>	<b>7 414</b>	<b>-1 210</b>	<b>-14,0</b>
Kantonsanteile	4 521	4 954	5 607	5 999	3 927	4 665	-1 334	-22,2
Anteile der Sozialversicherungen	1 924	2 163	2 363	2 478	2 609	2 619	141	5,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	91	109	127	147	132	130	-17	-11,6
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>381</b>	<b>1 084</b>	<b>986</b>	<b>955</b>	<b>909</b>	<b>785</b>	<b>-170</b>	<b>-17,8</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 199</b>	<b>2 072</b>	<b>2 075</b>	<b>2 527</b>	<b>2 666</b>	<b>2 573</b>	<b>46</b>	<b>1,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>10 570</b>	<b>9 662</b>	<b>9 719</b>	<b>9 744</b>	<b>12 866</b>	<b>12 668</b>	<b>2 924</b>	<b>30,0</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	2 724	2 725	2 725	–
Internationale Organisationen	695	1 200	1 178	1 297	1 505	1 482	185	14,2
Übrige Beiträge an Dritte	9 876	8 462	8 541	8 447	8 637	8 461	15	0,2
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 509</b>	<b>12 778</b>	<b>12 783</b>	<b>13 417</b>	<b>13 624</b>	<b>13 582</b>	<b>165</b>	<b>1,2</b>
AHV / IV / ALV	9 548	9 712	9 703	10 187	10 547	10 524	337	3,3
Übrige Sozialversicherungen	2 961	3 065	3 080	3 230	3 077	3 058	-172	-5,3
<b>Wertberichtigung Investitionsbeiträge</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>4 966</b>	<b>3 711</b>	<b>3 861</b>	<b>-1 105</b>	<b>-22,3</b>
<b>Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>372</b>	<b>363</b>	<b>372</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>

Hinweise:

– Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

– Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
							absolut	%
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 388</b>	<b>3 711</b>	<b>4 105</b>	<b>4 013</b>	<b>3 691</b>	<b>3 864</b>	<b>-149</b>	<b>-3,7</b>
<b>Zinsaufwand</b>	<b>3 167</b>	<b>3 577</b>	<b>3 993</b>	<b>3 635</b>	<b>3 547</b>	<b>3 334</b>	<b>-301</b>	<b>-8,3</b>
Anleihen	2 408	2 945	3 339	3 096	3 009	2 939	-157	-5,1
Geldmarktbuchforderungen	45	110	196	228	366	165	-63	-27,5
Übriger Zinsaufwand	714	522	458	312	172	230	-81	-26,1
<b>Kursverluste</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>54</b>	<b>-</b>	<b>77</b>	<b>23</b>	<b>42,4</b>
<b>Kapitalbeschaffungsaufwand</b>	<b>216</b>	<b>134</b>	<b>112</b>	<b>143</b>	<b>143</b>	<b>134</b>	<b>-9</b>	<b>-6,4</b>
<b>Abnahme von Equitywerten</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>-</b>
<b>Übriger Finanzaufwand</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>181</b>	<b>0</b>	<b>312</b>	<b>131</b>	<b>72,3</b>
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>98</b>	<b>28</b>	<b>63</b>	<b>-36</b>	<b>-36,2</b>

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	2004-2008
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>3,9</b>	<b>5,7</b>	<b>7,2</b>	<b>6,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>10,4</b>	<b>7,4</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>3,4</b>	<b>5,9</b>	<b>7,1</b>	<b>1,9</b>	<b>3,1</b>	<b>12,0</b>	<b>6,7</b>
Direkte Bundessteuer	-4,7	3,3	16,5	8,1	6,3	13,8	10,3
Verrechnungssteuer	60,1	52,2	-1,3	-30,8	10,8	111,0	21,7
Stempelabgaben	5,0	-1,9	6,9	3,5	-2,2	-0,5	1,9
Mehrwertsteuer	3,0	2,6	5,0	3,5	4,0	4,2	3,8
Übrige Verbrauchssteuern	4,9	0,8	1,8	1,7	-3,6	1,9	1,5
Verkehrsabgaben	0,9	31,0	4,9	4,0	-1,0	6,0	10,9
Zölle	0,7	-7,6	5,5	1,3	-5,8	-2,2	-0,9
Verschiedener Fiskalertrag	23,0	17,8	6,3	7,6	-4,0	2,2	8,3
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>17,5</b>	<b>5,6</b>	<b>-3,2</b>	<b>5,2</b>	<b>-5,4</b>	<b>-3,5</b>	<b>0,9</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>0,2</b>	<b>8,6</b>	<b>19,5</b>	<b>172,7</b>	<b>-53,5</b>	<b>-7,7</b>	<b>34,4</b>
Beteiligungsertrag	7,8	5,2	6,1	-99,9	-94,4	-31,9	-81,8
Zunahme von Equitywerten	-	-	-	-	-62,0	-2,9	-
Übriger Finanzertrag	-11,6	14,9	42,6	131,7	-39,1	-15,9	33,7
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>10,2</b>	<b>-3,6</b>	<b>13,6</b>	<b>32,7</b>	<b>-0,4</b>	<b>6,8</b>	<b>11,6</b>
Entgelte	10,9	-3,5	13,8	4,8	-10,7	8,7	5,8
Verschiedener Ertrag	-1,3	-4,4	8,1	585,8	30,8	1,1	63,6
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-3,7</b>	<b>-91,3</b>	<b>-</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>1,0</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>	<b>18,1</b>	<b>3,9</b>	<b>4,2</b>	<b>6,5</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>-1,2</b>	<b>-2,3</b>	<b>-1,1</b>	<b>16,9</b>	<b>24,0</b>	<b>19,1</b>	<b>7,7</b>
Personalaufwand	0,0	-2,1	-1,1	3,9	2,8	0,2	0,2
Sach- und Betriebsaufwand	-7,1	-1,0	1,7	20,7	15,8	16,2	9,0
Rüstungsaufwand	8,1	-5,8	-7,1	-0,9	7,6	5,2	-2,3
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	-	-	-	233,2	183,4	-
<b>Transferaufwand</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,6</b>	<b>20,6</b>	<b>0,5</b>	<b>1,6</b>	<b>6,4</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	1,2	10,5	12,1	6,5	-22,7	-14,0	3,2
Entschädigungen an Gemeinwesen	-13,6	184,9	-9,1	-3,1	-4,8	-17,8	19,8
Beiträge an eigene Institutionen	5,8	-5,8	0,2	21,8	5,5	1,8	4,0
Beiträge an Dritte	1,5	-8,6	0,6	0,3	32,0	30,0	4,6
Beiträge an Sozialversicherungen	3,6	2,2	0,0	5,0	1,5	1,2	2,1
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-	-	-25,3	-22,3	-
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	-	-	-	-2,3	0,0	-
<b>Finanzaufwand</b>	<b>-5,5</b>	<b>9,5</b>	<b>10,6</b>	<b>-2,2</b>	<b>-8,0</b>	<b>-3,7</b>	<b>3,3</b>
Zinsaufwand	-3,8	12,9	11,6	-9,0	-2,4	-8,3	1,3
Abnahme von Equitywerten	-	-	-	-	-	-	-
Übriger Finanzaufwand	-24,6	-39,4	-16,5	238,5	-62,1	38,3	24,1
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-72,0</b>	<b>-36,2</b>	<b>-</b>

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

#### C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>93,1</b>	<b>93,2</b>	<b>93,1</b>	<b>89,4</b>	<b>92,2</b>	<b>90,6</b>
Direkte Bundessteuer	24,5	24,0	26,1	26,5	28,2	27,3
Verrechnungssteuer	5,5	7,8	7,2	4,7	5,2	9,0
Stempelabgaben	5,7	5,3	5,3	5,2	5,0	4,6
Mehrwertsteuer	36,6	35,6	34,8	33,9	35,3	32,0
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,0	13,3	12,7	12,3	11,7
Verkehrsabgaben	2,9	3,6	3,5	3,5	3,4	3,3
Zölle	2,2	1,9	1,9	1,8	1,7	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>5,1</b>	<b>2,4</b>	<b>4,3</b>
Beteiligungsertrag	1,1	1,1	1,1	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	–	–	–	3,2	1,2	2,8
Übriger Finanzertrag	0,6	0,7	0,9	1,9	1,2	1,5
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2,6</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>
Entgelte	2,5	2,3	2,4	2,4	2,1	2,4
Verschiedener Ertrag	0,1	0,1	0,1	0,8	1,0	0,7
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>19,2</b>	<b>18,5</b>	<b>17,8</b>	<b>17,6</b>	<b>21,1</b>	<b>20,2</b>
Personalaufwand	10,1	9,8	9,4	8,3	8,2	8,0
Sach- und Betriebsaufwand	6,0	5,9	5,8	6,0	6,6	6,6
Rüstungsaufwand	3,1	2,8	2,6	2,2	2,2	2,2
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	–	–	–	1,2	4,0	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>73,1</b>	<b>73,2</b>	<b>73,3</b>	<b>74,8</b>	<b>72,4</b>	<b>72,9</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	14,8	16,1	17,6	15,9	11,8	13,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	2,4	2,1	1,8	1,6	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	4,6	4,5	4,7	4,7	4,5
Beiträge an Dritte	24,0	21,6	21,2	17,9	22,8	22,4
Beiträge an Sozialversicherungen	28,4	28,5	27,8	24,7	24,2	24,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	–	9,1	6,6	6,8
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	–	0,7	0,6	0,7
<b>Finanzaufwand</b>	<b>7,7</b>	<b>8,3</b>	<b>8,9</b>	<b>7,4</b>	<b>6,5</b>	<b>6,8</b>
Zinsaufwand	7,2	8,0	8,7	6,7	6,3	5,9
Abnahme von Equitywerten	–	–	–	–	–	0,0
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,3	0,2	0,7	0,3	0,9
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>

Hinweise:

– Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

– Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2008**

Mio. CHF	Total Rechnung 2008	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 047</b>	<b>20</b>	<b>40</b>	<b>541</b>	<b>174</b>	<b>256</b>	<b>62 601</b>	<b>251</b>	<b>165</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>58 052</b>	–	–	<b>455</b>	–	–	<b>57 566</b>	<b>3</b>	<b>28</b>
Direkte Bundessteuer	17 513	–	–	–	–	–	17 513	–	–
Verrechnungssteuer	5 760	–	–	–	–	–	5 760	–	–
Stempelabgaben	2 975	–	–	–	–	–	2 975	–	–
Mehrwertsteuer	20 512	–	–	–	–	–	20 512	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	–	–	–	–	–	7 517	–	–
Verkehrsabgaben	2 137	–	–	–	–	–	2 137	–	–
Zölle	1 017	–	–	–	–	–	1 017	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	621	–	–	455	–	–	135	3	28
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 284</b>	–	–	–	–	–	<b>1 110</b>	<b>148</b>	<b>26</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 740</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 712</b>	<b>24</b>	<b>2</b>
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 807	–	–	–	–	–	1 807	–	–
Übriger Finanzertrag	932	–	0	1	0	0	905	24	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 970</b>	<b>20</b>	<b>40</b>	<b>85</b>	<b>174</b>	<b>256</b>	<b>1 210</b>	<b>76</b>	<b>109</b>
Entgelte	1 508	20	40	84	161	196	831	71	106
Verschiedener Ertrag	462	0	0	1	13	60	379	5	3
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>2</b>	–	–	–	–	–	<b>2</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>56 587</b>	<b>263</b>	<b>2 145</b>	<b>18 354</b>	<b>1 265</b>	<b>4 870</b>	<b>15 716</b>	<b>5 564</b>	<b>8 409</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>11 406</b>	<b>263</b>	<b>581</b>	<b>483</b>	<b>492</b>	<b>4 628</b>	<b>2 492</b>	<b>415</b>	<b>2 053</b>
Personalaufwand	4 501	217	461	292	333	1 502	1 109	289	298
Sach- und Betriebsaufwand	3 762	46	116	186	140	1 565	1 014	120	574
Rüstungsaufwand	1 228	–	–	–	–	1 228	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	1 914	0	4	5	18	332	369	5	1 181
<b>Transferaufwand</b>	<b>41 254</b>	–	<b>1 565</b>	<b>17 863</b>	<b>773</b>	<b>242</b>	<b>9 306</b>	<b>5 150</b>	<b>6 356</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 414	–	–	406	–	–	6 490	–	518
Entschädigungen an Gemeinwesen	785	–	–	31	652	81	–	–	21
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	–	–	2 061	–	–	–	32	480
Beiträge an Dritte	12 668	–	1 567	1 991	104	159	2 816	4 619	1 413
Beiträge an Sozialversicherungen	13 582	–	–	13 287	–	–	–	295	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 861	–	–	86	17	2	–	124	3 630
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	–	-2	–	-0	–	–	80	294
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 864</b>	–	–	<b>9</b>	–	<b>0</b>	<b>3 855</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	3 334	–	–	0	–	0	3 334	–	0
Abnahme von Equitywerten	7	–	–	–	–	–	7	–	–
Übriger Finanzaufwand	523	–	–	9	–	–	514	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>63</b>	–	–	–	–	–	<b>63</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2007**

Mio. CHF	Total Rechnung 2007	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>58 000</b>	<b>18</b>	<b>37</b>	<b>568</b>	<b>86</b>	<b>247</b>	<b>56 565</b>	<b>305</b>	<b>174</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>51 836</b>	–	–	<b>449</b>	–	–	<b>51 356</b>	<b>3</b>	<b>28</b>
Direkte Bundessteuer	15 389	–	–	–	–	–	15 389	–	–
Verrechnungssteuer	2 730	–	–	–	–	–	2 730	–	–
Stempelabgaben	2 990	–	–	–	–	–	2 990	–	–
Mehrwertsteuer	19 684	–	–	–	–	–	19 684	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	–	–	–	–	–	7 380	–	–
Verkehrsabgaben	2 016	–	–	–	–	–	2 016	–	–
Zölle	1 040	–	–	–	–	–	1 040	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	607	–	–	449	–	–	127	3	28
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 331</b>	–	–	–	–	–	<b>1 101</b>	<b>193</b>	<b>36</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 969</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 943</b>	<b>23</b>	<b>2</b>
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	0	0	1
Zunahme von Equitywerten	1 860	–	–	–	–	–	1 860	–	–
Übriger Finanzertrag	1 108	–	0	1	0	0	1 083	22	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 844</b>	<b>18</b>	<b>37</b>	<b>118</b>	<b>86</b>	<b>247</b>	<b>1 144</b>	<b>86</b>	<b>109</b>
Entgelte	1 387	18	37	115	80	183	770	78	108
Verschiedener Ertrag	457	0	0	3	7	64	374	8	0
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>21</b>	–	–	–	–	–	<b>21</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>54 289</b>	<b>257</b>	<b>2 026</b>	<b>17 874</b>	<b>1 194</b>	<b>4 594</b>	<b>14 423</b>	<b>5 483</b>	<b>8 439</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>9 573</b>	<b>257</b>	<b>562</b>	<b>523</b>	<b>419</b>	<b>4 385</b>	<b>2 567</b>	<b>406</b>	<b>455</b>
Personalaufwand	4 492	210	448	285	309	1 545	1 145	286	265
Sach- und Betriebsaufwand	3 238	46	113	234	101	1 389	1 056	114	185
Rüstungsaufwand	1 168	–	–	–	–	1 168	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	675	0	1	5	9	283	366	6	5
<b>Transferaufwand</b>	<b>40 604</b>	–	<b>1 465</b>	<b>17 350</b>	<b>775</b>	<b>209</b>	<b>7 744</b>	<b>5 077</b>	<b>7 984</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 624	–	–	357	–	–	7 659	–	609
Entschädigungen an Gemeinwesen	955	–	–	–	640	69	–	–	246
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	–	–	1 950	–	–	–	32	545
Beiträge an Dritte	9 744	–	1 469	1 806	118	130	85	4 556	1 580
Beiträge an Sozialversicherungen	13 417	–	–	13 136	–	–	–	281	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 966	–	–	102	18	9	–	128	4 709
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	–	-4	–	-0	–	–	80	295
<b>Finanzaufwand</b>	<b>4 013</b>	–	–	–	–	<b>0</b>	<b>4 013</b>	–	–
Zinsaufwand	3 635	–	–	–	–	0	3 635	–	–
Übriger Finanzaufwand	378	–	–	–	–	–	378	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>98</b>	–	–	–	–	–	<b>98</b>	–	–



## D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	Eröffnungs-	2007	2008	Differenz zu 2007	
	bilanz 01.01.2007			absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>66 155</b>	<b>64 979</b>	<b>105 024</b>	<b>40 044</b>	<b>61,6</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>34 027</b>	<b>31 965</b>	<b>29 108</b>	<b>-2 858</b>	<b>-8,9</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>20 287</b>	<b>18 773</b>	<b>17 094</b>	<b>-1 679</b>	<b>-8,9</b>
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>378</b>	<b>546</b>	<b>1 739</b>	<b>1 193</b>	<b>218,5</b>
Kasse	2	2	2	0	1,4
Post	129	136	137	1	1,0
Bank	247	408	1 600	1 192	291,9
<b>Forderungen</b>	<b>5 959</b>	<b>6 292</b>	<b>5 943</b>	<b>-349</b>	<b>-5,5</b>
Steuer- und Zollforderungen	4 667	5 290	4 850	-440	-8,3
Kontokorrente	1 074	668	774	106	15,9
Andere Forderungen	180	297	268	-29	-9,7
Übrige Forderungen	38	37	51	14	38,8
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>12 374</b>	<b>10 337</b>	<b>7 717</b>	<b>-2 621</b>	<b>-25,4</b>
Festgelder	4 575	8 900	7 500	-1 400	-15,7
Darlehen	550	1 355	162	-1 193	-88,0
Positive Wiederbeschaffungswerte	106	76	49	-28	-36,2
Übrige Anlagen	7 143	6	6	0	0,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1 576</b>	<b>1 598</b>	<b>1 696</b>	<b>98</b>	<b>6,1</b>
Zinsen	159	178	142	-36	-20,0
Disagio	546	552	497	-54	-9,9
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	872	868	1 056	188	21,6
<b>Anlagevermögen</b>	<b>13 740</b>	<b>13 193</b>	<b>12 014</b>	<b>-1 179</b>	<b>-8,9</b>
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>13 740</b>	<b>13 193</b>	<b>12 014</b>	<b>-1 179</b>	<b>-8,9</b>
Festverzinsliche Wertpapiere	1 709	1 015	204	-811	-79,9
Variabel verzinsliche Wertpapiere	170	10	-	-10	-100,0
Darlehen	5 130	5 130	4 500	-630	-12,3
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	6 731	7 037	7 310	272	3,9
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>32 128</b>	<b>33 014</b>	<b>75 916</b>	<b>42 902</b>	<b>130,0</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>216</b>	<b>214</b>	<b>224</b>	<b>10</b>	<b>4,8</b>
<b>Vorräte</b>	<b>216</b>	<b>214</b>	<b>224</b>	<b>10</b>	<b>4,8</b>
Vorräte aus Kauf	192	198	210	12	6,0
Vorräte aus Eigenfertigung	24	16	15	-2	-10,0
<b>Anlagevermögen</b>	<b>31 912</b>	<b>32 800</b>	<b>75 692</b>	<b>42 892</b>	<b>130,8</b>
<b>Sachanlagen</b>	<b>14 613</b>	<b>14 472</b>	<b>49 921</b>	<b>35 448</b>	<b>244,9</b>
Mobilien	315	313	321	8	2,4
Anlagen im Bau	949	1 132	13 013	11 880	n.a.
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	-	-	1 699	1 699	-
Liegenschaften	13 348	13 026	12 798	-228	-1,8
Nationalstrassen	-	-	22 090	22 090	-
Anzahlungen auf Sachanlagen	-	0	-	-0	-100,0
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>8</b>	<b>58</b>	<b>97</b>	<b>39</b>	<b>67,2</b>
Software	8	7	46	39	551,6
Anlagen im Bau	-	-	49	49	-
Übrige immaterielle Anlagen	-	51	2	-49	-95,7
<b>Darlehen</b>	<b>3 254</b>	<b>2 963</b>	<b>9 475</b>	<b>6 512</b>	<b>219,7</b>
Allgemeine Verwaltung	2	2	5 930	5 928	n.a.
Beziehungen zum Ausland	477	452	430	-23	-5,0
Soziale Wohlfahrt	2 272	2 026	1 865	-161	-7,9
Verkehr	6 991	7 204	7 547	343	4,8
Landwirtschaft	2 297	2 356	2 409	53	2,2
Übrige Volkswirtschaft	216	222	1 182	960	431,8
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 002	-9 299	-9 888	-589	-6,3

n.a.: nicht ausgewiesen.

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung Mio. CHF	Eröffnungs- bilanz 01.01.2007	2007	2008	Differenz zu 2007	
				absolut	%
<b>Beteiligungen</b>	<b>14 038</b>	<b>15 306</b>	<b>16 199</b>	<b>893</b>	<b>5,8</b>
Allgemeine Verwaltung	6	6	6	0	0,0
Landesverteidigung	729	774	808	34	4,4
Beziehungen zum Ausland	924	961	924	-37	-3,9
Bildung und Forschung	0	0	-	-0	-100,0
Soziale Wohlfahrt	215	216	215	-1	-0,7
Verkehr	13 234	14 455	15 316	861	6,0
Landwirtschaft	7	7	7	-0	-0,0
Übrige Volkswirtschaft	1	1	1	-0	-0,2
Übrige Aufgabenbereiche	13	13	11	-2	-11,9
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 091	-1 126	-1 088	38	3,3

n.a.: nicht ausgewiesen.

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

## D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung Mio. CHF	Eröffnungs-			Differenz zu 2007	
	bilanz 01.01.2007	2007	2008	absolut	%
<b>Passiven</b>	<b>66 155</b>	<b>64 979</b>	<b>105 024</b>	<b>40 044</b>	<b>61,6</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>39 182</b>	<b>34 399</b>	<b>36 056</b>	<b>1 657</b>	<b>4,8</b>
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>10 166</b>	<b>11 709</b>	<b>13 700</b>	<b>1 991</b>	<b>17,0</b>
Kontokorrente	8 387	7 769	10 123	2 353	30,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	828	2 823	2 102	-721	-25,5
Verwaltete Stiftungen	91	94	96	1	1,4
Übrige laufende Verbindlichkeiten	860	1 022	1 379	357	34,9
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>16 522</b>	<b>13 122</b>	<b>15 495</b>	<b>2 373</b>	<b>18,1</b>
Geldmarkt	12 587	9 056	10 670	1 613	17,8
Bundeseigene Unternehmungen	1 220	1 335	1 460	125	9,4
Sparkasse Bundespersonal	2 225	2 376	2 739	364	15,3
Negative Wiederbeschaffungswerte	305	166	432	267	161,1
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	185	190	194	4	2,3
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>4 851</b>	<b>8 926</b>	<b>6 394</b>	<b>-2 532</b>	<b>-28,4</b>
Zinsen	2 359	2 351	2 179	-172	-7,3
Agio	1 938	1 783	1 569	-214	-12,0
Abgrenzung Verrechnungssteuer	–	4 168	2 225	-1 943	-46,6
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	554	624	421	-203	-32,6
<b>Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>7 643</b>	<b>641</b>	<b>467</b>	<b>-175</b>	<b>-27,3</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	204	184	170	-13	-7,3
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	280	292	287	-5	-1,6
Übrige Rückstellungen	7 160	166	9	-157	-94,3
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>113 061</b>	<b>112 323</b>	<b>110 155</b>	<b>-2 168</b>	<b>-1,9</b>
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>98 498</b>	<b>96 147</b>	<b>92 576</b>	<b>-3 571</b>	<b>-3,7</b>
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	50	0	0,0
Anleihen	95 669	95 684	92 435	-3 249	-3,4
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	34	91	57	165,6
Übrige mittel- und langfristige Schulden	2 779	379	–	-379	-100,0
<b>Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>2 092</b>	<b>2 092</b>	<b>–</b>
Infrastrukturfonds	–	–	2 092	2 092	–
<b>Langfristige Rückstellungen</b>	<b>13 384</b>	<b>14 919</b>	<b>13 951</b>	<b>-968</b>	<b>-6,5</b>
Rückstellungen Verrechnungssteuer	7 600	9 100	9 800	700	7,7
Übrige Rückstellungen	5 784	5 819	4 151	-1 668	-28,7
<b>Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK</b>	<b>1 179</b>	<b>1 257</b>	<b>1 537</b>	<b>280</b>	<b>22,3</b>
Lenkungsabgaben	278	263	494	231	87,8
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	901	994	1 043	49	4,9
<b>Eigenkapital</b>	<b>-86 088</b>	<b>-81 742</b>	<b>-41 187</b>	<b>40 555</b>	<b>49,6</b>
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital</b>	<b>4 294</b>	<b>4 696</b>	<b>2 808</b>	<b>-1 887</b>	<b>-40,2</b>
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	4 208	4 609	2 722	-1 888	-41,0
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	86	86	87	0	0,2
<b>Spezialfonds</b>	<b>462</b>	<b>467</b>	<b>1 229</b>	<b>761</b>	<b>162,9</b>
<b>Reserven aus Globalbudget</b>	<b>22</b>	<b>58</b>	<b>79</b>	<b>21</b>	<b>36,1</b>
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	7	21	27	6	30,0
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	15	37	52	15	39,5
<b>Restatementreserve</b>	<b>144</b>	<b>144</b>	<b>–</b>	<b>-144</b>	<b>-100,0</b>
<b>Übriges Eigenkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>
<b>Bilanzfehlbetrag</b>	<b>-91 010</b>	<b>-87 107</b>	<b>-45 302</b>	<b>41 804</b>	<b>48,0</b>

n.a.: nicht ausgewiesen.

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

## D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	2007			2008		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen</b>	<b>12 262</b>	<b>-9 299</b>	<b>2 963</b>	<b>19 363</b>	<b>-9 888</b>	<b>9 475</b>
<b>201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Zusammenarbeit</b>	<b>365</b>	<b>-134</b>	<b>231</b>	<b>355</b>	<b>- 132</b>	<b>224</b>
Darlehen an die FIPOI	358	-134	224	349	-132	217
Darlehen Weltpostverein	5	–	5	5	–	5
Darlehen für Ausrüstung	2	–	2	2	–	2
<b>420 Bundesamt für Migration</b>	<b>46</b>	<b>-1</b>	<b>45</b>	<b>43</b>	<b>- 1</b>	<b>42</b>
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	45	–	45	42	–	42
Darlehen Flüchtlinge	1	-1	–	1	-1	–
Darlehen Betriebsvorschuss an OSP AG	0	–	0	0	–	0
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>5 928</b>	<b>-28</b>	<b>5 900</b>
Pflichtwandelanleihe UBS	–	–	–	5 928	-28	5 900
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>229</b>	<b>-186</b>	<b>43</b>	<b>1 178</b>	<b>-341</b>	<b>838</b>
Regionalentwicklung	–	–	–	954	-170	785
SGH Darlehen für Hotelenerneuerung und -entschuldung	87	-87	–	87	-87	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	49	-49	–	49	-49	–
Indonesien, Mischkredit	41	-16	26	38	-14	24
Jugoslawien, Beitrittskosten EBRD	17	-7	10	11	3	14
SOFI Studienfinanzierungsfonds	11	-11	–	11	-11	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	–	–	–	8	–	8
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4	-4	–	4	-4	–
China, Mischkredit	4	-1	3	1	1	2
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	4	-1	2	4	-1	2
Kolumbien, Mischkredit	3	-1	2	3	-1	2
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3	-3	–	3	-3	–
Konsolidierungsabkommen, Togo	3	-3	–	3	-3	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	1	-1	–	1	-1	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	1	-1	–	1	-1	–
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	1	-0	0	1	-0	0
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>2 356</b>	<b>-2 356</b>	<b>–</b>	<b>2 408</b>	<b>-2 408</b>	<b>–</b>
Kanton Bern	396	-396	–	396	-396	–
Kanton Luzern	245	-245	–	257	-257	–
Kanton St. Gallen	196	-196	–	201	-201	–
Kanton Freiburg	180	-180	–	185	-185	–
Kanton Waadt	169	-169	–	174	-174	–
Kanton Graubünden	152	-152	–	152	-152	–
Kanton Zürich	145	-145	–	154	-154	–
Kanton Wallis	128	-128	–	129	-129	–
Kanton Aargau	105	-105	–	107	-107	–
Kanton Thurgau	102	-102	–	104	-104	–
Kanton Jura	67	-67	–	67	-67	–
Kanton Schwyz	65	-65	–	67	-67	–
Kanton Solothurn	60	-60	–	63	-63	–
Kanton Neuenburg	57	-57	–	60	-60	–
Kanton Basel-Land	41	-41	–	42	-42	–
Kanton Tessin	41	-41	–	41	-41	–
Kanton Schaffhausen	32	-32	–	32	-32	–
Kanton Obwalden	30	-30	–	30	-30	–
Kanton Appenzell A.Rh.	28	-28	–	30	-30	–
Kanton Uri	25	-25	–	24	-24	–
Kanton Appenzell I.Rh.	25	-25	–	26	-26	–
Kanton Zug	21	-21	–	21	-21	–
Kanton Nidwalden	18	-18	–	18	-18	–
Kanton Glarus	17	-17	–	17	-17	–
Kanton Genf	11	-11	–	11	-11	–

## D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung Mio. CHF	2007			2008		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>1 980</b>	<b>-237</b>	<b>1 743</b>	<b>1 822</b>	<b>-207</b>	<b>1 615</b>
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	746	–	746	722	–	722
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	500	-125	375	380	-99	281
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	412	-84	327	402	-80	322
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	197	–	197	195	–	195
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WFG	107	-21	85	107	-21	85
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	11	–	11	11	–	11
Grundverbilligungsvorschüsse Eigentum						
Notleidende	7	-7	–	6	-6	–
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>5 998</b>	<b>-5 215</b>	<b>783</b>	<b>6 345</b>	<b>-5 602</b>	<b>743</b>
SBB AG	2 368	-2 368	–	2 617	-2 617	0
BLS AG	1 168	-1 075	93	1 150	-1 064	86
RhB	869	-718	151	911	-766	145
Diverse KTU	742	-524	218	766	-561	205
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	142	-111	31	162	-132	30
Zentralbahn	119	-115	4	131	-127	4
Transports publics fribourgeois	117	-98	19	120	-103	17
Südostbahn	115	-87	28	129	-103	26
RBS AG	108	-68	40	109	-71	37
Appenzeller Bahnen	91	-51	40	91	-53	38
Übriger öffentlicher Verkehr	159	–	159	160	-4	156
<b>803 Bundesamt für Zivilluftfahrt</b>	<b>1 203</b>	<b>-1 169</b>	<b>34</b>	<b>1 201</b>	<b>-1 169</b>	<b>32</b>
Darlehen Swiss	1 169	-1 169	–	1 169	-1 169	–
Genf: Objekt 4-2	4	–	4	4	–	4
Genf: Objekt 4-1	4	–	4	3	–	3
Basel: Objekt 2+4	3	–	3	2	–	2
Genf: Objekt 2+3	2	–	2	2	–	2
Basel: Objekt 21	2	–	2	2	–	2
Genf: Objekt 9-1	2	–	2	2	–	2
Basel: Objekt 10	2	–	2	2	–	2
Genf: Objekt 1	2	–	2	1	–	1
Basel: Objekt 1	2	–	2	1	–	1
Basel: Objekt 8	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 3	1	–	1	1	–	1
Genf: Objekt 1-2	1	–	1	1	–	1
Genf: Objekt 1-3	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 22	1	–	1	1	–	1
Genf: Objekt 1-4	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 7	1	–	1	1	–	1
Birrfeld	1	–	1	1	–	1
Basel: Objekt 23	0	–	0	0	–	0
Übrige Darlehen	3	–	3	3	–	3
<b>806 Bundesamt für Strassen</b>	<b>2</b>	<b>–</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>–</b>	<b>2</b>
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	2	–	2	2	–	2
Bahnhof-Parkhaus Winterthur AG, Winterthur	0	–	0	–	–	–
<b>810 Bundesamt für Umwelt</b>	<b>82</b>	<b>–</b>	<b>82</b>	<b>80</b>	<b>–</b>	<b>80</b>
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	82	–	82	80	–	80

**D03 Namhafte Beteiligungen**

Mio. CHF	Anschaffungswert/ Dotationskapital	Equitywert 31.12.2007	Equitywert 31.12.2008	Kapitalanteil in %
<b>Namhafte Beteiligungen</b>	<b>10 980</b>	<b>15 256</b>	<b>16 151</b>	
Die Post	1 300	2 280	2 617	100,0
SBB	9 000	9 048	9 153	100,0
Swisscom	29	2 693	3 119	56,9
Ruag	340	774	808	100,0
Skyquide	140	285	278	99,9
SAPOMP Wohnbau AG	171	176	176	100,0

**D04 Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Mio. CHF	2007			2008			Kapitalan- teil (in %)
	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>1 177</b>	<b>-1 125</b>	<b>51</b>	<b>1 136</b>	<b>-1 088</b>	<b>48</b>	
<b>201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>18</b>	<b>-18</b>	<b>-</b>	<b>16</b>	<b>- 16</b>	<b>-</b>	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	18	-18	-	16	- 16	-	1,6
<b>202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit</b>	<b>466</b>	<b>-466</b>	<b>-</b>	<b>399</b>	<b>- 399</b>	<b>-</b>	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	256	-256	-	211	- 211	-	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	64	-64	-	41	- 41	-	1,3
Internationale Finanz-Corporation IFC	54	-54	-	44	- 44	-	1,8
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	31	-31	-	46	- 46	-	0,6
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	28	-28	-	26	- 26	-	0,4
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	14	-14	-	13	- 13	-	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	12	-12	-	12	- 12	-	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	6	-6	-	6	- 6	-	1,5
<b>301 Generalsekretariat EDI</b>	<b>10</b>	<b>-</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>-</b>	<b>10</b>	
Beteiligung SHI (Swissmedic)	10	-	10	10	-	10	65,5
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>7</b>	<b>-7</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>-7</b>	<b>-</b>	
Hotel Bellevue Palace	6	-6	-	6	-6	-	99,7
Refuna AG	1	-1	-	1	-1	-	8,3
<b>620 Bundesamt für Bauten und Logistik</b>	<b>3</b>	<b>-2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>-2</b>	<b>-</b>	
71 Park St. Corp., New York	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
Übrige Beteiligungen	2	-1	2	1	-1	-	n.a.
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>477</b>	<b>-477</b>	<b>-</b>	<b>509</b>	<b>-509</b>	<b>-</b>	
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	191	-191	-	194	-194	-	2,8
Swiss Technology Venture Capital Fund und Vorzugsaktien	30	-30	-	30	-30	-	100,0
ASEAN - China Investment Fund	20	-20	-	20	-20	-	n.a.
SSPF - Sino-Swiss Partnership Fund	19	-19	-	19	-19	-	n.a.
IDFC - Indien, Infrastructure Development Finance Co.	15	-15	-	15	-15	-	4,6
AIF - African Infrastructure Fund	15	-15	-	15	-15	-	2,3
AEAF - Aureos East Africa Fund	10	-10	-	10	-10	-	n.a.
SDFC-Swiss Development Finance Corporation, Beteiligung	10	-10	-	10	-10	-	49,0
CAGF - Central American Growth Fund	8	-8	-	9	-9	-	n.a.
Vantage Mezzanine Fund SA	5	-5	-	9	-9	-	n.a.
Virgin Islands, Terra capital Invest. Ltd., Beteiligung	8	-8	-	8	-8	-	32,0
SEAF - Trans Andean Fund	7	-7	-	7	-7	-	n.a.
SEAF - Central Asia Small Enterprise Fund	7	-7	-	7	-7	-	n.a.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund II	7	-7	-	7	-7	-	n.a.
GMF/Ltd - Global Microfinance Facility Ltd.	7	-7	-	7	-7	-	n.a.
HEP III - Horizon Equity Fund III	5	-5	-	7	-7	-	n.a.
Vietnam Investment Fund	-	-	-	7	-7	-	n.a.
SEAF - Central+Eastern Europe Growth Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.a.
EUF - Euroventures Ukraine Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.a.
SEAF - South Balkan Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.a.
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	6	-6	-	6	-6	-	50,0
KDPEF - KD Private Equity Fund	6	-6	-	6	-6	-	n.a.
MEFII - Mekong Enterprise Fund II	5	-5	-	6	-6	-	n.a.
GFEF - Ghana Fidelity Equity Fund I	5	-5	-	5	-5	-	n.a.
SEAF - Trans Balkan Fund	4	-4	-	5	-5	-	12,5
raBOP	3	-3	-	5	-5	-	n.a.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund	4	-4	-	4	-4	-	10,0

n.a.: nicht ausgewiesen

**D04 Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung Mio. CHF	2007			2008			Kapitalan- teil (in %)
	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	
GMF II - Global Microfinance Facility Ltd.	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
CMFII - Capital Marocco Fund II	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
MEF - Mekong Enterprise Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
GMF - Global Microfinance Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
GFEAF - GroFin East Africa Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
SIF - Solidus Investment Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
BFSEF - Balkan Financial Sector Equity Fund	4	-4	-	4	-4	-	n.a.
SIFEM - CASEIF II	3	-3	-	4	-4	-	n.a.
SEAF Latam Growth Fund	-	-	-	4	-4	-	n.a.
Credins Bank, Sub. Debt.	-	-	-	3	-3	-	n.a.
Trust Bank Ghana II	3	-3	-	3	-3	-	n.a.
VEF - Vietnam Equity Fund	3	-3	-	3	-3	-	n.a.
CEEE-Beteiligung Central+Eastern European Environment	3	-3	-	3	-3	-	9,0
TIL - Tuninvest International, Kapital- beteiligung	3	-3	-	3	-3	-	8,5
HTF - Horizon Techventures Fund	3	-3	-	3	-3	-	n.a.
Symbiotics MFI Global Sub Debt CDO	3	-3	-	3	-3	-	n.a.
FINARCA - Financiera Arrendadora Centroamerica	3	-3	-	3	-3	-	n.a.
SEAF Blue Waters Growth Fund: Vietnam	3	-3	-	3	-3	-	n.a.
Fidelity Equity Fund II	1	-1	-	3	-3	-	n.a.
ACIL/AMFSL-Indien, Alliance Finanzgruppe	2	-2	-	2	-2	-	17,0
Business Leasing Uzbekistan	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
TMS - Tradelink Marketing Services	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
ELF - Emergency Liquidity Facility	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
SSFMC - Sino-Swiss Fund Management Company	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
MNL-Msele Nedventures Ltd, Kapital- beteiligung	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
Übrige Beteiligungen	1	-1	-	1	-1	-	n.a.
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>7</b>	<b>-7</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>-7</b>	<b>-</b>	
Käseunion in Liquidation	7	-7	-	7	-7	-	100,0
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>40</b>	<b>-</b>	<b>40</b>	<b>39</b>	<b>-0</b>	<b>38</b>	
Logis Suisse AG	24	-	24	24	-	24	64,6
Alloggi Ticino SA	5	-	5	5	-	5	35,5
Logement Social Romand SA	5	-	5	5	-	5	48,0
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	2	-	2	2	-	2	20,0
WOLO AG	1	-	1	1	-	1	32,5
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	1	-	1	1	-	1	71,7
Übrige Beteiligungen	1	-	1	1	-0	1	n.a.
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>150</b>	<b>-150</b>	<b>-</b>	<b>148</b>	<b>-148</b>	<b>-</b>	
Rhätische Bahn RhB	25	-25	-	25	-25	-	43,1
Zentralbahn zb	19	-19	-	19	-19	-	16,1
BLS AG	17	-17	-	17	-17	-	21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	11	-11	-	11	-11	-	76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	9	-9	-	9	-9	-	43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	7	-7	-	7	-7	-	26,4
Appenzeller Bahnen AB	6	-6	-	6	-6	-	39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	4	-4	-	4	-4	-	35,7
Forchbahn FB	4	-4	-	4	-4	-	32,8
Aare Seeland mobil AG Asm	4	-4	-	4	-4	-	36,2
Transp. publics fribourgeois TPF	4	-4	-	4	-4	-	22,2
Chemin de fer du Jura CJ	4	-4	-	4	-4	-	33,4
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	4	-4	-	4	-4	-	34,4
DBWM Transport AG	3	-3	-	3	-3	-	30,3
Schweizerische Südostbahn SOB	3	-3	-	3	-3	-	35,8

n.a.: nicht ausgewiesen

**D04 Übrige Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung Mio. CHF	2007			2008			Kapitalan- teil (in %)
	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	Anschaf- fungswert	Wertbe- richtigung	Bilanzwert	
Ferrovie autolinee reg. Ticinesi FART	3	-3	-	3	-3	-	34,1
Transp. De Martigny et Régions SA, TMR	3	-3	-	3	-3	-	43,2
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	3	-3	-	3	-3	-	27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	3	-3	-	3	-3	-	16,6
Baselland Transport AG BLT	2	-2	-	2	-2	-	5,6
Frauenfeld-Will-Bahn FW	2	-2	-	2	-2	-	37,4
Transp. Publics du Chablais SA, TPC	2	-2	-	2	-2	-	18,1
TRAVYS SA	1	-1	-	1	-1	-	17,2
Lausanne-Echallens-Bercher LEB	1	-1	-	1	-1	-	42,9
Transp. Montreux-Vevey-Riviera MVR	1	-1	-	1	-1	-	17,1
Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	1	-1	-	1	-1	-	28,3
Transp. Régionaux neuchâtelois TRN SA	1	-1	-	1	-1	-	13,4
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	1	-1	-	1	-1	-	11,0
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	1	-1	-	1	-1	-	3,9
Waldenbugerbahn WB	1	-1	-	1	-1	-	24,4
Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB	1	-1	-	1	-1	-	5,2
Übrige Beteiligungen	1	-1	-	1	-1	-	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen

## D05 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2007	2008	Differenz	
			absolut	%
<b>Bruttoschulden</b>	<b>120 978</b>	<b>121 771</b>	<b>793</b>	<b>0,7</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>24 831</b>	<b>29 195</b>	<b>4 364</b>	<b>17,6</b>
Laufende Verbindlichkeiten	11 709	13 700	1 991	17,0
Kontokorrente	7 769	10 123	2 353	30,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 823	2 102	-721	-25,5
Verwaltete Stiftungen	94	96	1	1,4
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 022	1 379	357	34,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	13 122	15 495	2 373	18,1
Geldmarkt	9 056	10 670	1 613	17,8
Bundeseigene Unternehmungen	1 335	1 460	125	9,4
Sparkasse Bundespersonal	2 376	2 739	364	15,3
Negative Wiederbeschaffungswerte	166	432	267	161,1
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	190	194	4	2,3
<b>Langfristige Schulden</b>	<b>96 147</b>	<b>92 576</b>	<b>-3 571</b>	<b>-3,7</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	96 147	92 576	-3 571	-3,7
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	0	0,0
Anleihen	95 684	92 435	-3 249	-3,4
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	34	91	57	165,6
Übrige mittel- und langfristige Schulden	379	-	-379	-100,0

**E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze**

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2008	105	3,0	12	0,5	92	3,3
2007	106	3,2	10	2,2	96	3,3
2006	110	3,2	14	1,7	96	3,4
2005	112	3,0	17	0,8	96	3,4

Hinweis: Die Zahlen vor 2005 sind im Detail nicht verfügbar.

## E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 31.12.2008	Marktwert 31.12.2008
Mio. CHF					
<b>Total</b>				<b>12 179,8</b>	<b>12 208,5</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>10 669,8</b>	<b>10 658,7</b>
08.01.2009	862981	09.10.2008	100,000	749,7	749,6
15.01.2009	862943	17.01.2008	97,583	653,7	653,6
22.01.2009	862983	23.10.2008	100,000	1 041,8	1 041,6
29.01.2009	862984	30.10.2008	100,000	602,1	601,9
05.02.2009	862985	06.11.2008	100,000	466,4	466,2
12.02.2009	862986	13.11.2008	99,873	366,1	365,9
19.02.2009	862987	20.11.2008	99,912	399,0	398,8
26.02.2009	862975	28.08.2008	99,185	684,3	683,8
05.03.2009	862989	04.12.2008	100,000	639,5	638,9
12.03.2009	862990	11.12.2008	100,000	960,0	958,9
19.03.2009	862991	18.12.2008	100,000	1 103,0	1 101,6
26.03.2009	862992	24.12.2008	100,000	1 718,9	1 716,4
16.04.2009	862982	16.10.2008	99,850	450,5	449,6
28.05.2009	862988	27.11.2008	100,000	379,1	377,9
16.07.2009	862969	17.07.2008	97,866	456,1	454,0
<b>Festgelder</b>				<b>1 510,0</b>	<b>1 549,8</b>
SERV					
14.01.2009		05.01.2007	2,46%	100,0	102,5
14.01.2009		16.04.2008	2,10%	50,0	50,8
15.07.2009		05.01.2007	2,42%	100,0	103,2
15.07.2009		11.01.2008	2,36%	100,0	103,2
13.01.2010		05.01.2007	2,37%	100,0	103,9
14.04.2010		03.10.2008	1,10%	50,0	50,3
14.07.2010		05.01.2007	2,41%	100,0	104,5
13.10.2010		03.10.2008	1,26%	50,0	50,3
12.01.2011		05.01.2007	2,44%	100,0	105,1
13.04.2011		03.10.2008	1,45%	50,0	50,5
13.07.2011		05.01.2007	2,43%	100,0	105,3
12.10.2011		03.10.2008	1,53%	50,0	50,4
18.01.2012		05.01.2007	2,42%	100,0	105,3
11.04.2012		03.10.2008	1,57%	80,0	80,5
10.10.2012		03.10.2008	1,71%	50,0	50,3
10.04.2013		03.10.2008	2,00%	50,0	50,8
16.10.2013		03.10.2008	2,12%	50,0	50,8
15.01.2014		28.11.2008	1,75%	30,0	29,8
16.04.2014		03.10.2008	2,17%	50,0	50,8
16.07.2014		03.12.2008	1,80%	30,0	29,7
16.07.2014		31.12.2008	1,55%	20,0	19,5
15.10.2014		03.10.2008	2,24%	50,0	50,7
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	51,6

### E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 31.12.2008	Marktwert 31.12.2008
Mio. CHF							
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>3 675</b>	<b>92 435,0</b>	<b>102 581,8</b>
11.02.2009	843555	3,25%	1998-2009	–	–	8 522,8	8 803,6
05.11.2009	1980345	1,75%	2004-2009	–	100	1 655,7	1 686,2
07.08.2010	680990	3,50%	1997-2010	–	200	8 702,4	9 231,1
10.06.2011	1084089	4,00%	2000-2011	–	50	7 632,4	8 368,7
10.06.2012	805564	2,75%	1999-2012	–	160	8 600,1	9 177,4
11.02.2013	1037930	4,00%	2000-2013	–	280	6 900,2	7 845,8
06.01.2014	148008	4,25%	1994-2014	–	–	4 608,4	5 374,1
09.11.2014	2313981	2,00%	2005-2014	–	215	1 691,3	1 736,2
10.06.2015	1238558	3,75%	2001-2015	–	70	3 583,3	4 070,9
12.03.2016	1563345	2,50%	2003-2016	–	190	6 713,8	7 133,6
12.10.2016	2285961	2,00%	2005-2016	–	300	2 272,5	2 303,0
05.06.2017	644842	4,25%	1997-2017	–	210	5 550,1	6 708,4
08.01.2018	1522166	3,00%	2003-2018	–	365	5 008,7	5 529,7
12.05.2019	1845425	3,00%	2004-2019	–	320	4 645,9	5 093,6
06.07.2020	2190890	2,25%	2005-2020	–	80	2 138,1	2 175,2
11.02.2023	843556	4,00%	1998-2023	–	300	4 257,7	5 197,1
27.06.2027	3183556	3,25%	2007-2027	–	265	258,4	292,0
08.04.2028	868037	4,00%	1998-2028	–	190	5 422,5	6 665,1
08.04.2033	1580323	3,50%	2003-2033	–	260	2 645,0	3 091,7
08.03.2036	2452496	2,50%	2006-2036	–	120	664,5	697,9
06.01.2049	975519	4,00%	1999-2049	–	–	961,4	1 400,6

#### E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

#### E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>7 598</b>	<b>7 653</b>	<b>-89</b>	<b>-384</b>	<b>76</b>	<b>49</b>	<b>-166</b>	<b>-433</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>5 450</b>	<b>4 100</b>	<b>-124</b>	<b>-264</b>	<b>16</b>	<b>10</b>	<b>-140</b>	<b>-274</b>
Zinsswaps	5 450	4 100	-124	-264	16	10	-140	-274
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Devisen</b>	<b>2 148</b>	<b>3 553</b>	<b>35</b>	<b>-120</b>	<b>60</b>	<b>39</b>	<b>-25</b>	<b>-159</b>
Terminkontrakte	2 148	3 553	35	-120	60	39	-25	-159
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

**F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand<sup>1</sup>**

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG-Verwaltungseinheiten <sup>2</sup>		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2008 <sup>3</sup>	4 361	32 398	3 453	26 444	105	558	734	5 320	69	76
2007 <sup>3</sup>	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006 <sup>3</sup>	4 110	32 163 <sup>4</sup>	3 571	28 533 <sup>4</sup>	121	753	352	2 815 <sup>4</sup>	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002 <sup>5</sup>	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001 <sup>5</sup>	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000 <sup>5</sup>	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

1 Personalbestand: durchschnittlicher Bestand Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)

2 Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten: 2008 (24), 2007 (23), 2006 (14), 2004 (12), 2001 (11), 2000 (10)

3 Rechnung nach NRM

4 Korrektur Personalbestand im 2006 - Übrige Kredite sind nachträglich ausgeschlossen worden. Für das Personal zu Lasten Personalkredit 128 Stellen, für Personal zu Lasten FLAG 85 Stellen

5 Daten zum Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter sind im Personal zu Lasten Personalkrediten enthalten

## F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz zu R 2007	
						absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 492</b>	<b>4 617</b>	<b>4 501</b>	<b>8</b>	<b>0,2</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 259</b>	<b>4 205</b>	<b>4 389</b>	<b>4 525</b>	<b>4 396</b>	<b>7</b>	<b>0,2</b>
<b>Legislative</b>	<b>61</b>	<b>63</b>	<b>60</b>	<b>65</b>	<b>64</b>	<b>4</b>	<b>6,3</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	35	36	32	35	35	2	7,1
Personalaufwand <sup>1</sup>	26	27	28	30	29	1	3,9
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>73</b>	<b>68</b>	<b>116</b>	<b>129</b>	<b>119</b>	<b>4</b>	<b>3,2</b>
Bezüge Bundesrichter	27	18	34	34	33	-1	-2,9
Personalaufwand <sup>1</sup>	46	50	81	94	85	5	5,6
Übriger Personalaufwand	–	–	1	1	1	0	42,9
<b>Exekutive</b>	<b>3 938</b>	<b>3 890</b>	<b>4 031</b>	<b>4 119</b>	<b>4 138</b>	<b>107</b>	<b>2,7</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	12	1	2	1	0	44,4
Personalaufwand <sup>1</sup>	3 827	3 789	3 926	3 991	4 019	93	2,4
Personalaufwand Lokalpersonal EDA <sup>1</sup>	41	41	47	48	50	2	4,4
Übriger Personalaufwand	65	44	53	75	65	12	21,9
<b>Global- und Spezialkredite<sup>2</sup></b>	<b>120</b>	<b>119</b>	<b>151</b>	<b>150</b>	<b>67</b>	<b>-84</b>	<b>-55,4</b>
Arbeitgeberleistungen <sup>3</sup>	120	119	151	101	67	-84	-55,4
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>67</b>	<b>65</b>	<b>31</b>	<b>63</b>	<b>7</b>	<b>-24</b>	<b>-76,7</b>
Sozialplan	67	65	31	63	0	-31	-99,7
Vorruhestand	–	–	–	–	7	7	–
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>117</b>	<b>120</b>	<b>103</b>	<b>91</b>	<b>105</b>	<b>2</b>	<b>1,7</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal <sup>1</sup>	117	120	103	91	105	2	1,7
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 462</b>	<b>4 617</b>	<b>4 555</b>	<b>93</b>	<b>2,1</b>

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 Beinhaltet Bundesratsreserve, Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen

3 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

**F03 Höchstbezüge ab Juli 2008 nach Lohnklassen**

Lohnklassen	94% (Höchstbeträge) Beurteilungsstufe B in Fr.	100% (Höchstbeträge) Beurteilungsstufe A in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.7.2008 in Fr.
1	2	3	4
1	54 345	57 814	
2	55 226	58 751	
3	56 118	59 699	
4	57 008	60 647	
5	58 661	62 405	
6	61 391	65 309	
7	64 111	68 203	Lohnerhöhungen nach Art. 39 BPV:
8	66 802	71 066	
9	69 563	74 003	
10	72 308	76 924	A++ = 4,1% - 6%
11	75 025	79 814	A+ = 3,1% - 4%
12	77 808	82 774	A = 3%
13	80 638	85 785	B = 2%
14	83 549	88 882	C = 0%
15	87 014	92 568	
16	90 529	96 308	Berechnungsbasis = Spalte 3
17	94 301	100 320	
18	98 791	105 097	
19	103 260	109 851	
20	107 734	114 611	
21	112 207	119 369	
22	116 692	124 141	
23	122 390	130 202	
24	128 090	136 266	
25	134 792	143 395	
26	141 517	150 550	
27	148 233	157 694	
28	154 974	164 866	
29	162 677	173 061	
30	170 396	181 272	
31	178 159	189 531	
32	185 933	197 802	
33	201 548	214 413	
34	217 349	231 222	
35	233 298	248 189	
36	249 420	265 340	
37	265 701	282 661	
38	319 104	339 472	

Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.  
Beträge sind kaufmännisch gerundet.